links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 273 **Februar 93**
25. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

Werkplatz Amerika

Clintons Sieg

The „Next Generation“

Deutsche Truppen im Einsatz?

Sarajewo — Genf

Postmoderne Stammesfehden

Böhse Fans — gute Onkelz

Thema: USA '93

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegende Nummer der *links* ist die letzte der alten *links*. Ab der März-Nummer erscheint die *links* mit einem neuen Konzept und einem leicht veränderten Erscheinungsbild, herausgegeben von einem Herausgeberkreis, der die politische und inhaltliche Ausrichtung des Blattes anzeigen soll. Dieser Schritt ist das Ergebnis des Diskussionsprozesses, den die Redaktion im Laufe des vergangenen Jahres mit interessierten Personen im Umfeld der *links* geführt hat, und über den wir regelmäßig berichtet haben. Wir hoffen, mit diesem Schritt den notwendigen Prozeß der Erneuerung ermöglicht zu haben, der dazu führen soll, daß die *links* auch weiterhin und vielleicht (noch) besser als zuletzt ihren Anspruch erfüllen kann, ein Medium der gesellschaftskritischen Information und ein Forum für linke Diskussionsprozesse zu sein.

Am 20. Januar 1993 hat wieder ein Präsident aus den Reihen der demokratischen Partei sein Amt angetreten. Was dieser Wechsel innen- wie außenpolitisch bedeuten könnte, welchen Problemen sich die USA auf beiden Feldern gegenübersehen und was sich im vorhinein zu den Absichten und den Erfolgsaussichten der neuen Administration sagen läßt, diesen Fragen ist der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes gewidmet. John Ely analysiert das Scheitern der konservativen Strategie im Wahlkampf, Josef Esser und Christoph Scherrer untersuchen den politisch-ökonomischen Wandlungsprozeß, seine Bedingungen im internationalen Kontext und seine Chancen, und Wolfgang Fach und Annette Ringwald setzen sich mit den ethnischen Segregationsprozessen im „Schmelztiegel" USA und in den politischen Theorien auseinander.

Ob für den Krieg im ehemaligen Jugoslawien im Rahmen der Genfer Friedensgespräche eine dauerhafte oder auch nur kurzfristig wirksame Befriedungsstrategie gefunden werden kann, ist mehr als fraglich. Mit deren Aussichten und mit den in der Bundesrepublik verbreiteten Reaktionen auf die Hilflosigkeit, die dieser Krieg und die in seinem Schutz stattfindenden Verbrechen auslösen, beschäftigt sich der Artikel von Luka Radenski. Über die Hintergründe, die einer Anerkennung der Republik Mazedonien durch die EG wegen der Weigerung der griechischen Regierung entgegenstehen, sowie über den griechischen Nationalismus berichtet Natascha Apostolidou.

Von einigen Schlaglichtern abgesehen — siehe dazu: Ludi Lodovico: „Das Möllemann" — beherrschen auch weiterhin zwei Themen die innenpolitische Auseinandersetzung: Asyl und Bundeswehreinsätze. Mit letzterem beschäftigt sich der Beitrag von Hans-Hermann Teichler, mit den Diskussionen um den „Asylkompromiß" der Kommentar von Eva-Maria Krampe und Felix Schneider. Für viele waren die Störer der Berliner Demonstration vom November 1992 ein Ärgernis im medial-inszenierten Versöhnungsakt von Regierung und Regierten. Wir halten die dort versuchte symbolische Inszenierung, auch und gerade weil sie so kläglich in die Hose ging, für so aussagekräftig in Hinsicht auf den Zustand der Bundesrepublik, daß wir eine Begründung und kritische Selbsteinschätzung der Aktion aus dem Autonomen Spektrum dokumentieren — Medienrandale!

Leo Löwenthal ist gestorben. Aus diesem traurigen Anlaß verweisen wir auf die Laudatio von Klaus Briegleb, die in der *links* 5/1990 abgedruckt ist.

Die Redaktion

Die Fotos in diesem Heft sind nicht wie sonst inhaltlich mit den Artikeln verknüpft, sondern stellen einen eigenen Beitrag dar.
Vera Hamplewski und *Theo Goedderz* dokumentieren mit einer Auswahl ihrer Bilder eine 10monatige Afrika-Reise.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Felix Schneider, Sigrid Schönecker.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovjeticus"

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker
V.i.S.d.P.: Joachim Hirsch

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELFOTO Chaplinaden, Atlasforum
Montage

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
März-Ausgabe '93 ist der 18.2.1993

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Eva-Maria Krampe / Felix Schneider
Das Ende der Asyldebatte **4**

AKTUELL

Ludi Lodovico
Das Möllemann **5**

Joachim Hirsch
Gegen die Beseitigung des Asyls: Belagerung des Bundestages! **5**

Hans-Hermann Teichler
Wann zieht Deutschland in den nächsten Krieg? Was sollen oder können wir dagegen tun? **6**

Anton Maegerle
„Die Augen nach rechts" Der „wertkonservative"' Flügel der CDU ist erwacht **9**

Luka Radenski
Ein Serbe in Mainz **34**

DOKUMENTATION

Autonome A.F.R.I.K.A.-Gruppe Mittlerer Neckar
Medien-Randale Kleine doitsche Medienkunde und Fragen militanter Praxis **10**

Zentraler Aufruf
Blockieren wir gemeinsam den Bundestag **12**

THEMA: USA Coca-Cola for president

John Ely
The „Next Generation"? Willkommen an Bord des „Guten Schiffes USA" **14**

Joshua Cohen / Joel Rogers
Clintons Sieg **17**

Josef Esser
Bill Clintons ‚neuer Bund' für den Werkplatz Amerika **25**

Christoph Scherrer
Das Ende des „ökonomischen Altruismus" der USA? **28**

Wolfgang Fach / Annette Ringwald
Postmoderne Stammesfehden **31**

INTERNATIONAL

Ivan Kuvacic
Nachruf auf Rudi Supek **35**

Luka Radenski
Sarajevo — Genf **36**

Sélim Nassib
Israel: Die alte Wunde hat sich geöffnet **38**

KULTURKRITIK

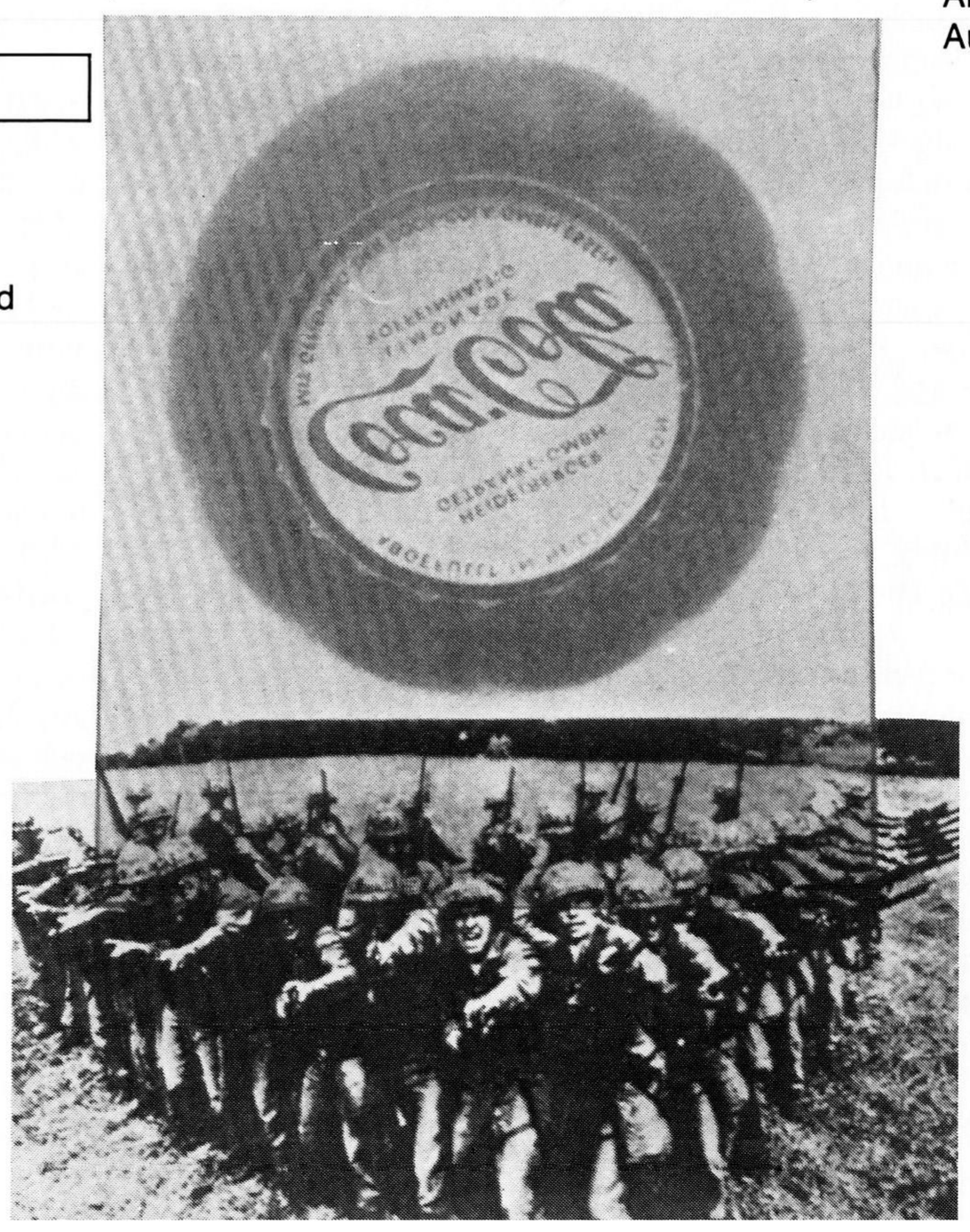
Thomas Kunz
Böhse Fans und gute Onkelz **40**

RUBRIKEN

Editorial **2**

Termine **20**

cosa nostra:
Register 1992 **21**
Lektüre **24, 33**
Abonnement **43**
Aufruf **44**



KOMMENTAR

EVA-MARIA KRAMPE / FELIX SCHNEIDER

Das Ende der Asyldebatte ?

Mit den Lichterketten, die so trefflich in die vorweihnachtliche Zeit paßten, haben Hunderttausende gezeigt, daß Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhaß und Gewalt gegen Flüchtlinge in „diesem unserem Lande“ keineswegs Konsens sind. Dieser Protest, so wohl gemeint er von den TeilnehmerInnen auch war, blieb ebenso schillernd wie vieldeutig. Das „andere, das bessere Deutschland“, das da in die Öffentlichkeit getreten war, konnte dem schon seit geraumer Zeit drängelnden Ausland beweisen, daß es ein solches überhaupt gibt. Auch die Überfälle auf AusländerInnen und deren Unterkünfte haben schließlich nachgelassen, Neonazis treten kaum noch im Fernsehen auf und seit vielen Jahren bekannte und aktive neonazistische Gruppierungen wurden scheibchenweise und öffentlichkeitswirksam für verfassungswidrig erklärt.

Im Schatten der weihnachtlichen Lichterketten und verborgen unter dem wohligen Gefühl, daß „wir“ doch gar nicht so sind, könnte sich eine außerordentlich große Koalition in Bonn auf die Änderung (sprich Abschaffung) des § 16 Grundgesetz einigen. Auch die notwendigen Begleitmaßnahmen, Dichtmachen der Grenzen, verschärfte, computergestützte BKA-Kontrolle der „Illegalen“, Ausbau der Abschiebung und die Eröffnung der Liste der sogenannten Nichtverfolgerstaaten, stehen grundsätzlich fest. Geregelt werden müssen nur noch solche Details wie die Infrarot-Überwachung mit mehr Grenzschutzbeamten oder die Größe von Abschiebungslagern.

Grund genug also, resigniert der Verabschiedung des neugefaßten Grundgesetzartikels über das Asylrecht ins Auge zu sehen? Wozu sich für eine Verfassung einsetzen, die generell gar nicht besonders verteidigungswürdig erscheint? Warum dem verlorengegangenen Asylrecht nachtrauern, wenn sich wichtigere Fragen stellen, z.B. in der Sozialpolitik? Zweifelsohne werden Bundestag und Bundesrat die Verfassungsänderung beschließen.

Zu allererst bedeutet die substantielle Einschränkung des Asylrechts ein Nachgeben gegenüber rechter Gewalt und gegenüber rechtsextremistischen Forderungen. Denn nicht nur werden die Heime für Asylbewerber nach solchen Angriffen geräumt, sondern auch die rassistische Ideologie, die diesen Überfällen zugrunde liegt, ist unterdessen zum politischen Faktor geworden. Die Neuformulierung des Grundgesetzartikels (Politisch Verfolgte genießen Asylrecht — aber nicht bei uns) ist nichts anderes als die juristische Spitze des rassistischen Eisbergs. Es liegt in der Logik der Sache, daß der Enttabuisierung des Rassismus die Enttabuisierung des Antisemitismus folgt. Sie hat schon begonnen, etwa — wie Eike Geisel berichtet — in der Hamburger GEW oder mit den publzisitischen Auftritten von Sonja Margolina sogar in der Frankfurter Rundschau.

Des weiteren bedeutet die Einschränkung des Asylrechts, wie es ja die zur Zeit schon auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen deutlich machen, einen gewaltigen Ausbau des Sicherheitsstaates. Soll denn die Grundgesetzänderung mehr als nur rechtslastigen Symbolcharakter haben, was keineswegs beabsichtigt ist, dann müssen die „Schotten in diesem Boot“ auch vollkommen dicht gemacht werden. Denn auf die abschreckende Wirkung eines veränderten Paragraphen bei einer Einwanderungspolitik, von der überhaupt nicht mehr die Rede ist, vertraut niemand. Der Sicherheitsapparat an den Grenzen zu Polen und zur neuen tschechischen Republik wird bereits ausgebaut, beiden Ländern wird außerdem finanzielle Unterstützung für die Verschärfung der Absicherung ihrer Grenzen nach Osten zugesichert. Quantitativ und qualitativ immer besser ausgestattete Polizeigruppen sind dabei, die Kontrolle aller derzeit in der Bundesrepublik befindlichen Asylbewerber zu perfektionieren. Der Bau von weiteren (Abschiebe-)Lagern ist in Planung.

Dabei ist offensichtlich bei weitem noch nicht genug getan. Auch die Bundesregierung ist schließlich lernfähig. Will man die Not (will sagen wachsende Zuwanderungsraten) beseitigen, muß man ihre Ursachen bekämpfen, oder so ähnlich. Und die Ursachen liegen ja nicht hier, sondern in fernen Ländern. Also muß man da hin. Allerdings nicht mit mehr materieller Unterstützung, das läßt die an Wohlstandschauvinismus leidende „Bootsmannschaft“ nicht zu. Wenn von Kampf die Rede ist, geht es doch wohl um Soldaten. So ist die nächste Grundgesetzänderung, die uns erwartet, nicht nur vom zeitlichen Ablauf her aufs engste mit der jetzt fälligen verknüpft. Nur daß es bei der zweiten nicht um eine Einschränkung geht, sondern umgekehrt, um die Abschaffung einer Einschränkung, nämlich um den jetzt noch unmöglichen weltweiten Einsatz der Bundeswehr. Dies beleibe nicht wegen einschlägiger Forderungen aus dem Ausland — internationalem Druck gegenüber hat sich die Bundesregierung schon des öfteren resistent gezeigt, z.B. in ihrer Wirtschaftspolitik oder im Falle der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Es geht hier auch um ureigenste Interessen, die keineswegs humanitärer Art sind, sondern internationale Machtpolitik, Durchsetzung ökonomischer Interessen und militärische Absicherung der vollkommenen Abschottung gegen unwillkommene Gäste heißen.

Die jetzt ins Haus stehenden Veränderungen essentieller Teile des Grundgesetzes implizieren einen grundgesetzlichen Bruch mit der Verarbeitung deutscher Geschichte. Die wird damit für beendet erklärt. Die simple Aufhebung der als Lehre und Mahnung gedachten Paragraphen zum Asylrecht und zum Einsatz der Bundeswehr, obwohl nie Konsens in unserer Gesellschaft, aber immerhin respektiert, ist die von Rechts geforderte und nun von einer großen Koalition amtlich verordnete Amnesie. Sie enthebt jeder Erinnerung an die Verbrechen Deutschlands und damit auch der Notwendigkeit, politische Alternativen zu Rassismus und Militärinterventionismus zu entwickeln.

Nicht zuletzt verändern sich dadurch auch die Bedingungen jeder Art oppositioneller Politik in der Bundesrepublik. Durch die notwendigerweise verschärfte Anwendung Repression werden die Möglichkeiten demokratischer Einflußnahme weiterhin eingeschränkt. Ein Staat, der seine Hauptaufgabe in der militärischen Absicherung der eigenen Wohlstandsinsel sieht, wird selbstverständlich auch Handlungsräume und oppositionelle Nischen in allen anderen Politikbereichen dezidiert beschneiden. Solchen Entwicklungen muß entgegengetreten werden. Eine Möglichkeit dazu bietet die angekündigte Belagerung des Bundestages anläßlich der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes zur Änderung des § 16 Grundgesetz. Die massenhafte Beteiligung an einer solchen Aktion zivilen Ungehorsams würde deutlich machen, daß es nicht darum geht, ein absolut falsches, nämlich nicht-rassistisches Image der Bundesrepublik für das Ausland aufzupolieren, sondern darum, wenigstens an den minimalen Lehren aus den Verbrechen des Nazistaates, die nun ad absurdum geführt werden, festzuhalten. Der Belagerung werden Aktionen im Bereich der Flüchtlingshilfe, der Verhinderung von Abschiebung, der Reformierung des StaatsbürgerInnenrechts und nicht zuletzt gegen die nächste Grundgesetzänderung, den internationalen Einsatz der Bundeswehr betreffend, folgen müssen. ■

LUDI LODOVICO

Das Möllemann

Mit dem Neutrum im Titel wird beileibe nicht die Virilität des ex-Ministers bestritten. Dafür, daß hinsichtlich seiner Männlichkeit keinerlei Zweifel aufkommen, sorgte er immer selbst — z.B. mit Schnurrbart, Schlips und Maßanzug. D a s Möllemann ist die knitterfreie Kompaktversion des real existierenden Partei- und Staatswesens. Nur Anarchisten könnten daraus schließen, d a s Möllemann sei das Unwesen schlechthin. Damit täte man ihm schwer Unrecht. D a s Möllemann ist weder das Ganze als Wahres (Hegel) noch das Ganze als Unwahres (Adorno). D a s Möllemann ist total-post, zivilgesellschaftlich voll drauf, echt anders und alles zugleich sowieso. D a s Möllemann ist nur konstellativ kreisend zu fassen:

● Es ist so flach, daß es ohne Mühe zwischen zwei Tausendmarkscheine paßt; es ist so dünn, daß es durch jede Ritze schlüpft, wenn dahinter auch nur ein Zuhörer zu erwarten ist. Es ist so schlüpfrig, daß es nicht einmal Genscher fassen konnte — trotz seiner großen Ohren.

● Aber d a s Möllemann kann auch zulegen. Zuweilen ist es voll wie eine Maß Bier aus München — Strauß sprach vom Riesenstaatsmann und dieser schluckte es wie einen Siegestrunk hinunter. Dann wieder ist d a s Möllemann so borstig, daß es Frau Schwaetzer, die seinetwegen eine Nacht lang Außenministerin sein durfte, geradezu an ein Schwein erinnert. D a s Möllemann ist auch intelligent: es kann telephonieren und „vernetzt" sich seit 1982 von früh bis spät mit allen Medien über d a s Thema: the Möllemann is the message.

● Mal ist d a s Möllemann so lokal, daß es in jeder Münsteraner Klitsche wirkt und waltet, obwohl es real existierend in der Karibik segelt, bei Jelzin Wodka trinkt oder mit Arafat die Pistole reinigt — alles dank Blanko-Existenz auf Staatskosten. Dann wieder tritt es so universal in Erscheinung, daß es seine Wahl zum FDP-Häuptling extra nach dem heimischen Münster verlegt, wo im März Kinkel wohl gewählt wird, wenn nicht das Borstige (siehe Schwaetzer) alles neu durchbürstet.

● D a s Möllemann ist so lernfähig wie sein Noch-Vorsitzender, der Spendenfachmann Otto „Tanaka" Lambsdorff, den ein deutsches Gericht ganz unjapanisch anpackte für seine Lebensweisheit: „wo Du hintein reingehst, kommst Du nie mit weißem Handschuh raus". D a s Möllemann hat auch Vorbilder: niemals in die Lage jenes badischen FDP-Freundes kommen, der „wg." Geldmangels eine Bijouterie mit der Pistole besuchen mußte. „Vorbeugen, d.h. legal Abräumen", ist deshalb das Möllemann-Prinzip.

● D a s Möllemann würde allerdings zur reellen Gefahr, wenn es bescheiden aufträte. Sollte es sich an einer Münsteraner Grundschule als Lehrer zurückmelden, kann man den Eltern nur noch raten, sofort über die Ems zu fliehen, um unbehebbaren Schaden von ihren Kindern abzuwenden. Alles andere liefe auf Kindsmißhandlung hinaus, falls nicht ein Kultusminister die Notbremse zöge, um den Kindern d a s Möllemann, mit Bart, Fallschirmspringerstiefeln und all dem übrigen Zubehör zu erspraren.

Noch einmal: was ist d a s dergestalt mehrfach und konstellativ umkreiste Möllemann denn nun substantiell? D a s Möllemann ist d a s Loch — sonst nichts. ■

Gegen die Beseitigung des Asyls: Belagerung des Bundestages!

Auf Einladung des Netzwerks Friedenskooperative haben sich am 15.1.93 in Bonn VertreterInnen einer Reihe von Initiativen — von Pax Christi über Pro Asyl bis hin zu „autonomen" Anti-Rassismus-Gruppen — getroffen, um über Aktionen anläßlich der demnächst zu erwartenden Grundgesetzänderung zu sprechen. Übereinstimmung bestand über die Notwendigkeit, jetzt nicht mehr nur mit Demonstrationen, sondern mit dem Mittel des „zivilen Ungehorsams" zu reagieren. Zusammen mit der ebenfalls anstehenden Zulassung von „out of area"-Einsätzen der Bundeswehr bedeuten die bevorstehenden Verfassungsänderungen nichts anderes als die Legalisierung einer politisch-gesellschaftlichen Neubegründung der Bundesrepublik als nach innen und außen gewalttätiger und aggressiver Staat.

Am Tage der Verabschiedung der Verfassungsänderung soll der Bundestag von möglichst vielen Menschen „belagert" werden, was bedeutet, gegen das Bannmeilengesetz zu verstoßen. Verschiedene Gründe sprechen für das Konzept einer „friedlichen" Belagerung: u.a. ist es unsinnig, sich angesichts des zu erwartenden Aufgebots auf eine Konfrontation mit der Polizei einzulassen und die in Bonn regierende große Koalition mit ihren medialen Wasserträgern soll keine Chance bekommen, die DemonstrantInnen in die Chaotenecke zu schieben. Trotzdem: wer mitmacht, riskiert natürlich eine Straftat, aber die Herrschenden werden ein Problem haben, wenn es viele sind.

Auf der Bonner Sitzung wurde beschlossen, einen Aktionskreis zu gründen, der genauere Vorschläge macht — nicht nur für Demos, sondern auch zu weiteren Aktionen z.B. zum Schutz von Flüchtlingen. Ein Kreis von Einzelpersonen — möglichst natürlich auch prominenten — soll gesondert zu der Belagerungsaktion aufrufen. Am Wochenende vor der entscheidenden Bundestagssitzung, die ja an einem Werktag stattfinden wird, sollen möglichst gleichzeitig an vielen Orten der Bundesrepublik Demonstrationen stattfinden, bei denen zu den Aktionen in Bonn aufgerufen wird. In Bonn muß es dann schon am Vorabend losgehen, weil die Parlamentssitzungen recht früh beginnen.

Wie viele sich am Widerstand gegen die Verfassungsänderung beteiligen werden, ist schwer einzuschätzen. Die Größe der Lichterketten sagt darüber kaum etwas, weil diese genausogut als Bestätigung der Bonner Politik aufgefaßt werden können. Umso wichtiger ist es, daß möglichst viele und vielfältige dezentrale Aktionen stattfinden, auf denen nochmals mobilisiert wird — nicht nur für die Bundestagsbelagerung, sondern auch für zukünftige Aktionen. Es wäre gut, wenn die Herrschenden anläßlich ihres Verfassungscoups merken würden, daß sie künftig nicht nur mit Protest, sondern auch mit aktivem Widerstand zu rechnen haben.

JOACHIM HIRSCH

HANS-HERMANN TEICHLER

Wann zieht Deutschland in den nächsten Krieg?

Was sollen oder können wir dagegen tun?

Fast jeden Tag werden die Rufe in diesem Land lauter, daß sich die Bundeswehr nun wirklich am nächsten Kriegseinsatz zu beteiligen hätte. Seit dem Anschluß der DDR, drängelt dieser Staat mit Macht zum militärischen Platz an der Sonne. Die Politiker aller großen Parteien schämen sich heute fast, weil ihr Übereifer auf diesem Gebiet weder beim letzten Golfkrieg, noch im ehemaligen Jugoslawien, noch in Somalia bisher zu einem Einsatz der Bundeswehr geführt hat. SPD und CDU/CSU beschuldigen jeweils die andere Partei, daß es heute noch nicht soweit ist. „Unsere" Kirchenoberen und Bischöfe rufen heute auch schon wieder dazu auf, nur gemeinsam gebetet haben sie noch nicht wieder für den Krieg.

Wir stehen vor einer zentralen militärpolitischen Entscheidung, die unseres Erachtens eher noch bedeutsamer als die „Nachrüstungs"-Debatte zu Beginn der 80er Jahre sein dürfte, auch wenn nicht annähernd eine ähnliche Protestbewegung dagegen in Sicht ist. Allerdings gibt es bei allen Parallelen zwei wichtige Unterschiede, die für Möglichkeit der Entwicklung der Protestes dagegen bedeutsam sind: Damals war der exakte Termin bekannt, wann und wo die neuen Atomraketen stationiert werden sollten. Heute wissen wir es nicht so genau.

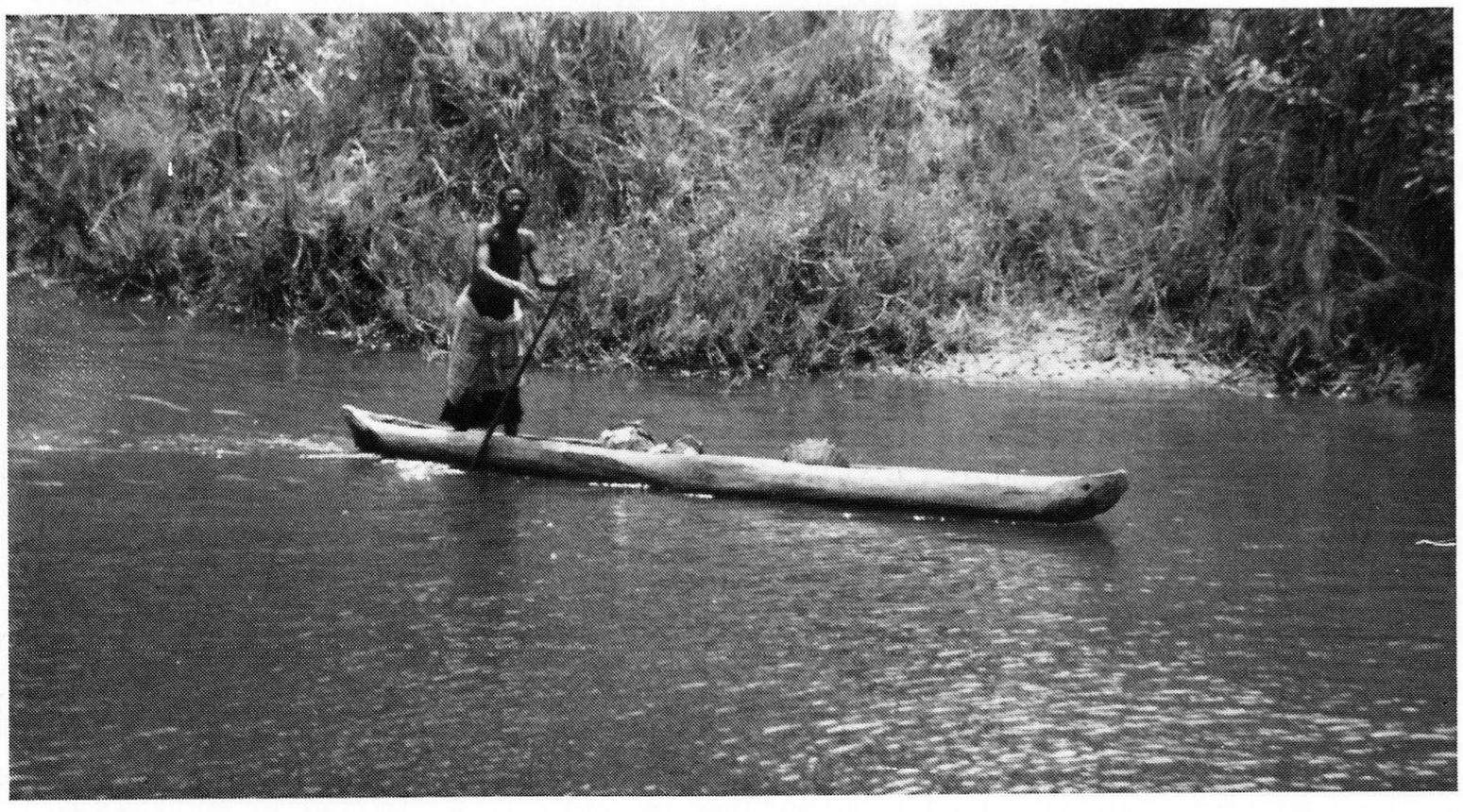
Im nachhinein betrachtet, war es in den 80er Jahren eine Befürchtung gewesen, daß aus den atomaren Drohungen ernst werden könnte, heute können wir hingegen mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß die Generation der jetzt erwachsenen Männer wohl die einzige in diesem Land gewesen ist, die nicht in den Krieg zu ziehen hatte, wenn es nach den Vorstellungen herrschender Politik gehen wird.

Wir, als Hamburger Friedenskoordination, haben auf diese Entwicklung eine eindeutige Antwort gegeben. Wir haben im Dezember eine Broschüre herausgebracht, in der wir dazu auffordern, der aktuellen Entwicklung eine politische Kampagne zur allgemeinen Kriegsdienstverweigerung entgegenzustellen. Die KDV solle nicht nur eine individuelle und zivil-selbstbewußte Entscheidung sein, wie es einmal Gustav-Heinemann ausgedrückt hatte: „Nicht der Krieg" — so sagte Heinemann — „ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Friede ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben." Wir sagen in dem Vorwort unserer Broschüre: Gerade weil uns die großen Parteien und sogar viele Grüne und Alternative heute erzählen wollen, „daß der Krieg für ökologische, politische, humanitäre und andere edle Zwecke (wieder) notwendig sei", brauchen wir eine politische Verweigerungskampagne. Die Frage: „Verweigern oder zum Bund gehen?" kann nicht mehr als eine Frage des persönlichen Geschmacks betrachtet werden, eine Frage, die man ebenso gut mit „Nein" oder auch mit „Ja" beantworten" könne.

Vor vier Jahren, bevor die politische Kampagne in der BRD für einen militärischen Einsatz der Bundeswehr begann, konnte unsere Position fast noch als allgemeine linke Position gelten, heute ist sie beinahe so extrem, daß uns schon die Zurufe des hoffnungslosen Traditionalismus in den Ohren klingen. Die Parole „Nie wieder Krieg" gehörte in der Tat traditionell zum allgemeinen linken Verständnis, ganz egal ob man es pazifistisch verstand, oder ob jemand es ganz konkret zumindest auf dieses Land bezog. Heute, wo die Frage ernst wird, schwindet die Position innerhalb der Linken. Einerseits scheint uns sowohl in Somalia als auch im ehemaligen Jugoslawien konkret die Frage nach einer möglichen oder notwendigen Intervention schwierig zu beantworten zu sein, andererseits ist es uns nahezu unvorstellbar und grauenhaft mitanzusehen, mit welcher Leichtigkeit sich Linke in dieser Debatte nicht nur über die Geschichte dieses Landes hinwegsetzen, sondern auch über die Tatsache, daß dieses Land ein allgemeines offensives Interventionsrecht für sich und die „Neue Weltordnung" in Anspruch nimmt.

▶ Somalia ◀

Niemand sollte drum herum reden: Die aktuelle Intervention in Somalia hat wohl eher dazu beigetragen, Menschen aktuell vor dem Hungertod zu bewahren. (Es gibt dazu im Detail unter den dort tätigen Hilfsgruppen ziemlich unterschiedliche Positionen.) Es ist unseres Erachtens unsinnig, gegen diese Intervention prinzipiell Sturm laufen zu wollen.



Kamerun

Andererseits ist es unübersehbar, daß die Intervention langfristig betrachtet auch erheblichen Schaden anrichten wird, weil sie den Chauvinismus der Reichen Welt gegenüber den Armen stärkt und die aberwitzige, aber sich ausbreitende Vorstellung stärkt, den Problemen der Welt zunehmend militärisch begegnen zu wollen. Mitte Dezember hielt der Spiegel zu Beginn der Intervention in Somalia ein Plädoyer für eine neue „humane" Kolonialisierung Afrikas. Man stellte dort ganz allgemein in Zweifel, daß die Afrikaner sich aus eigener Kraft entwickeln könnten. Wenn wir uns einmal ernsthaft vorstellen, was bei uns hier passieren würde, wenn rund ein Drittel der Bevölkerung vom unmittelbaren Hungertod bedroht und überall Waffen vorhanden wären, dann würden wir sicherlich keinen Moment über die mangelnden Fähigkeiten der Afrikaner mehr philosophieren. In Somalia, wie in anderen Ländern Afrikas und überall in der 3. Welt, wäre es für die Vergangenheit entscheidend gewesen und wird es auch für die Zukunft bleiben, ob der reiche Westen irgendetwas für die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder tut, statt deren Regierungen — ob die wollen oder nicht — mit Hilfe der Kreditvergabe des IWF's zur immer stärkeren Ausplünderung „ihrer" Länder zu verpflichten, was jeden Versuch der Entwicklung von vorneherein aussichtslos macht.

In Somalia hat die BRD aus Dank für den damaligen GSG 9-Einsatz in Mogadischu für die Ausbildung der Polizei des Diktators Barré gesorgt. Das Regime wurde im Wechsel mal vom Osten, dann vom Westen aufgerüstet. Nach dem Sturz des Regimes und dem sich anschließenden Bürgerkrieg wurde das Land seiner absehbaren Katastrophe überlassen. Für die Hungerhilfe für Somalia hatte die BRD 1991 15 Millionen und 1992 45 Millionen Mark „übrig". Erst jetzt, wo es militärische Lorbeeren zu ernten gegeben hätte, wurde Somalia für die BRD interessant. Doch ärztliches Personal hatte man auch nicht.

Wer also ein Befürworter dieser Intervention sein mag, kann daraus noch lange die Forderung einer Beteiligung der BRD ableiten. Bei den über 20 Ländern, die nun in Somalia militärisch mit von der Partie sind, hätte eine zusätzliche Beteiligung der BRD gar nichts bewirkt. Diese Forderung zieht unseres Erachtens ganz offensichtlich am falschen Strang. Für die Intervention gab es schließlich Länder genug, es fehlt aber nach wie vor überhaupt ein einziges Land, das bereit wäre, ernsthafte Aufbauhilfe für Somalia zu leisten.

▶ Jugoslawien ◀

Noch krasser als in Somalia, das für viele einfach zu weit weg ist, scheint uns die Doppelmoral in bezug auf Jugoslawien zu sein. Wenn doch nur annähernd so vehement wie um den Kriegseinsatz dort um die Frage der Aufnahme der Kriegsopfer bei uns und auch der Deserteure von dort gestritten würde, wäre einem wohler. Laut und lauter wird der Ruf, daß die Bundeswehr in den Krieg im ehemaligen Jugoslawien einzugreifen hätte, um das Morden dort zu beenden. Auch innerhalb der Linken werden es geradezu täglich mehr. Es ist für uns völlig verständlich, daß heute aus Bosnien-Herzegowina die Forderung immer stärker wird, die ein internationales gewaltsames Eingreifen verlangt. Allerdings haben uns die Bekenntnisse aus linken Kreisen für einen Bundeswehreinsatz dort ziemlich den Atem verschlagen und manchmal denken wir, da hat ein Teil unserer Generation offenbar den Krieg verpaßt. Wie kann z.B. ein Walter Jakobs als Linker und Kriegsdienstverweigerer in einem Leitkommentar der taz (vom 28.12.92) erklären, er könne seinem Sohn nicht guten Gewissens zur Kriegsdienstverweigerung raten, wenn eine Armee nach ihm riefe, um dort (in Jugoslawien) eine rassistische Vernichtungspolitik zu bekämpfen? Ist er ernsthaft der Meinung, daß die Enkel dort angeblich im Namen der guten Sache wieder Menschen töten dürfen, wo deren Großväter Seite an Seite mit einheimischen Nationalisten und Faschisten nicht nur entsetzliches Grauen verbreitet haben, sondern auch mit den Boden dafür bereitet haben, für das, was sich heute dort austobt?

Wenn heute die militärischen Fachkreise vor einem Einsatz in Jugoslawien warnen, hat das wohl weniger damit zu tun, daß ihnen die militärischen Mittel fehlen würden, den Krieg dort zeitweise durch massive Überlegenheit unterdrücken zu können. Eine militärische Diktatur könnte dort von ihnen errichtet werden. (Und eine militärische Intervention ist auch noch dann eine gewaltsame Diktatur, wenn sie sich auf eine gute Sache beruft.) Es fehlt an den Mitteln und an dem Willen, dort eine politische und soziale Entwicklung einzuleiten, die dem Völkerhaß den Boden entziehen könnte und deshalb sagen es alle „Experten" voraus, daß sich die Interventionskräfte unweigerlich in einen grausamen Krieg verstricken

Perspektiven
und
Die Linke in Europa
Projekte

**Kongreß - Köln,
13./14. März 1993,**
veranstaltet von:
Pro M S - Projekt Moderner Sozialismus
JUSOS NRW - JUSOS Köln

Die Linke in Europa.
***Ihr Zustand:* Gebannt und gelähmt angesichts der weltweiten und innereuropäischen Tragödien.**
***Ihre Chance:* Die mögliche Rolle Europas für einen globalen Fortschritt zu nutzen.**
***Ihre Aufgabe:* Konstruktive Projekte des Umbaus zu entwickeln - ökonomisch und ökologisch, kulturell und sozial.**

Strategische Diskussion mit
Luciana Castellina, MdEP, Rifondazione Comunista
Christa Randzio-Plath, MdEP, SPD

Foren zu europäischen politischen Projekten:
Konversion: Sicherheitspolitik - Öko-Chip: Industriepolitik - Euro-Mobil: Verkehrspolitik - Euro-Solar: Energiepolitik - Solidarität: Südpolitik - SOS-Rassismus: Migrationspolitik - Hegemonie: Medienpolitik - Brückenschlag: Ostpolitik - u.a.m.

Termin: 13. 3., ab 10.30 Uhr
14. 3., ab 9.30 Uhr
Ort: Nikolaus-August-Otto-Schule, Köln-Deutz, Eitorfer Str. 16
Anmeldung beim Kongreßbüro:
SPD-Bürgerbüro,
Günter Oesinghaus, MdB, Kalker Hauptstr. 212, W-5000 Köln 91
Bitte angeben, ob Schlafplatz oder Kinderbetreuung gewünscht!
Teilnahmebeitrag: DM 30,-/ DM 20,- (ermäßigt); Schlafplatz inbegriffen;
überweisen an (bitte gleichzeitig mit der Anmeldung): G. Bell/JUSOS Köln, Kto. Nr. 17 32 29 67, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98 (Stichwort 'Kongreß')

Der Kongreß findet mit Unterstützung der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft - spw (W-5000 Köln 80, Kieler Str. 13) statt.

Konkreß konkret

würden.

Um Jugoslawien wird staatlicherseits in der BRD eine offenkundige „Scheindebatte" geführt. Bei allen Unterschieden betonen sämtliche führenden Kräfte, daß sich die BRD aufgrund ihrer Geschichte nicht an einer solchen Intervention beteiligen dürfte. Der Zweck der Übung der aktuellen Debatte scheint ganz offenkundig, soviel Stimmung zu erzeugen, daß man dann bei zukünftiger aus Sicht der herrschenden Politik geeigneteren Kriegen fast förmlich „nachgeben" kann, das macht sich allemal besser als eine blinde Pro-Kriegsproganda.

Was erlaubt die Verfassung?

Die herrschende Politik ist derzeit sowieso von einigen Merkwürdigkeiten geprägt. Im Zentrum steht dabei die Verfassung der BRD. Der aktuelle Streit wird als Mittel benutzt, um jeweils den anderen für schuldig zu erklären, daß die BRD noch nicht zum Eingriff bereit sei. Die Verfassung selbst ist in dieser Frage ein dehnbares Produkt, es gibt die (zunehmende) Interpretation vor allem auf Seiten der CDU/CSU, daß die Verfassung durchaus alles erlaube und es gibt die Ansicht bei der SPD und Teilen der FDP, sie müsse erst einmal geändert werden.

Das „Dumme" für die CDU/CSU ist dabei, daß bisher sämtliche Bundesregierungen auch unter CDU/CSU-Führung unisono erklärt hatten, daß die Verfassung eindeutig so zu interpretieren sei, daß sie nur im Rahmen der NATO (wenn ein Mitgliedsland der Nato „angegriffen" sei) und im Falle der „Landesverteidigung" einen Einsatz der Bundeswehr erlaube. Das zweite Problem ist, daß die CDU/CSU offen sagt, wo sie hin will, nämlich zur Freigabe jedweden denkbaren Militäreinsatzes in der Welt, mit der einzigen Einschränkung, daß man nicht wieder auf eigene, nationale Faust, sondern in internationalen Bündnissen Krieg führen will. In diesem Sinne kann man auch in den aktuellen Bundeswehrstudien zum Thema lesen, daß es nicht einfach um die Interessen der armen, notleidenden Menschen in der Welt, sondern darum geht, „unsere" Interessen überall „verteidigen" zu können. Die CDU/CSU sagt, eine Verfassungsänderung, die dieses Endziel behindere, mache sie nicht mit. Und sie könnte schon bald am Ziel sein.

Der Schwenk der SPD

Seit 1989 hat die SPD angefangen, hier ihren Kurs zu ändern: Beim ersten Anlauf fiel der Antrag auf Verfassungsänderung für UNO-Blauhelme knapp durch, beim zweiten Mal war die Mehrheit dafür. Die von der SPD vorgeschlagene Verfassungsänderung sollte noch ganz „superschlau" einen verfassungsmäßigen Riegel gegen militärische Interventionen (ohne Zustimmung der betreffenden Länder) bedeuten. Heute hört man schon von einem Gansel, daß die nächste SPD-Runde die Zustimmung auch für den Kampfeinsatz erbringen werde, wie es die CDU/CSU heute fordert. Und vermutlich hat er mit seiner Prognose recht. Gerade Gansels Person ist dabei ein glänzendes bzw. trauriges Beispiel, das den Lauf der Dinge kennzeichnet. Gansel ist an verschiedenen Stellen als Vertreter der Menschenrechte oder gegen die BRD-Rüstungsliefe-rungen in Erscheinung getreten, und er ruft bei dieser Debatte seinen Kritikern zu, wie sie denn den Einsatz der Bundeswehr in einem „gerechten" Krieg (so würde unsere Formulierung dafür lauten) ernsthaft ablehnen wollen. Nur der „gerechte Krieg" könnte doch bestenfalls die Ausnahme von der Regel sein. Und es macht „unsere" SPD-Linken so „glaubhaft", daß sie unter diesem Motto innerhalb weniger Jahre beim allgemeinen Recht für den Kampfeinsatz der Bundeswehr im Namen der neuen Weltordnung gelandet sind. Die Geschichte der Berufungen auf den „Gerechten Krieg" sollte zur Vorsicht mahnen.

Rechtzeitig verweigern!

Alle Rechtfertigungen für den Bundeswehreinsatz im Krieg und Intervention berufen sich heute auf die Parallele zum antifaschistischen Widerstand und meinen, die geschichtliche begründete Zurückhaltung dieses Landes mit einreißen zu müssen.

Unseres Erachtens wird bei dieser Parallele ganz entscheidend übersehen, daß sich diese Kriegseinsatzappelle an die Großmächte in der Welt richten, die — ganz höflich ausgedrückt — noch allemal ihren Einsatz für eine gerechte und soziale Welt vermissen lassen und die zumindest die entscheidende Mitverantwortung für die Not in den Ländern tragen, die heute auf der Liste für eine mögliche Intervention stehen.

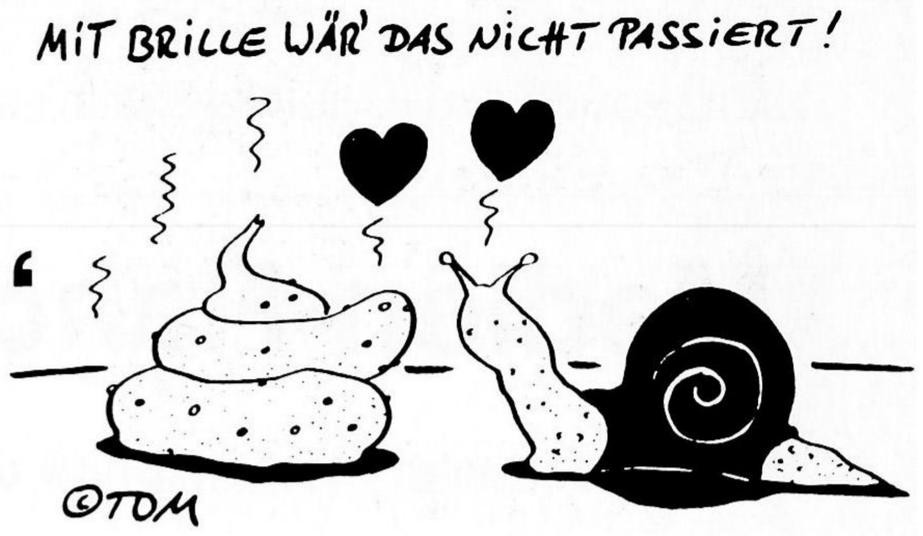
Und zur BRD im besonderen läßt sich sagen, daß dieses Land die „Masche", sich geradezu zum nächsten Kriegseinsatz drängen zu lassen, damit nun wirklich niemand auf die Idee kommt, daß Deutschland wieder militaristisch geworden sei, eher schneller aufgeben wird, als uns allen lieb sein dürfte. Und diejenigen Linken, die meinen diesem Land das Zepter der Gewalt mit in die Hand drücken zu müssen, seien ernsthaft gefragt, was sie denn glauben, was dieses Land damit anfangen wird? Das Gewaltpotential und der verbreitete Haß gegen die unbestreitbar bettelarmen Asylsuchenden ist nun nicht gerade ein Indiz dafür, daß dieses Land als militärische Macht sich aufmachen wird, in der Welt jetzt für „Gerechtigkeit" zu sorgen.

Wir bleiben dabei, man muß sich heute dieser Gefahr entgegenstellen, heute muß man einen solchen Kriegseinsatz verweigern. ■

Hans-Hermann Teichler, Hamburger Friedenskoordination

ANTON MAEGERLE

„Die Augen nach rechts“



Der „wertkonservative“ Flügel der CDU ist erwacht

Mit der Gründung des 'Deutschland-Forums' und sog. 'Konservativer Gesprächskreise' wird innerhalb der CDU ein Prozeß sichtbar, der weniger hinsichtlich seines Ausganges als vielmehr ob seines späten Auftretens überraschen kann. Was von linksliberalen Jungsozialisten als 'letztes Aufgebot' bewitzelt und von linken Presse-Bengeln als 'Volkssturm' aus den Reihen des Stahlhelmflügels abgetan wird, ist der wohl letzte Versuch einer überwiegend konservativen CDU-Basis, sich gegen die Sozialdemokratisierung der eigenen Partei zur Wehr zu setzen...

In Wirklichkeit sind die sich selbst als Wertkonservative bezeichnenden Unionisten die Mitte der alten Adenauer-CDU, während der einstige nationalkonservative Flügel der Union längst seine politische Heimat bei den Republikanern gefunden hat.“

So der Kommentar von Rolf Schlierer, führender Kopf der baden-württembergischen REP-Fraktion im Landtag, in der jüngsten Ausgabe der rechtsintellektuellen Postille „Junge Freiheit“ (Dezember 1992 — Januar 1993) zum Erwachen des rechten Flügels der Union in Form von „Konservativen Gesprächskreisen“ oder „Wertkonservativen Kreisen“.

Ihren ersten medienwirksamen Höhepunkt erreichten diese Kreise, für die Koalitionen mit den REP kein Tabuthema mehr sind, mit der Gründung eines „Christlich-Konservativen Deutschland-Forums“, das am 5. November 1992 auf dem Rheinschiff „Bonna“ von 192 Gründungsmitgliedern, darunter elf Bundestagsabgeordneten und mehreren Landtagsabgeordneten aus der Taufe gehoben wurde; mit dabei auch Gerhard Mahler (Esslingen/Baden-Württemberg), Staatssekretär außer Diensten, und Klaus Hornung, Politikwissenschaftler an der Universität Hohenheim, der an der „Überwindung jener geistig-politischen Stickluft mitwirken (möchte), die heute in Deutschland weit verbreitet ist mit ihren Elementen des Schuldtraumas, der reeducation, des nationalen Selbsthasses und einer dummen Überschätzung von Ökonomie und technokratischer Machbarkeit.“ Durch Nicht-Anwesenheit glänzten der süddeutsche CDU-Rechtsaußen Gerhard Mayer-Vorfelder und der ehemalige strammrechte ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, ohne deren aktives Mittun und angebrochenen Popularität am rechten Rand der Unionsparteien eine bundesweite Ausdehnung des „Deutschland-Forums“ — bis zur Ortsvereinsebene hinab — kaum erreicht werden kann.

Hauptgegner des „Deutschland-Forums“ sind — so der Brettener (Baden-Württemberg) Rechtsanwalt und Mitgründer Helmut Walther — die „Herz-Jesu-Marxisten“ um Ex-Generalsekretär Heiner Geißler, die mit Unterstützung der Stasi die Macht in der CDU ergriffen hätten. In einem Rundschreiben des Forums (9. September 1992) — noch vor der offiziellen Gründung — wird Andersdenkenden in der CDU der Kampf angesagt: „Die fast unumschränkte Vorherrschaft der Prinzipien-Muffel in der CDU ist erstmals öffentlich angefochten — von einer kleinen Schar aufrechter und unerschrockener Christlich-Konservativer. Sie haben ihr Gesprächsforum noch nicht einmal gegründet, schon schallt ihnen parteiamtliche Verdammung entgegen. Das Wehgeschrei etablierter Funktionäre und smarter JU-Karrieristen in der Partei ist gewaltig — als sei der leibhaftige Gottseibeiuns in der Union aufgetaucht und bedrohe das eingespielte Establishment. (...) Wir wollen Gegengewicht gegen die Macht der Prinzipien-Muffel und gegen die Sprachführerschaft der Parteilinken sein.“ Helmut Kohl, als „Parteilinker“ bisher noch nicht zu erkennen, kontert beim Deutschlandtag der JU und erklärt: „Ich jedenfalls werde nicht zulassen, daß konservative Zirkel zu Formationen werden, die die innere Spaltung unserer Partei zur Folge haben könnten — das geht nicht!“ — Worte, denen bisher keine Taten folgten.

Als Sprecher des Spaltpilzes „Deutschland-Forum“, dessen Mitglieder sich nicht so richtig zwischen CDU/CSU und REP zu entscheiden wissen, fungieren der militante Abtreibungsgegner Claus Jäger und Rudolf Krause (beide CDU-MdB) und der sächsische CDU-MdL Wolfgang Nowak. Maßgeblicher Initiator des „Deutschland-Forums“ ist neben Jäger und Wilfried Böhm (CDU-MdB, Anführer der „Stahlhelm-Fraktion“ in der CDU-Bundestagsfraktion), der zwischenzeitlich wieder abgesprungen ist, da er eine „Partei in der Partei“ nicht mittragen wolle, Heinrich Lummer, früherer Innensenator Berlins. Lummer, einer von nur zwei Maastricht-Kritikern, die sich bei der Ratifizierung des Vertrages im Bundestag enthalten hatten, widersprach in der November-Ausgabe der JF dem CDU-Generalsekretär Peter Hinze, der die REP als rechtsextrem und undemokratisch bezeichnet hat und stufte diese dagegen als „Gesprächspartner“ ein, „mit denen man — falls nötig und möglich — auch Koalitionen eingehen kann.“

Die Bildung von „Konservativen Gesprächskreisen“ oder „Wertkonservativen Kreisen“ erlebt seit dem Frühjahr 1992 einen Boom („Karlshorster Kreis“ in Berlin, „Potsdammer Kreis“, „Petersburger Kreis“ in Hessen, „Konservative“ Gesprächskreise in Stuttgart und Tübingen), den die CDU/CSU-Zentralen in Bonn und München kaum noch bremsen können. Aber auch in der unionseigenen Jugend rumort es gewaltig. Andreas Kalbitz, Mitglied im Bezirksverbandsausschuß der JU München, propagiert in der Juni-Ausgabe der JF den Aufstand gegen die Parteispitze: „Erst wenn weit mehr inhaltlich orientierte Streiter der nonkonformistischen Rechten mit quertreiben, wird sich (...) (das) Fahrwässerchen stauen lassen — um als eine Flut der Erneuerung politische wie personelle Altlasten wegzuwaschen und — wenn nötig — zu ertränken, wenn, ja wenn bis dahin die wenigen Streiter dieser Couleur den verkommenen Gefechtsstand der Union nicht aufgeben und sich einer noch unverbrauchten politischen Kraft zugewandt haben.“

Einen Monat vor dem indirekten Aufruf von Kalbitz die Union zu verlassen, rief die JU Sachsen-Niederschlesien und Mecklenburg-Vorpommern einen „Diedrichshägeren Kreis — Konservativer Interessenverbund“ ins Leben, der nach Angaben des mecklenburgischen JU-Chefs Dirk Warning der Jugendorganisation „Orientierungshilfen bei der politischen Grundsatzarbeit geben“ soll. Angestrebt wird „christlich-konservatives Gedankengut in der CDU, aber auch vor allem in der JU Deutschlands neu (zu) beleben, um wertkonservativen Wählern wieder eine politische Heimat zu geben“. Programmatisch unterscheidet sich das Programm nicht einmal in Nuancen vom REP-Gedankengut. Gegen „eine Liberalisierung des Eherechts“ wird gewettert, die „Institutionalisierung gleichgeschlechtlicher Liebe ist (...) auf keinen Fall akzeptabel“ und „Asylantragsverfahren sind soweit zu straffen, daß eine Abschiebung trotz sozialer und humanitärer Gründe möglich ist.“

Das „Deutschland-Forum“ mitsamt den konservativen bzw. wertkonservativen Zirkeln kann in den Unionsparteien und ihrem Jugendanhang zu einem Rechtsruck führen, der ideologische Unterschiede zwischen diesen und den REP gänzlich verwischt. Koalition mit den REP — ja oder nein — ist dann nur noch eine Frage der Zeit.

AUTONOME A.F.R.I.K.A.-GRUPPE MITTLERER NECKAR

Medien-Randale

Kleine doitsche Medienkunde und Fragen militanter Praxis

Die versammelte politische (und herrschende) Klasse, die seit einem Jahr unaufhörlich die Stimmung gegen die Flüchtlinge und Menschen ohne deutschen Paß aufheizt, die bereits heute über diverse Ausnahmegesetze Menschen erster und zweiter Klasse produziert, hatte die Untertanen zur Demonstration gerufen. Sie wollten gegen die von ihnen auf juristischer Ebene unterstützten und auf rhetorischer Ebene heraufbeschworenen (z.B. Rühe-Rundbrief vom Sommer 1991) und munitionierten Pogrome ein Zeichen setzen: Wir waschen unsere Hände in Unschuld. Die bundesdeutsche politische Klasse wollte den biederen StaatsbürgerInnen außerdem zeigen, von wem in diesem Land einzig und allein Gewalt gegen Nicht-Deutsche ausgehen darf.

Auf einmal prasselte es Farbeier. *„Und plötzlich war es ein Spießrutenlaufen": „Sekunden zuvor noch hatte er (...) dargelegt, warum man sich (...) versammelt habe: ‚Weil uns unser Land am Herzen liegt. Und weil wir uns um Deutschland sorgen'"* (Frankfurter Rundschau, 9.11.1992). Genau weil das ihre Hauptsorge war — und nicht etwa das Wohlergehen der von Deutschen gejagten Flüchtlinge, wie auch geheuchelt wurde (Vgl. z.B. demgegenüber Rita Süßmuth zit.n. Stuttgarter Zeitung, 9.11.1992: *„Weil Flüchtlinge ein Problem sind, das wir reduzieren müssen")* — gab es eine auf die Nuß. Ihnen öffentlich und nachvollziehbar die Gefolgschaft und die Loyalität aufzukündigen und sich nicht zu Claqueuren degradieren zu lassen, lautete das Gebot der Stunde. (...)

Die Fiktion eines „besseren", angeblich „ausländerfreundlichen" Deutschland ging dabei zu Bruch: *„Linke Krakeeler, gewalttätige Autonome, radikale Ideologen — sie haben wieder einmal zerstört und in Scherben geschlagen, was doch eigentlich gekittet werden sollte: das Ansehen der Republik, der Ruf des neuen, wiedervereinigten Staates"* (Stuttgarter Nachrichten, 9.11.1992).

Der Stein bestimmt das Bewußtsein

„Mit Steinen gegen den ersten Mann im Staat" (Südwestpresse, 9.22.1992) soll es im Lustgarten zur Sache gegangen sein. Obwohl es jedeR FernsehzuschauerIn selbst hat sehen können, daß kein einziger Stein flog, *„werfen Linksextremisten"* — so der durchgehende Medientenor von FAZ bis taz — *„Steine und Eier auf Bundespräsidenten und Kanzler"* (Stuttgarter Zeitung, 9.11. 1992). Die Hilflosigkeit und der Ärger waren vollkommen, als Autonome nicht so auftraten, wie sie sich der/die kleine ARD- und ZDF-KommentatorIn gemeinhin vorstellt. Nicht in die übliche Kostümierung gewandet, drohte der Pawlowsche Medienreflex schon frühzeitig zu verenden. So wurden Pfiffe und Farbbeutel zu Steinen. Denn es drohte das Feindbild und die Demo abhanden zu kommen: *„Gezeigte und erlebte Realität passen selten zusammen. Es gehört zum Medienalltag, daß Randale immer durchdringt, auch wenn Friedfertigkeit überwiegt"* (Spiegel 47/1992, S. 23). Die Unmutsäußerungen gaben nun den Vorwand an, von dem entscheidenden Ergebnis der Demo abzulenken: Die Mehrzahl der DemonstrantInnen ist nicht einverstanden mit der Politik derjenigen, die diese Kundgebung organisieren ließen. JedeR der/die Augen im Kopf hatte, konnte sehen, daß den VeranstalterInnen die Demonstration inhaltlich schon während des Aufmarsches aus den Händen geglitten war. Die Eier- und Tomatenwürfe sowie die massiven verbalen Proteste mußten nun dafür herhalten, zu vertuschen, warum diese Kundgebung tatsächlich zu einem Debakel für ihre OrganisatorInnen wurde.

Keine dieser Medien (außer der taz) dementierte am nächsten Tag ihre Falschmeldungen: *„Selbst wenn vereinzelt auch Steine geflogen sein sollten — kein Beobachter konnte die Geschosse genau ausmachen —, es ging um eine wütende, teilweise auch haßerfüllte Bekundung des Unwillens gegen die politische Führung und nicht um einen gewaltsamen Angriff"* (taz, 10.11.1992). Auch das „Magazin Wirtschaft" (11/1992) der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammer vermochte nur noch von „ekligen Wurfgeschossen" zu schreiben.

So konnte die Veranstaltung doch noch als Erfolg gefeiert werden. Hatten fast alle Medien am Montag noch über das Scheitern der Demonstration gezetert und gejammert, wurde am Dienstag ihr Erfolg bekanntgegeben: *„Unerhört war das Wüten von 300 Provokateuren, doch unerhört war es doch wohl auch, daß tausendmal mehr Gutwillige zur größten Demo der Demokratie gekommen waren"* (Ebd.)

Über die Waffe der Kritik

Wenn es gilt, aus Sicht der radikalen Linken Bilanz zu ziehen, dann läßt sich zunächst einmal insoweit ein Erfolg konstatieren, als es gelungen ist, die in der Planung formulierte Absicht, dem traditionellen Medienbild vom gewaltbereiten Chaotenhaufen auch während der Aktion real nicht zu entsprechen, umzusetzen. Die Durchführung hat einmal mehr gezeigt, daß ein gutes Gelingen solcher Unternehmungen nicht zuletzt der Unberechenbarkeit unserer Seite zu verdanken ist. Darin lag die Stärke der ganzen Vorgehensweise. Am Ende mußte nicht

"ALTERNATIVE MEDIEN"
80 S. A5 Tabellarisch-Thematisch
Zeitschriften-Medienwerkstätten
Filmverleihe-Fotoagenturen
Infoläden-Mailboxen
Auch im Tabellen- u. Datenbankformat
Schutzgebühr: Buch+Disk 12.00
Buch: 5.00 Disk 10.00
Infoladen Kellnerstrasse e.V.
O-4020 Halle, Kellnerstr. 10a
Tel.0345/0046/55 00 798
(gemeinnützig) Sparkasse Halle
Konto 384011007 BLZ 80053762

nur die Staatsgewalt zugeben, daß sie unter den gegebenen Umständen keine Chance hatte. Insofern war der Lustgarten ein erster Versuch und ein guter Anfang.

Der Lustgarten hat aber auch gezeigt, wie schwer es ist, gegen die Medienrandale anzukommen. Die Übermacht ihrer Deutungsgewalt vermochte das öffentliche Bild der Demonstration zu bestimmen. Und an diesem Punkt sollten selbstkritische Überlegungen einsetzen. Zunächst gilt es die Ereignisfixierung bürgerlich-kapitalistischer Medien zu begreifen. Für die weitere militante Praxis erscheint uns wichtig, daß Berlin zeigt, daß nicht unsere inhaltliche Kritik, sondern nach wie vor allenfalls eine bestimmte Form der Militanz für die Medien ein Ereignis darstellt und darüber dann mehr oder weniger ausführlich berichtet wird. Dies war auch in Berlin so. Hinzu kam aber noch ein weiteres. Das eigentliche Ereignis waren nicht die Störaktionen, sondern die Tatsache, daß Hunderttausende auf einer Regierungsdemo gegen die Politik der Regierung demonstrierten und auf ganz verschiedene Weise die Regierungstribüne zur Tribüne des Demonstrations-„Volkes" umfunktioniert hatten.

Daß der Fehlschlag der Demoshow nicht entsprechend gewürdigt wurde, hat vielleicht nur am Rande mit den linken Störaktionen zu tun. Wären diese nicht gewesen, sie hätten es bestimmt auf eine andere Weise heruntergespielt. Doch das enthebt nicht des Problems der Vermittlung solcher Störaktionen. Denn — soweit sich das noch beurteilen läßt — ist es den Medien recht gut gelungen, die Wut über die Heuchelei der regierenden PolitikerInnen gegen „die Autonomen" zu lenken.

Und an diesem Punkt sollten selbstkritische Überlegungen in der radikalen Linken einsetzen. Es ist nämlich auch nachzufragen, ob es nicht auch mit dem uns eigenen Auftreten zu tun hat, daß es den Medien gelingen konnte, die eigentliche Information („Hände weg von Artikel 16" und „Schluß mit der rassistischen Asyldebatte" sowie „Hier demonstrieren die Biedermänner der Brandstifter") unter den Teppich zu kehren und das Auftreten von „Chaoten" zum zentralen Problem während der Kundgebung zu stilisieren? Zu fragen wäre also, welches unser Anteil daran war, daß die Ablenkung von den Meinungsverschiedenheiten zwischen DemonstrantInnen und Regierenden doch relativ reibungslos gelingen konnte. Denn nicht unsere Absichten zählten, sondern das was am Ende unter dem Strich politisch herauskommt. Von daher kann die ganze Aktion nicht nur als Erfolg gewertet werden.

Dabei besteht das Problem nicht so sehr darin, daß uns die Medien nicht mögen, sondern daß es ihnen immer wieder vorzüglich gelingt, einen großen Teil potentiell Verbündeter zu allererst gegen die radikale Linke zu hetzen. Es hilft allen nicht. Nicht für die Medien, aber zur möglichen Gewinnung der Sympathie der MitdemonstrantInnen wäre ein differenziertes Vorgehen, z.B. beim Verlesen des Briefes der Frau aus Quedlinburg, vielleicht von Nutzen gewesen. Ob es besser hätte laufen können, darüber sinniert auch der Bericht einer autonomen Berliner Gruppe:

„Wir selbst haben beim Flugiverteilen die Erfahrung gemacht, daß keine Frontstellung uns gegenüber bestand, daß die meisten DemoteilnehmerInnen unseren Inhalten gegenüber offen waren. Regierungskritische Transparente und Forderungen nach Beibehaltung des Artikel 16 und für ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge überwogen bei weitem. Die kleinen Blöcke der Parteien und Gewerkschaften verloren sich dagegen in der Masse. Viele hatten das vorher anders eingeschätzt. Es wäre aber noch genug Zeit gewesen, auf die Situation zu reagieren."

Wir wissen, wer auf dieser Demo gegen Gewalt gegen die Flüchtlinge eingetreten ist, braucht noch lange kein Anti-Rassist zu sein. Anti-Rassismus richtet sich nicht nur gegen die Gewalt der Neo-Nazis, sondern auch gegen die nicht nur strukturelle Gewalt der Gesetze (z.B. das rassistische Ausländersondergesetz oder die Abschiebungen) und der Diskurse (Hatespeech). Das muß immer wieder in unseren Argumentationen auftauchen. Aber auch wenn wir es dabei mit ReformistInnen zu tun haben oder diese selbst Anklänge von multikulturellen Rassismus aufzuweisen haben: die erste Aufgabe ist es, die Lunte der Subversion zu legen (und die ist nur inhaltlich entfachbar). Erst dann mag auch jene Folklore ihr Recht beanspruchen, die besingt, wie ganz arg gefährlich wir sein können. Ansonsten stehen wir uns zunehmend selbst im Weg. Problematisch ist der oftmals marxistisch-leninistisch anmutende Avantgardeanspruch, der immer schon alles weiß und deshalb auf niemanden zu hören braucht. Befehlsartige Verlautbarungen erinnern an ganz andere Traditionen und sind nicht an emanzipatorischen Politikformen orientiert:

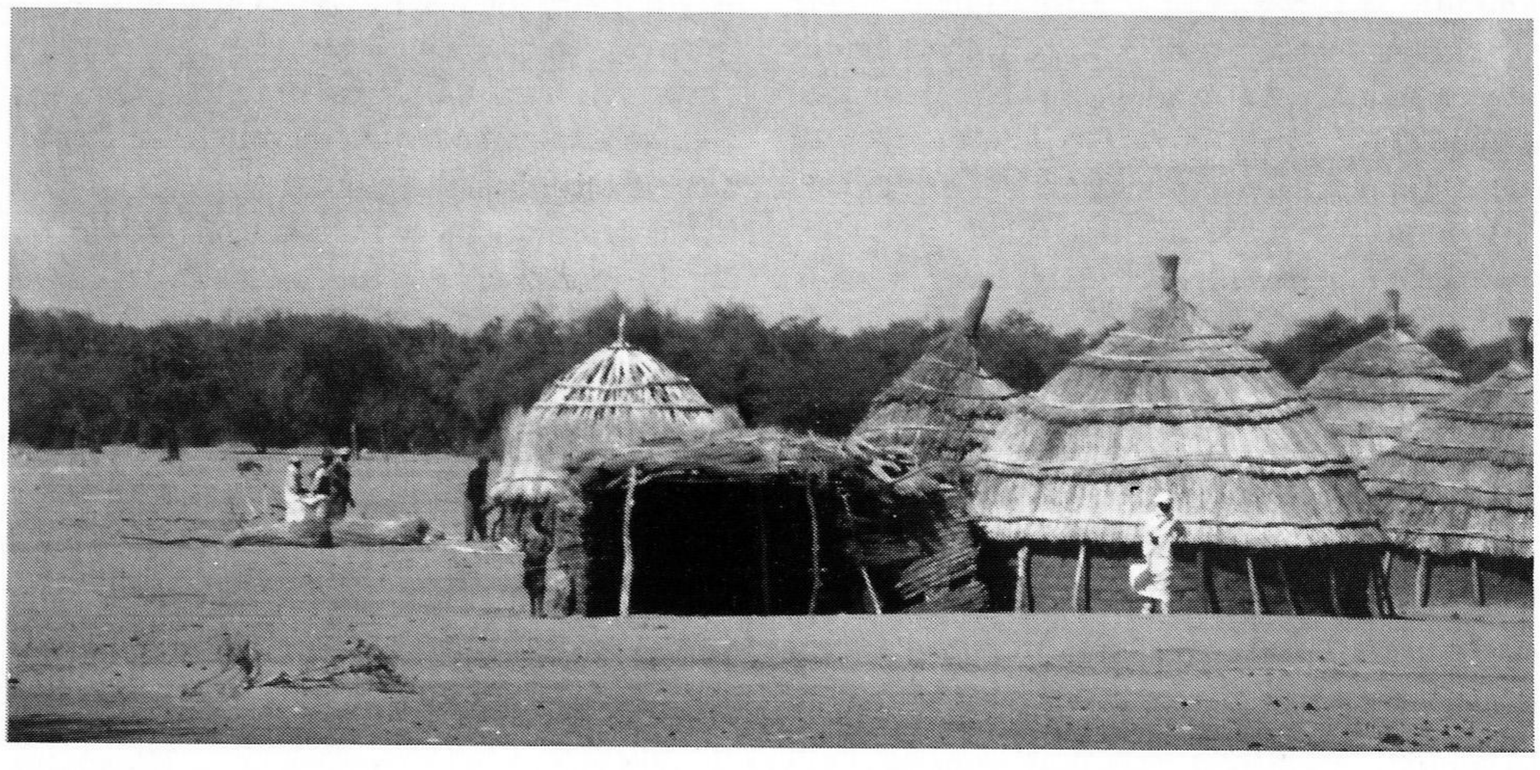
„Mit einem sensiblen Auftreten hätte vielleicht eine Chance bestanden, eine Solidarisierung einer größeren Zahl der übrigen Demo-TeilnehmerInnen zu erreichen. Eventuell hätte auch eine größere Anzahl von Leuten in unsere Sprechchöre miteingestimmt. Einzelne Eierwürfe hätten die ‚Keine-Gewalt'-DemonstrantInnen nicht in dem Maße abgeschreckt, wie es jetzt geschehen ist, wenn stärker versucht worden wäre, mit der Masse in Kontakt zu kommen und nicht so isoliert zu agieren. Die Medien hätten wir natürlich in keinem Fall hindern können, die überwiegende Aussage der Demo in ein verwaschenes ‚Wir sind alle ausländerfreundlich' zu verfälschen. Aber bei den Beteiligten wäre bei einem anderen Auftreten etwas anderes angekommen als bei der jetzt vollzogenen klaren Frontstellung."

Aber machen wir uns nichts vor, ließe sich einwenden, selbst wenn „die Autonomen" mit Wattebäuschen werfen würden, vermögen die Medien daraus jederzeit eine Aktion mit Mordabsicht zu machen. Es ist vermutlich in der Tat wenig aussichtsreich, gegen das Medienecho anschreien zu wollen. Doch wäre schon viel gewonnen, sie zu zwingen, immer unverschämter und offener lügen zu müssen.

Wir sollten unsere vorwiegende Aufgabe nicht darin sehen, immer dem verqueren Medienbild über Autonome zu entsprechen, sondern eher versuchen (wie es in Berlin ansatzweise geschehen und in Mölln sehr gut gelungen ist) dasselbe möglichst oft zu konterkarieren. Damit ließe sich offensiver die inhaltliche Differenz über die Verantwortlichen und die Ursachen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus herausstellen.

Angesichts des Deutungs- und Interpretationsmonopols der bürgerlichen Öffentlichkeit sollten wir uns darüber hinaus bemühen, noch besser vorbereitet und organisiert als bisher, unseren abweichenden inhaltlichen Vorstellungen Gewicht zu verschaffen. Ansonsten laufen wir Gefahr, permanent selbst unser politisches Gewicht zu verkleinern, indem wir uns auf kulturelle (Tracht) wie inhaltliche (Militanz) Äußerlichkeiten reduzieren lassen. Und dann sind wir berechenbar geworden.

Damit aus radikalen Linken keine AutistInnen werden, gilt es in nächster Zeit eine Frage zu beantworten: Wie läßt sich die rassistische Übereinkunft zwischen der Mehrheit der PolitikerInnen und den bundesdeutschen Staatsbürgerinnen tendenziell aufbrechen? Mit welcher Strategie ist gegen die Hegemonie rassistischer und nationalistischer Diskurse in den Medien anzugehen und wie lassen sich die Widersprüche in den überaus heterogenen Blöcken zu unseren Gunsten zuspitzen? ■

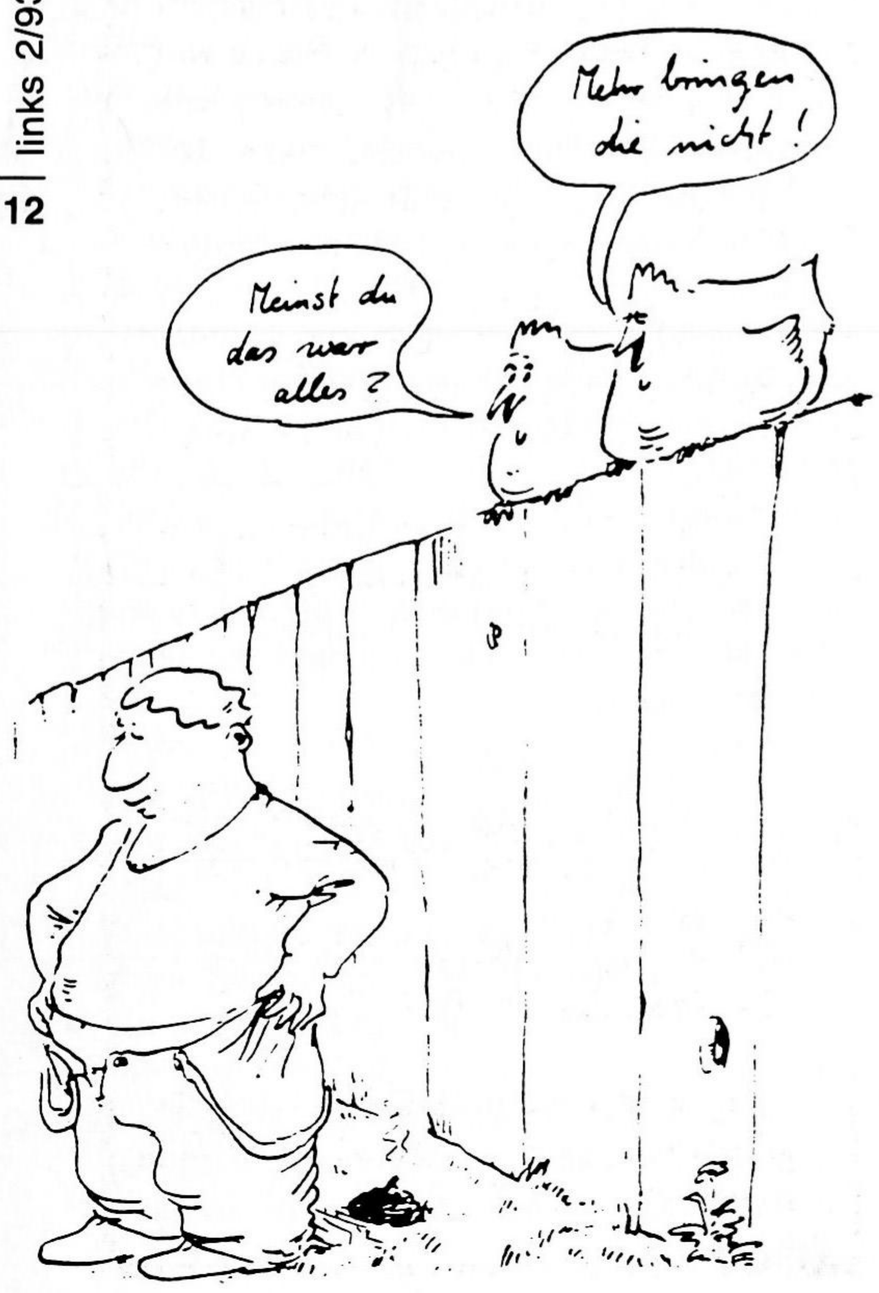


Dorf im Niger

ZENTRALER AUFRUF

Blockieren wir gemeinsam den Bundestag

In diesem Heft finden unsere LeserInnen einige Aufrufe anläßlich der Beseitigung des Asylrechts. Der nachstehend dokumentierte ist ein Zentraler Aufruf verschiedener autonomer Gruppierungen. Er wurde in der Redaktion kontrovers diskutiert und gibt nicht die Meinung der Gesamtredaktion wieder.



Ausgehend von der Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten, mit den „Verdammten dieser Erde...“
Ausgehend von der fundamentalen Ablehnung dieser alten „Neuen Weltordnung...“
Ausgehend von der Würde des Menschen und dem Streben nach einer Gesellschaft der Freien und Gleichen...“
rufen wir alle auf,

- die dem faschistischen Terror Einhalt gebieten wollen
- die wissen, die Gewalt richtet sich gegen alle, die hier frei, gleich und selbstbestimmt leben wollen
- die gegen eine zunehmende Kriminalisierung von AntifaschistInnen sind
- denen einfache Lippenbekenntnisse gegen rassistische Gewalt nicht ausreichen
- die gegen eine Selektion von Flüchtlingen nach kapitalistischen Verwertungsinteressen sind
- die deutlich machen wollen,die AnstifterInnen sitzen in Bonn
- die das Menschenrecht auf Asyl verteidigen wollen
- die den zunehmenden Rassismus im Alltag unerträglich finden
- die gegen eine imperialistische Großmacht Deutschland sind

Kaum ein Tag vergeht ohne faschistische Angriffe auf Flüchtlinge, AusländerInnen, ImmigrantInnen, Obdachlose, Behinderte, Lesben, Schwule... irgendwo in der BRD. Teile der Bevölkerung und fast das gesamte Parteienspektrum heuchelt Betroffenheit. Gleichzeitig wird die rassistische Praxis der Faschisten toleriert und verharmlost. Inhaltlich gibt es an vielen Punkten Übereinstimmung: Faschistische Forderungen wie „Scheinasylanten raus“ und „Sammellager für Flüchtlinge“ finden im Handeln der CDU/CSU/SPD/FDP ihre Umsetzung; es wird der saubere parlamentarische Weg beschritten.

Der Parteienkompromiß ist da: CDU/CSU/SPD/FDP wollen per Gesetzesänderung das Menschenrecht auf Asyl so weit aushöhlen, daß es faktisch nicht mehr existiert. Das reiht sich ein in eine kontinuierliche Verschärfung und Aushöhlung dieses Asylrechts seit 1978 und der ständigen Verschärfung des AusländerInnengesetzes seit 1974. Alle Flüchtlinge, die über den Landweg in die BRD kommen, und das sind über 90 %, sollen künftig an den BRD-Grenzen in ihre zuvor durchquerten Transitländer abgewiesen werden. Die Nachbarstaaten werden also als Schutzwall und Auffangzone gegen Flüchtlinge in den Dienst der BRD gestellt. Was dort mit ihnen geschieht, regelt sich über die Gesetze der entsprechenden Länder. Dabei wird in Kauf genommen, daß in vielen dieser Länder praktisch kein Schutz für Flüchtlinge gewährt wird. Für die Flüchtlinge, die es dennoch bis in die BRD schaffen, wird das Asylverfahren zusätzlich noch verschärft. Frauen, die vor sexistischer Unterdrückung fliehen, wird nach wie vor Asyl verwehrt.

Was wir jetzt erleben, ist ein Rechtsruck in der Gesellschaft und im gesamten Parteienspektrum. Was die SPD jetzt fordert, waren vor Jahren die Positionen der Faschisten. In der CDU machen sich noch stärker faschistoide Positionen breit. Wortschöpfungen wie „Scheinasylanten“ oder „kulturelle Überfremdung“ sind im allgemeinen Gebrauch. Mit der Verkündung eines angeblichen „Ausländerproblems“ und dem Vorantreiben der Asyldebatte wurde der Nährboden für rassistische Angriffe geschaffen.

Die gleichzeitige Distanzierung von dieser gewalttätigen Praxis beruht folgerichtig nicht auf tiefem menschlichen Entsetzen und der scharfen Verurteilung dieser Menschenverachtung, sondern ist getragen von der Angst, die BRD könnte an Ansehen verlieren. Im Ausland ist noch nicht vergessen worden, daß von deutschem Boden zwei Weltkriege ausgegangen sind. Das wissen auch die PolitikerInnen der herrschenden Parteien.

Wir alle wissen oder haben es selbst erlebt, wie dieser Staat mit seinen politischen GegnerInnen umgeht. Gemessen daran sind die Repressionen gegen faschistische Organisationen und Einzelpersonen halbherzig. Sie folgen einzig dem politischen Druck von außen und ökonomischen Zwängen; Distanzierungen anderer Staaten gefährden Investitionen und Exportprofite. Nicht um die Menschen geht es, sondern um den Profit.

Eine antirassistische Bewegung sollte nicht beim Kampf gegen Faschisten stehenbleiben! Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir gleichzeitig Herrschaftsverhältnissen den Kampf ansagen, die Rassismus, Faschismus und Sexismus möglich machen. Argumente, die als antirassistisch deklariert werden, wie „Wir brauchen die AusländerInnen, weil sie Jobs machen, die kein Deutscher machen will“ bereiten Rassismus den Weg. AusländerInnen werden in eine Rolle gedrängt, in der sie für die Interessen der „Deutschen“ funktionalisiert werden. Sie werden zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Ausländische Straßenfeger werden als Garantie für die „deutsche Sauberkeit“ gefeiert. Polen z.B. sind als billige Bauarbeiter gern gesehen. Auch in den Konzeptionen einer multikulturellen Gesellschaft werden AusländerInnen funktionalisiert. Menschen anderer Nationalität werden über ihre Kultur definiert und mit dieser „dürfen“ sie die „Deutschen“ z.B. in Form von „guter aus

ländischer Küche" bereichern.

Eine Politik der Abschottung und/oder „kontrollierten Einwanderung" ändert an den Gründen, die Menschen dazu bringen, ihr Land und ihr Zuhause zu verlassen, nichts. Nicht die Flüchtlinge sind zu beseitigen, sondern die Ursachen, die weltweit über 40 Millionen Menschen zur Flucht zwingen.

Wir lehnen es ab, Flüchtlinge nach den Verwertungsbedingungen des Kapitals, also nach Wirtschaftsinteressen zu selektieren. Wir lehnen Kriterien und Kontingente für die Aufnahme von Flüchtlingen in Form von Einwanderungsgesetzen oder ähnlichem ab.

Wir fordern ein Existenzrecht für alle Flüchtlinge in der BRD, weil sie dem Weg des gestohlenen Reichtums folgen.

Eine Unterscheidung in Flüchtlinge, die sich politisch gegen die Situation in ihren Heimatländern zur Wehr gesetzt haben und deswegen dort verfolgt werden und in Flüchtlinge, denen durch die dortige Situation nichts anderes übrig blieb als die Flucht, darf es nicht geben.

Großmacht Deutschland — Rassismus und Militarismus gehören zusammen! Keine „Out-of-Area"-Einsätze der Bundeswehr!

Die Entwicklung Deutschlands zur Weltmacht ist unterschiedlichen Bedingungen unterworfen:

- der zunehmenden ökonomischen und in der Folge militärischen Konkurrenz der Großmächte untereinander
- dem Zwang, ständig neue Absatzmärkte zu erobern und wenn notwendig gewaltsam zu sichern
- der durch den Zerfall des Ostblocks „einmaligen" Chance, „neue Lebensräume im Osten" zu erobern.

Diese Politik kann nur mit einem Mindestmaß an Zustimmung der deutschen Bevölkerung durchgesetzt werden. Zu diesem Konsens gehört Rassismus ebenso wie die Verdrängung und Umbewertung der eigenen faschistischen Vergangenheit; genauso wie zunehmende staatliche Repression und Demokratieabbau.

Die AnstifterInnen sitzen in Bonn!

Wir wollen in Bonn die herrschenden Parteien das Menschenrecht auf Asyl nicht ungestört abschaffen lassen. Die, die in Berlin von der Würde des Menschen geheuchelt haben, machen sich nun daran, die Würde des Menschen ein weiteres Mal anzugreifen.

Mit den herrschenden Parteien zusammen und Sprüchen wie „Keine Gewalt" gegen Rassismus zu demonstrieren, hilft den Schreibtischtätern ihr humanistisches Deckmäntelchen zu bewahren. Ausgeblendet werden die Zusammenhänge zwischen braunem Terror und bürgerlicher Politik. Ausgeblendet wird die Gewalt, die vom Staat ausgeht, werden die Waffenlieferungen an die Türkei, Abschiebung, Isolationsfolter in den Knästen, Gewalt gegen jede fortschrittliche fundamentale Opposition. Ausgeblendet wird, daß die menschenverachtende Politik dieses Systems letztendlich auf Gewalt basiert.

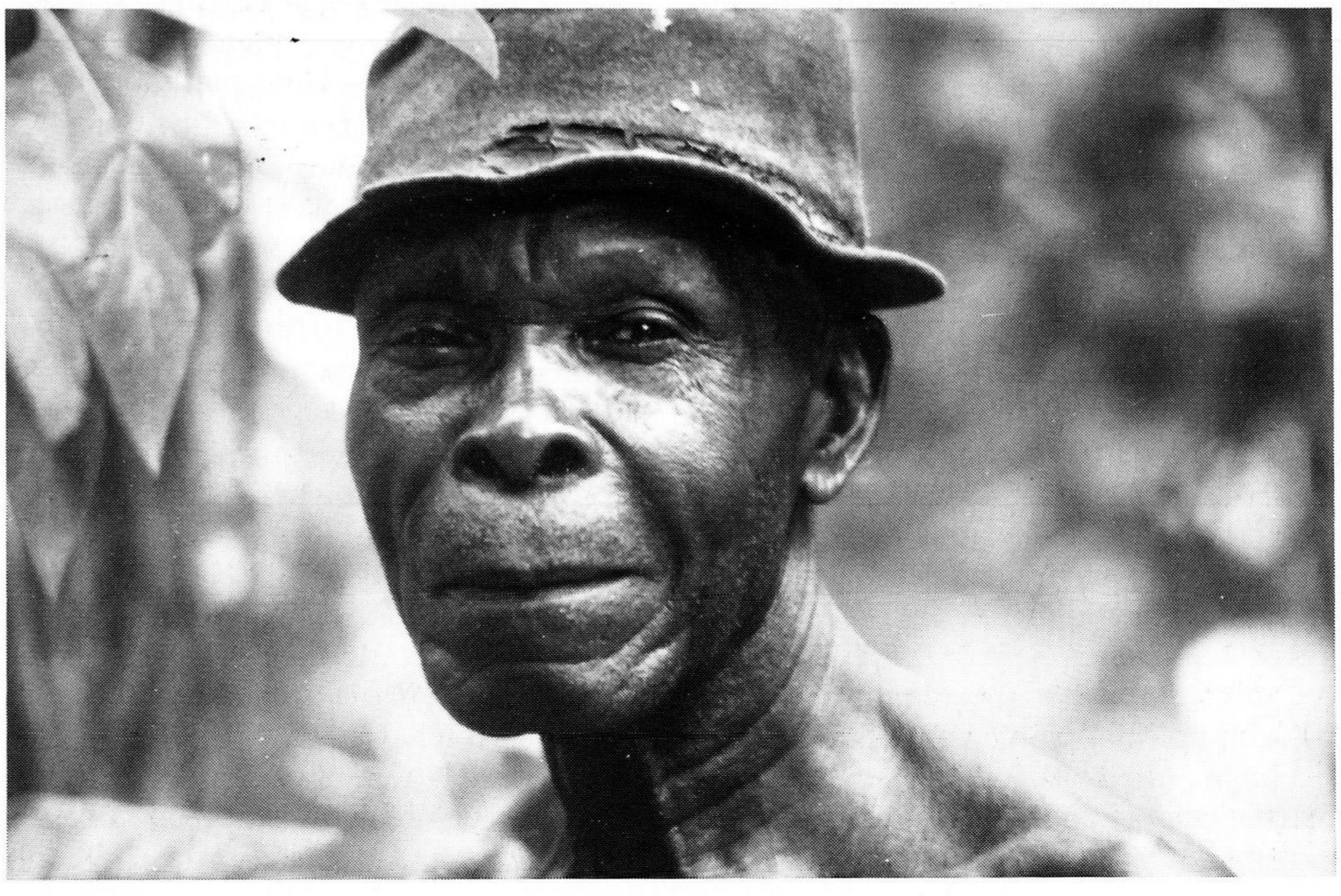
Deshalb werden wir die Lesung des neuen Asylgesetzes zum Anlaß nehmen, den Bundestag in Bonn zu blockieren. Auch wenn wir wissen, daß wir die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindern können, wollen wir genau dort hingehen, wo die Verantwortlichen sitzen.

Auf nach Bonn!!!

Wir fordern:

- Grenzen auf für alle
- Ausweitung statt Abbau des Artikel 16 GG
- Keine „Out-of-Area"-Einsätze der Bundeswehr
- Keine Abschiebung von Roma und Sinti
- Für ein eigenständiges Bleiberecht für Frauen und die Anerkennung des Sexismus als Fluchtursache!

Blockade-Info-Tel. (in Wuppertal):
Tel.: 0202/311790 (Di. 12.00 - 18.00, Do. 12.00 - 15.00, Sa. 12.00 - 14.00)



Kamerun

Libertäre Tage '93

"Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft"

8. - 12. April 1993 (Ostern)
Universität Frankfurt/Main

Herrschaft muß in all ihren Erscheinungsformen (zum Beispiel: Staatsherrschaft, Patriarchat, Sexismus, Antisemitismus, Ausbeutung durch Lohnarbeit...) öffentlich gemacht und bekämpft werden.

Wir richten uns daher an alle interessierten Menschen, die mit uns Wege hin zu einer menschlicheren, libertären (freiheitlichen) Gesellschaft weiterentwickeln wollen. Während der Libertären Tage sollen praktische und theoretische Ansätze aufgezeigt werden, die Herrschaft abbauen und zu einer anarchistischen (herrschaftsfreien) Gesellschaft führen.

Informationsmappe

In der Informationsmappe zu den Libertären Tagen 1993 sind die Zielsetzung, das Programm, der zeitliche Ablauf sowie Organisatorisches enthalten. Schwerpunkt der Informationsmappe ist die nähere Beschreibung der einzelnen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen, um eine Auseinandersetzung mit den Themen im voraus zu ermöglichen.

Die Informationsmappe kostet 7.- DM, ab drei Exemplaren 5.- DM (Wiederverkaufsrabatt) incl. Porto.

Kontaktadresse:
Libertäre Tage '93, c/o Dezentral, Sandweg 131a, W-6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069 - 4909203, FAX 069-4940943 oder Tel. 069 - 77 81 85

Konto: T. Schupp (LT'93), Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60, Konto-Nr.: 56 09 73 - 607

JOHN ELY

The „Next Generation"?

Willkommen an Bord des „Guten Schiffes USA" (O-Ton Al Gores)

Mit der Wahl Bill Clintons zum neuen Präsidenten wurden zwei besonders beunruhigende Entwicklungen in den Vereinigten Staaten überwunden oder zumindest aufgehalten. Erstens wurde damit der Zugriff der republikanischen Partei auf die Präsidentschaft gebrochen. Sie ist geschwächt und von innerparteilichen Konflikten beherrscht. Zugleich wurde der ernstzunehmendste Angriff der us-amerikanischen Rechten seit McCarthy abgewehrt. Zweitens hat Ross Perot, dessen Bewegung eine bedeutende Bedrohung der republikanischen Regierungsform darstellt, zumindest für dieses Mal verloren.

Die Linke kann erst einmal erleichtert darüber sein, daß die demokratische Partei, die sich noch vor sechzehn Monaten keine Hoffnungen auf einen Wahlsieg machte, wieder an der Macht ist. Die Demokraten bringen traditionelle keynesianische Vorschläge für eine Industriepolitik mit, die im Augenblick die sinnvollste Taktik darstellt, die Wirtschaft anzukurbeln, und sie versprechen, wenn auch zurückhaltend, die durch zwölf Jahre Reagonomics sich vertiefende Kluft zwischen Armen und Reichen zu verkleinern. Sie bieten Ansätze zur Veränderung des Regierungsstiles, zur Sozialpolitik, zu Civil and Social Rights, die das Leben für Arme, Schwule und Lesben, Minoritäten und andere Gruppen, für die der Reaganism zerstörerisch war, erleichtern und verbessern sollen.

Die gescheiterte Koalition innerhalb der Republikanischen Partei

Trotz George Bushs Reputation als Gemäßigter und trotz der Tatsache, daß die Rechten in der Partei ihn nicht leiden können, war er der Statthalter-Präsident der „Reagan-Revolution". Die Kosten der „längsten in Friedenszeiten durchgeführten Expansion in der Geschichte unseres Landes" (so ein republikanischer Wahlslogan) sind immer deutlicher geworden. Woche für Woche hat Bush die alten Reagan-Litaneien von „No Taxes" und „Small Government" wiederholt. Während einer Jahrgangsabschlußfeier letztes Jahr in Michigan hat Bush in einer Rede die „Great-Society"-Politik (Sozialpolitik) von Lyndon Johnson als gescheitert verurteilt und als die grundlegende Ursache für den heutigen Zusammenbruch der Familie, die stetig anwachsende Verbrechensrate, für eine verfallende Arbeitsethik und wurzellosen Individualismus bezeichnet. In dieser Rede werden die Umrisse eines Angriffes von rechts sichtbar, die auch der ehemalige Vizepräsident Quayle nach den Riots in Los Angeles in einer bilderreichen Sprache ausgemalt hat. Dieser Angriff wurde (Umfragen zufolge) mit der spektakulären Flucht der Wählerschaft von den Republikanern und ihren „family values" nach dem Parteitag der Republikaner (RNC) im August beantwortet.

Quayle hat seine „Murphy Brown"-Rede nach den Riots in Los Angeles gehalten, in der er die gleichnamige Hauptfigur, eine alleinerziehende und berufstätige Mutter, als schlechtes Vorbild verworfen hat. Das war jedoch nur ein Teil Quayles allgemeiner Beschuldigung der „Disziplinlosigkeit" der 60er Jahre und derjenigen, die diesen Idealen heute immer noch anhängen. Die meisten weißen Hippies, so argumentierte Quayle, hätten die Unterstützung ihrer Eltern haben können, in den armen Familien hingegen sind Leute aus dem System herausgefallen.

Dieser Angriff gegen Sozialpolitik und die „Sixties" stellt die Basis dar für eine Koalition zwischen Bushes harter Realpolitik und der republikanischen Rechten: Bush hat auf die Sozialpolitik und Quayle auf die „Sixties" geschossen. Mit dem Parteitag wurde diese Attacke auf Themen der neuen sozialen Bewegungen erweitert.

Während des Parteitages arbeiteten die Bush-Leute Hand in Hand mit den Rechten. Daraus wurde dann eine Zweckheirat zwischen Bushes politischem Apparat und den christlichen Fundamentalisten. Bush und seine Anhänger haben von dem aus dem Süden kommenden Wahlkampfleiter Lee Atwater gelernt, wie die „Rasse-Karte" zu spielen ist.

Diese Taktik ist im '88er Präsidentschaftswahlkampf erfolgreich gewesen, unterstützt durch Werbungen über den afroamerikanischen Häftling Willie Horton, der nach seiner vorzeitigen Entlassung aus einem Gefängnis in Massachusetts (wo der damalige demokratische Kandidat Dukakis Governeur war) weiße Frauen vergewaltigt und ermordet hat.

Sie war auch erfolgreich für die Wiederwahl des reaktionären und rassistischen Senators Jesse Helms 1990. Die Bush-Wahlkämpferinnen und -kämpfer versuchten dieses Jahr auf die gleiche Karte zu setzen. Nach den Riots in Los Angeles schien sich diese Propaganda zu bewähren.

Unter Parteitagslogans wie „Family Rights Forever, Gay Rights Never" hat Pat Buchanan eine haßerfüllte Rede gehalten, worin er sich über „transvestitische" Liberale und Radikale in der Demokratischen Partei, Homosexuelle und „die reine Kloake der Pornographie" ausgelassen hat. Buchanan rief einen religiösen und kulturellen Krieg in diesem Land aus, der „genauso wichtig wie

Aus: Rosie the Rivester, 1943

der Kalte Krieg“ ist. Er nannte George Bush den „Sieger judeochristlicher Werte“. Auf Buchanans Homosexuellen-Hatz folgte Ronald Reagans Glorifizierung des internationalen kapitalistischen Systems. Senator Phil Graham meinte, daß die Vereinigten Staaten Schutzburgen im Stil von Siedlern gegen die Indianer bilden müßten; sie bräuchten auch einen „Angriff der Kavalerie“ unter dem Kommando von George Bush auf die „neue“ Weltordnung. Während Graham für rassistische Klischees von native americans gesorgt hatte, holte Marilyn Quayle zum Schlag gegen den Feminismus aus. Die Rechtsanwältin und Intellektuelle Hillary Clinton wurde als Radikale verteufelt, die die Familie mit Sklaverei gleichgesetzt habe. Marilyn Quayle hat sich an diesem „Family-Values“-Abend hingegen als ideale Hausfrau porträtiert. Sie predigte den biologistischen und Differenz-Ansatz über den essentiellen Unterschied zwischen Frauen und Männern.

Dan Quayle hat das Ganze mit einem Angriff auf Umweltschutzorganisationen abgerundet und endete mit einem Refrain über die „kulturelle Kluft, die nicht nur einfach eine Differenz zwischen konservativ und liberal ist“. Sie sei „der Unterschied zwischen denjenigen, die für das kämpfen, was Recht ist, und denjenigen, die unfähig sind, das, was Unrecht ist, zu sehen“. Die Republikaner haben in der Tat versucht, den Kultur-Krieg gegen die Neue Linke und ihre Nachkommenschaft, die neuen sozialen Bewegungen, zu erklären.

Diesen Parteitag hat der Kommentator Anthony Lewis zurecht mit den Fünfzigern verglichen und als die ernstzunehmendste Offensive seit McCarthy beschrieben. Während das Alles bereits abscheulich genug war, war die Reaktion vieler darauf überraschend, nämlich sehr negativ. Innerhalb von zwei Tagen ist Bush in den Umfragen erdrutschartig hinter Clinton zurückgefallen.

„Family Values“ waren ein totaler Flopp und die Öffentlichkeit hat sich ausgiebig darüber empört, wie dieser Parteitag die miserable wirtschaftliche Situation nahezu vollständig ignoriert hat. Dieses Scheitern kann zusammengefaßt werden mit einem Gegenangriff auf George Bush durch die Zeichentrickfigur Bart Simpson aus der Serie „The Simpsons“. Nicht genug, daß die Reaktionen auf den Angriff auf die Medien durch die Attackierung von Murphy Brown nicht mehr einzugrenzen waren, George Bush ließ es sich nicht nehmen, das „Family Values“-Lied noch um eine Zeile zu erweitern. Er wünschte sich, daß die heutige amerikanische Familie „eher Waltons als die Simpsons als Modell“ wählen würde. Die Antwort darauf erhielt Bush noch am gleichen Abend: Bart Simpson sitzt vorm Fernseher und wir sehen, wie Präsident Bush genau diese Aussage als Zeichentrickfigur wiederholt. Bart ruft daraufhin empört: „Aber wir sind doch genau wie die Waltons. Wir beten doch auch dafür, daß die „depression“ bald endet.“

Die konservative Offensive scheiterte dramatisch und hat die republikanische Partei tief gespalten und geschwächt zurückgelassen. In Anspielung auf das Lied „As the saints go marching in“, schrieb Michael Lind, Editor der konservativen Zeitung *National Interest*, auf Buchanan und die religiöse Rechte referierend, „eine Menge anderer werden rausmarschieren“. Der Parteitag in Houston war „kein großes Zelt, nur ein Fundamentalisten-Zelt“. (*New York Times*, 19.8.92)

Der Clinton-Wahlkampf war so stark und die Stimmung so gut, daß Feministinnen sogar das Ende des „Backlashs“ (Rückschlag) verkündet haben. Vor allem diejenigen Demokratinnen und Demokraten, die Reagan gewählt haben, sowie Jungwähler und Frauen kehren den Republikanern den Rücken. Der Zusammenbruch dieser konservativen weißen Koalition und der Verlust einer Partei, die fünf von den letzten Präsidentschaftswahlen beherrscht hat, ist eine von zwei bedeutenden Entwicklungen des 92er Wahlkampfes.

Die andere beunruhigende Erfahrung dieser Wahlen, nämlich die Entwicklung eines „amerikanischen“ Bonapartismus, bleibt im Augenblick nur eine Drohung. Bevor ich diese Drohung beschreibe, muß betont werden, daß in vielen Bundesstaaten 25 % des Wahlanteils an Perot gegangen sind, und das trotz seines selbstschädigenden Rückzugs.

Man muß sich dabei einen ungebrochen erfolgreichen Wahlkampf vorstellen mit einer Strategie, die von den Impressarios Hamilton Jordan (der Carter gesteuert hat) und Edward Rollins (der Reagan gesteuert hat) ausgearbeitet wurde.

Ross Perot war und ist eine Bedrohung für die amerikanische Republik. Er war Teil des Frühlings der Anti-Politik, eines Frühlings, der von den größten Riots seit dem amerikanischen Bürgerkrieg (1863/64) und dem Aufstieg von einem selbstgemachten Billionär und Superpatrioten zu einem ernstzunehmenden Präsidentschaftskandidaten gezeichnet war. Unter Anti-Politik ist der Angriff auf den Kongreß, ein auf Informationsfetzen und Slogans („Sound-Bite“) verkürzter Medienstil, die bereits angedeutete Rassenpolitik und Volksbefragungen über Rotation im Kongreß zu verstehen. Perot stand nach bonapartistischem Stil über den „Sonderinteressen“ von „Politik“, dadurch, daß er seine eigenen Millionen ausgeben konnte.

Der Aufstieg Perots ist ein starker Beweis für die Wiederbelebung eines traditionellen faschistoiden Populismus, der vorwiegend über die Medien vermittelt wurde. Perots Erfolg begann fast legendenhaft mit seinen Auftritten in der CNN-Talkshow „Larry King live“. Darin forderte er eine „elektronische Bürgerversammlung“ als Mittel, um Bundespolitik zu machen, kombiniert mit seinen mystischen Billiarden, die er mit Computerindustrie scheffelt. Solche Vorstellungen sind Teil seiner Konstruktion als ein Politiker des Informationszeitalters. Er wurde dabei immer mehr zu einem „Telepopulisten“, um einen Ausdruck der *New York Times* zu verwenden. Er gleicht sich in seiner Rhetorik einem Vater Coughlin an, einem rechten katholischen Radioprediger und Politiker der 30er Jahre, allerdings in einer eher urbanen Form. Perot stellt ein Novum in der amerikanischen Politik dar. Ein besserer Vergleich drängt dabei sich auf — mit Gaullismus oder Bonapartismus.

Dieser Bonaparte ist genauso klein, aber angepaßt an die amerikanischen Verhältnisse, er ist kein General, aber ein Computer-Magnat aus Texas mit einer Horatio Alger-„rags-to-riches“ (vom Tellerwäscher zum Millionär) Geschichte. Perot ist ein Superpatriot, dessen Patriotismus seine Beziehung zum „Volk“ (und einigen Generälen und „Kriegshelden“) betont, der die Verfassung, den Kongreß und die Gewaltenteilung gering achtet. Statt der Idee von Politik als Verhandlung setzt er auf Verordnungen und Verwaltung. Sein Patriotismus ist zugleich

harmlos und niedlich (wie die Gemälde in seinem Büro), aber auch mythologisch und militaristisch. Er hat den Mythos von den Soldaten „missing in action" in Vietnam immer wieder angefacht. In einem Werbespot ist ein Veteran zu sehen, der seine Verwundetenmedaille an Perot schickte als Unterstützung für dessen Wahlkampf. Mit solchen Techniken vergrößert Perot die Wählerschaft. Seine „Missing-In-Action"-Obsession ist nekrophil, er ist tatsächlich in den Spuren von Ramboo (der große amerikanische Kriegsheld im Stahlgewitter, aber mit einem Dolch im Rücken) nach Vietnam geflogen auf der Suche nach amerikanischen „Kriegsgefangenen".

Perots — ein nekrophiler Ramboo

Er befreite seine eigenen Angestellten aus den Händen der ,,wahnsinnigen islamischen Fundamentalisten", die im Iran gerade die Macht ergriffen hatten. Sein industrieller Erfolg ist militaristisch. Seine Einstellung zum Staat ist antagonistisch, aber verführerisch intensiv. Er hat sein politisches Profil durch den Angriff auf Washington aufgebaut, aber seine Millionen basieren auf fragwürdigen Rüstungsverträgen mit genau der Regierung, die er ansonsten so beschimpft. Sein Unternehmen ist nach dem Prinzip der Kommando-Einheit organisiert, und wenn er nicht gerade damit beschäftigt ist, sie für weitere „Befreiungscoups" einzusetzen, dann benutzt er sie hauptsächlich dazu, Software-Geheimnisse von anderen Firmen zu ergattern und gleichzeitig sicherzugehen, daß ihm umgekehrt nicht dasselbe passiert.

Für Perot gibt es, wie der Analytiker politischer Rhetorik Blair Bolles feststellt, nur „Probleme", keine „Politik". Es gibt Weltklasse-Spezialisten, die an „Problemen" und „Herausforderungen" arbeiten, nie an „Ungerechtigkeit" oder „Übeln". Er redet von „Konsens" oder ,,Übeln". Er redet von ,,Konsens" und meint damit nicht so sehr den Prozeß der Einigung auf eine Lösung hin, sondern „Unterstützung für eine Aktion aufgrund einer Lösung, auf die man sich vorher einigte". In Perots Rhetorik kann die „absolute Freiheit" als Synonym für die „absolute Autorität" verstanden werden. „Wir führen Pilotprogramme durch", so Perot, „und zwar so, daß die Leute, die die Programme durchführen, absolute Freiheit haben, sie zu optimieren". Diese für den „freien Markt" typische Mischung aus Freiheit und Notwendigkeit bzw. hauptsächlich der Zwang zur Akkumulation bildet nicht länger die Grundlage eines liberalen Entwurfs politischer Freiheiten auf der Basis eines eingegrenzten Staates. Perot schlägt vor, den Staat durch seine Firma und liberale Politik durch Ökonomie zu ersetzen. Ein Diskurs über Politik wird buchstäblich ausradiert.

Perots bonapartistische Vorliebe für Verschwörung, dunkle Gestalten, Patriotismus als Spektakel und Selbstbezogenheit haben seinem Wahlkampf geschadet. Darin ist auch die allgemeine Verachtung seitens des Beamtentums, der Universitäten und der Medien ihm gegenüber zu sehen. Die Journalistinnen und Journalisten der CBS-Sendung „Sixty Minutes" stellten ihm eine Falle, indem sie ihn provozierten, Geschichten zu erzählen, wie der Bush-Wahlkampf mit „schmutzigen Tricks" versucht hat, seinen Wahlkampf zu zerstören. Die Bush-Leute hätten versucht, so behauptet Perot, retouchierte Porträts seiner Tochter als Lesbe an die Presse zu geben einen Tag vor ihrer Hochzeit. Danach erzählte er rassistische Geschichten über ein Black-Panther-Todeskommando, das unter Vertrag der nordvietnamesischen Regierung gestanden haben soll, und das von den Wachhunden seines Grundbesitzes vertrieben worden sei. An solchen Aussagen wird die Verquickung seines Rassismus, seiner Nekrophilie und Verschwörungsobsession deutlich. Der Pressesprecher der Regierung, Marlin Fitzwater, nannte ihn „paranoid" und „halluzinatorisch". Viele Amerikaner empfanden diese Beschreibung zutreffend.

Trotzdem waren die Prognosen der *New York Times*, daß er wie alle anderen unabhängigen Kandidaten von marginaler Bedeutung sei, und nur 7 bis 8 % der Stimmen erhalten würde (statt den 15 % laut Umfragen), eine kräftige Fehleinschätzung. Er erhielt 19 % der „Popular Vote" und fast 20 Millionen Stimmen.

Perot verfügt noch immer über einen guten politischen Instinkt, Charisma und zeigt eine große Vorliebe für öffentliche Auftritte. In der Wahlnacht hielt er einen Aufkleber hoch, auf dem geschrieben stand: „Perot in 96".

Die Wahl von Bill Clinton zum Präsidenten ist aus vielen wichtigen Gründen eine positive Entwicklung. Er hat eine unvergleichlich gute Reputation bezüglich einer „Civil-Rights"-Gesetzgebung. Seine Botschaft, daß Amerikanerinnen und Amerikaner „eine große Familie" seien, und zwar nicht trotz, sondern wegen der großen Diversität, wurde besonders von Minoritäten positiv aufgenommen und das mit Recht. Diese Wahl wurde von Urvashi Vaid, dem Vorsitzenden der Bundesaktionsgruppe von Schwulen und Lesben, als Initiationsritual für die Schwulen- und Lesbenbewegung beschrieben. Sein Keynesianismus ist der beste Vorschlag, um die Wirtschaft anzukurbeln, weil bisher niemand eine bessere Geld- und Industriepolitik anzubieten hatte.

Trotzdem deuten Kritiker an, daß Clinton sich zuviel vorgenommen hat. Trotz seines Wahlerfolgs haben die Demokraten keinen klaren Sieg erlangt und werden damit schwach bleiben. Clinton hat keine „coattails" gehabt, das heißt, sein Erfolg hat anderen demokratischen Abgeordneten nicht geholfen, wie das sonst üblich ist. Seine 43 Prozent der Wahlstimmen sind der niedrigste Anteil seit Wodrow Wilsons Wahl 1912 zum Präsidenten. Die Wahl war eine Volksbefragung über die Wirtschaft und eine deutliche Aussage gegen Bush. Sie war aber nicht besonders eindeutig „für" Clinton. Viele Amerikanerinnen und Amerikaner mögen ihn noch immer nicht und trauen ihm nicht über den Weg.

Die Wahl eines demokratischen Präsidenten widerlegt nicht notwendigerweise die Behauptungen von Politikwissenschaftlern, daß ein „eingefrorenes" System von Regierung und Opposition besteht, in der Form eines republikanischen Präsidenten und eines demokratischen Kongresses. Diese Wahl war aus einer Reihe von Gründen anormal. Erstens ist es um die Wirtschaft schlecht bestellt. Zweitens verschwanden mit dem Ende des Kalten Krieges die traditionell republikanischen Wahlthemen wie Anti-Kommunismus und Sorge um die nationale Sicherheit. Der Versuch, den Kalten Krieg zum Kulturkrieg gegen die Linke und Homosexuelle umzumünzen, ist gescheitert.

Perot hat viele Stimmen von Bush weggenommen, der generell einen sehr schlechten und eindruckslosen Wahlkampf geführt hat. Er versäumte es, sein politisches Kapital, das er aus dem Golfkrieg geschlagen hat, nicht für die Innenpolitik und eine Wirtschaftsreform zu nutzen. Auf der anderen Seite hat Clinton ein hervorragendes Wahlkampfteam zusammengestellt, das sich erfolgreich auf die „Wahlfrauen und -männer" konzentrierte. Er blieb bei seinen Wahlkampfthemen. Außerhalb des Büros des Wahlkampfleiters stand ein Schild mit der Aufschrift „Die Wirtschaft, Ihr Blöden!".

,,Die Wirtschaft, Ihr Blöden"

Die wagemutige Strategie von zwei jungen Männern aus dem Süden hat sich gegenüber einer etablierten bewährt.

Der demokratische Zugriff auf die Präsidentschaft ist also „weich" und der Keynesianismus ist nicht besonders günstig für ein anwachsendes Haushaltsdefizit. Vergangene demokratische Präsidentschaften haben ein schlechtes Ende genommen; und für die Clinton-Administration sind genauso viele schlechte wie gute Szenarien vorstellbar. Daß die christlichen Fundamentalisten jetzt mehrere Landesverbände der republikanischen Partei beherrschen, ist doppelt beunruhigend. Sie dürfen damit ein Drittel aller Delegierten beim nächsten Parteitag besetzen.

Es gibt viele Hoffnungen angesichts der Wahl von Clinton und er beendete seine Siegesrede mit einer typisch messianischen Aussage über einen „Ort namens Hoffnung" (Clinton wurde in Hope (Hoffnung) in Arkansas geboren).

Der ironische Kommentator Mark Shields bemerkte allerdings, daß Hoffnung ein gutes Frühstück, aber ein mieses Abendessen sei. ■

JOSHUA COHEN, JOEL ROGERS

Clintons Sieg

Dieser Wahlkampf, der immer andere Kandidaten mit wechselndem Glück bedachte, war selbst nach Aussage seines letztendlichen Gewinners ein höchst „merkwürdiger". Das Ergebnis — ganz im Einklang mit den erstaunlichen Entwicklungen, aus dem es hervorging — war ebenso aufsehenerregend wie vieldeutig: ein beeindruckendes Mandat für den Wechsel, das von einer schwachen Mehrheit erteilt wurde; eine Umorientierung in der demokratischen Partei, ohne sichtbare Veränderungen in ihrer Stammwählerschaft; ein Ende der „geteilten" Regierungsmacht angesichts der in 80 Jahren größten Herausforderung durch eine „dritte Partei"; das Versprechen, entschieden zu handeln, das begrenzt wird durch die „Verpflichtung zur Kontinuität" gegenüber der Vergangenheit und durch einschneidende aktuelle Zwänge.

Der Gewinner ist ein Mann, der allen Teilen des amerikanischen Establishments ebenso eng verbunden ist wie der Opposition. Er ist „pro business", ein „Mann der Mitte", ein Demokrat, der für seine Opposition gegen die Umverteilungspolitik des New Deal bekannt ist und heute als die größte Hoffnung der amerikanischen Linken seit Franklin D. Roosevelt gilt. Wie läßt sich diese erstaunliche Mischung interpretieren? Was genau ist während des Wahlkampfs passiert bzw. nicht passiert? Welche Auswirkung auf die amerikanische Politik wird Clintons Wahl haben? Und wo können die möglichen Ursachen für Instabilität, Umkehr oder Fortschritt in den unterschiedlichen Bereichen seiner neuen Administration und bei den vielfältigen Themen, die heute schon um die Aufmerksamkeit im Wahlkampf von 1996 konkurrieren, liegen?

Was geschah und was nicht? Im ersten Siegesgetümmel erschien Clintons Wahl als ein wahrhaft umfassender Triumph der Demokraten und damit auch als die Rechtfertigung von Clintons „moderater" Strategie, auf Distanz zur traditionellen demokratischen Wählerschaft zu gehen. Obwohl Clinton nur über eine geringe Mehrheit der abgegebenen Stimmen (nämlich 43 % gegenüber Bush mit 38% und Ross Perot mit 19 %) verfügte, erhielt er fast 70 % der Wahlmännerstimmen, die entsprechend der einzelnen Bundesstaaten abgegeben werden. Damit erzielte er, wenn man von Lyndon B. Johnsons Erdrutschsieg 1964 absieht, den größten Erfolg für die Demokraten seit Roosevelts Wahl im Jahr 1944. Wesentlich beeindruckender aber war die Tatsache, daß Clinton offensichtlich „den Knoten gelöst" hatte, mit dem die Republikaner seit einer ganzen Generation eine Reihe von Bundesstaaten an sich gebunden hatten, die zusammen immerhin über mehr als ein Drittel der Wahlmännerstimmen verfügen. Denn zusätzlich zu dem kleinen Kern zuverlässig demokratisch wählender Staaten und zur Dominanz auf dem traditionellen Schlachtfeld des industriellen Mittleren Westens gewann Clinton republikanische Hochburgen im Süden und Westen und solche den Republikanern zugeneigten Vorstadt-Staaten wie New Jersey. Darüber hinaus gewann er die Mehrheit aller Einkommensgruppen mit einem Jahreseinkommen von unter 50000 Dollar, während Bush sich nur auf die Einkommensgruppen von 50 - 75000 Dollar verlassen konnte. Clinton war außerdem der Sieger in allen Altersgruppen, inklusive der JungwählerInnen zwischen 18 und 29 Jahren, die seit der Reagan-Wahl von 1980 immer republikanisch gestimmt hatten.

Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß Clintons Sieg keineswegs so entscheidend war, wie zunächst angenommen. Er bekam nur in drei Staaten mehr als 50 % der Stimmen. Bei einer Wählerschaft von 100 Millionen Menschen (9 Millionen mehr als 1988) konnte er nur 3 Millionen mehr Stimmen auf sich vereinigen als Michael Dukakis bei seiner eindeutigen Niederlage gegen Bush im Jahr 1988. Dabei wurden ihm noch die Flügel ein wenig gestutzt. So mußten die Demokraten in den Parlamenten einiger Staaten wie auch im Repräsentantenhaus leichte Verluste hinnehmen, während es ihnen nicht gelang, die Zahl ihrer Senatoren zu erhöhen. Und trotz des angeblichen Erfolgs seiner „moderaten" Strategie (immerhin konnte er den Anteil der sich selbst als „moderat" beschreibenden WählerInnen, die für die Demokraten stimmten, von 42 % 1988 auf 49 % erhöhen) schnitt er im Vergleich zu Dukakis relativ schlecht ab bei FreiberuflerInnen, JungwählerInnen, Frauen, Weißen und weißen Katholiken, dem Kern der „Reagan Demokraten" also, auf die er es hauptsächlich abgesehen hatte. Im Gegenteil, in diesem Rennen erhielt Clinton seine Unterstützung hauptsächlich von traditionell demokratisch wählenden Gruppen. Auf die Frage, „ob sie bei niedrigeren Steuern lieber mehr Leistungen durch die Regierung wünschten," oder „bei weniger Steuern auch weniger Leistungen hinnähmen" entschieden sich die meisten AnhängerInnen Perots (62 : 29) und Bushs (61 : 31) für beschränktere Regierungsaktivitäten; nur die Clinton-WählerInnen (48 : 43) entschieden sich für mehr Leistungen durch die Regierung. Der Mann, der behauptet hatte „er wolle seine Wahl nicht mit Hilfe der Linken gewinnen", hat tatsächlich genau das getan.

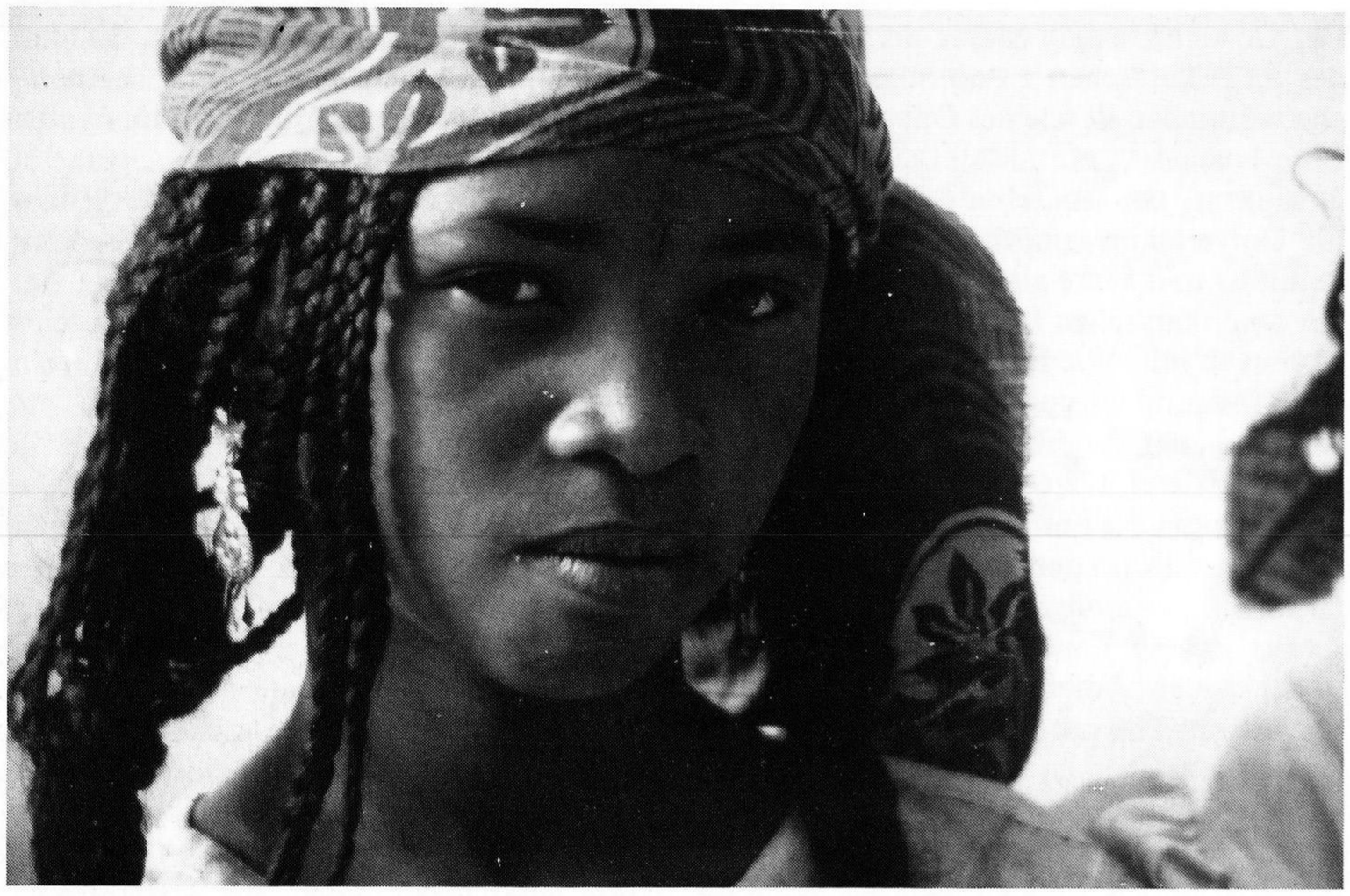
Bush's Niederlage

Beeindruckender noch als Clintons Sieg war die Niederlage von George Bush. Er verlor 25 Punkte bei den sich selbst als „moderat" und 19 Punkte bei den sich selbst als konservativ beschreibenden WählerInnen und 23 Punkte bei den RepublikanerInnen. Grund für diese verheerende Niederlage war schlicht und ergreifend die Wirtschaft. Immerhin nannten ca. 43 % der Wahlberechtigten (doppelt so viele wie für jeden anderen Aspekt) „Wirtschaft/Arbeitsplatz" als das entscheidende Kriterium für ihre Stimmabgabe. Die, die nach diesem Gesichtspunkt entschieden, stimmten im Verhältnis 3:1 gegen Bush. Die 25 % der WählerInnen, deren familiäre finanzielle Situation sich in den vergangenen vier Jahren verbessert hatte, sprachen sich hingegen im Verhältnis 60:25 für Bush aus. Während die zwei Fünftel der Wählerschaft, deren Situation in etwa gleich geblieben war, ihre Stimmen je zur

Hälfte auf Bush und Clinton verteilten, stand das Stimmenverhältnis bei dem Drittel, das ökonomische Einbußen zu verzeichnen hatte, bei 60 für Clinton zu 13 bei Bush.

Und dann gab es da auch noch den Kandidaten Ross Perot. Insofern als er ein auf viele Arten sehr typisches amerikanisches Phänomen darstellt — ein populistischer Billionär, frei von jeder Bindung an eine Partei, ein volkstümelnder Autokrat, der demokratische Reformen verspricht — sollte man ihn wirklich ernst nehmen. Als einziger Kandidat äußerte er sich sehr überzeugend zu

Niger



der Bedrohung, die die Internationalisierung der Wirtschaft auf den amerikanischen Lebensstandard darstellt, und zur Korruption des demokratischen Systems durch die besonderen Kapitalinteressen. Beide Bedrohungen sind ebenso real, wie es unwahrscheinlich ist, daß sie in absehbarer Zeit verschwinden werden. Außerdem fühlt sich ein ziemlich breites Spektrum der amerikanischen Bevölkerung davon betroffen. Dementsprechend konnte Perot vor seinem Rückzug aus dem Wahlkampf im Juli 1992 mit der Unterstützung von 42% der WählerInnen rechnen. Am Wahltag bekam er die Stimmen von einem Drittel der unabhängigen WählerInnen, von einem Fünftel aller höheren Einkommensgruppen, mit Ausnahme derer mit über 75000 Dollar jährlichem Einkommen und von einem Fünftel der akademisch Gebildeten bis hin zu den Collegeabgängern. Damit kann man Perots Kandidatur wohl am besten als eine Art Statthalterschaft für eine zukünftige intensivere Mobilisierung dieser Bevölkerungsgruppen und -interessen bezeichnen.

Was kommt nach Clintons Sieg?

Dadurch, daß Clinton nur einen so knappen Sieg erringen konnte, wird sein Regierungsprogramm deutlichen politischen Restriktionen unterliegen. Man muß sich nur einmal anschauen, wer ihn denn gewählt hat. Der größte Teil der demokratischen Wählermassen befürwortet substantielle Wiederaufbauprogramme. Bleibt die Frage, wer seinen Wahlkampf finanziell unterstützt hat. Die meisten der „Business Demokraten" jedenfalls nicht. Außerdem gibt es noch die Opposition außerhalb der demokratischen Partei. Während die RepublikanerInnen sich im fortgeschrittenen Stadium eines gegenseitigen Vernichtungskrieges befinden, insbesondere zwischen der religiösen Rechten und den eher traditionellen Wirtschaftskonservativen, garantiert die populäre Skepsis gegenüber der Regierung ein geneigtes Auditorium für die zentrale republikanische Botschaft: Opposition dem Wohlfahrtsstaat. Und trotz ihrer sonstigen Differenzen gegenüber den republikanischen Frei-Handels-Eliten sind auch die Perot-WählerInnen für Steuerkürzungen und den Abbau des Haushaltsdefizits.

In den nächsten Jahren wird es demzufolge Clintons wichtigstes Ziel sein, einerseits die „radikale Mitte" zu gewinnen, die Perot für sich reklamierte, und andrerseits die schärfsten republikanischen Waffen, nämlich die Themen Kriminalität, ethnische Minderheiten, Abtreibung und Steuern, zu entschärfen. Daß es hinsichtlich der Gewerkschaften zu einem Kompromiß kommen könnte, ist höchst unwahrscheinlich, denn die Eliten, die Clinton unterstützen, bestehen hauptsächlich aus eben den multinationalen Firmen, die die jüngsten demokratischen Versuche, die Präsidentschaft zu erringen, mitgetragen haben. Folglich ist es mehr als wahrscheinlich, daß Clinton versuchen wird, die Perot-WählerInnen für sich zu gewinnen, und zwar durch eine verschärfte Austeritätspolitik, durch Publizität heischende Unternehmungen, die Politik zu „säubern" und die ebenso zurückhaltende wie rasche Neutralisierung kontrovers diskutierter Themen, z.B. durch die Aufrechterhaltung des Abtreibungsgesetzes bei gleichzeitigem Angebot von freiwilliger Beratung der Eltern, und durch die Umverteilung einiger Mittel aus dem Verteidigungshaushalt auf einen sich vergrößernden Polizeiapparat.

Begleitet und getragen werden derartige politische Manöver durch die bekannten ökonomischen Restriktionen. Wie allgemein bekannt, führte die Krise der amerikanischen Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren zu einem Absinken des Lebensstandards für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung (und damit zu einem immer größeren Auseinanderklaffen der Einkommensschere). Darüber hinaus konnte die Produktivitätsrate jährlich nicht über etwas mehr als ein Prozent hinausgebracht werden. Erst kürzlich stieg die Zahl der „offiziell" Arbeitslosen immens an; die Verdrängung und Verschiebung auf dem Arbeitsmarkt nahm ein mörderisches Tempo an. So war beispielsweise das Wachstum des Arbeitsplatzangebotes im privaten Sektor während der Bush-Regierung negativ. Außerdem muß die Wirtschaft einen riesigen Berg privater und öffentlicher Schulden verkraften. Clinton warb für sich, indem er Amerika die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und der unbegrenzten Möglichkeiten versprach. Dies wollte er erreichen durch eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Ausbildung und durch Impulse für private Investitionen in den Aufbau neuer Firmen und die Anschaffung neuer Produktionsanlagen. Gegenwärtig liegen die Ausgaben für die Infrastruktur ungefähr bei einem Drittel derer der Jahre 1950 bis 1970, die privaten Investitionen machen nur annähernd zwei Drittel und die Ausgaben der Bundesregierung für Bildung und Ausbildung nicht mehr als 40% des prä-Reagan-Niveaus aus. Angesichts dieser Situation ist es verständlich, daß es einen übergreifenden Konsens darüber gibt, daß in all diesen für die amerikanische Ökonomie lebensnotwendigen Bereichen, umfangreiche Maßnahmen längst überfällig sind.

Wie können solche Investitionen finanziert werden, wenn es doch massive strukturelle Defizite gibt. Während des Wahlkampfes schlug Clinton folgende Maßnahmen vor. Er sprach von leichten Steuererhöhungen für die reichsten amerikanischen BürgerInnen, versprach neben einer rigoroseren Durchsetzung der amerikanischen Steuergesetze gegenüber ausländischen Firmen, die in den USA operieren, und einer fünfprozentigen Kürzung des Verteidigungshaushaltes, eine „Revolution" im Regierungsapparat, um unnütze Ausgaben einzuschränken. Die wichtigste seiner Überlegungen aber war die Vermutung, daß die neuen Investitionen aus sich selbst heraus ein beständiges Wirtschaftswachstum produzieren würden. Laut seinem „Wirtschaftsplan" sollten die genannten Änderungen genügend Geld einbringen, um für die nächsten vier Jahre ein jährliches Budget von durchschnittlich 55 Milliarden Dollar für Infrastrukturmaßnahmen, Bildung, Ausbildung und die Unter-

stützung von Arbeiterfamilien zu garantieren. Außerdem sollte bis zum Ende seiner ersten Amtsperiode dadurch das jährliche Haushaltsdefizit um 150 bis 200 Milliarden Dollar verringert werden. Allerdings glaubt ihm kaum jemand diese Zahlen. In jedwedem, halbwegs plausiblen Wachstumsszenario, in dem zusätzliche Investitionen und ein Defizitabbau in diesem Umfang durchgeführt werden sollen, müßten größere Einsparungen oder höhere Steuern durchgesetzt werden, als Clinton sie bisher vorgeschlagen hat. In den nächsten Monaten wird sich die amerikanische Politik folglich damit beschäftigen, diese variablen Zahlen in Einklang zu bringen — also ein langfristiges Programm zur Reduktion des Defizits zu erarbeiten, das für ausländische Märkte ebenso glaubwürdig erscheint wie für inländische „Defizit-Haie" und dabei flexibel genug ist, um neue Inlandsinvestitionen zu ermöglichen. Ein solches Paket läßt sich sicherlich schnüren — auch ohne gravierende Kürzungen des Militärhaushalts und einschneidende Steuererhöhungen. Tut man es aber im Sinne Clintons und der RepublikanerInnen, dann ist garantiert, daß die neuen Ausgaben für inländische Aktivitäten wahrhaft bescheiden bleiben werden. Dialektisch betrachtet bedeutet eben dieses Bescheidung beim inneramerikanischen Wiederaufbau jedoch für Clinton auch die Möglichkeit, gewisse politische Kritiker lahmzulegen. Wenn er die durch das Defizit bedingten Einschränkungen als definitiv akzeptiert — und die Besetzung der zentralen Ämter in seiner Regierung deuten darauf hin — beschwichtigt er die Rechte, die ihm nun nicht mehr vorwerfen kann, verantwortungslos zu handeln. Gleichzeitig, vielleicht paradoxerweise, kann er damit zumindest einige Teile der liberalen Linken in seiner eigenen Partei auf seine Seite bringen, und zwar insbesondere dann, wenn er sie bei der Besetzung all der Ämter berücksichtigt, die nichts mit der Wirtschaftspolitik zu tun haben. Der ökonomischen Macht beraubt, können die Reformer der Regierung eine farbenprächtige Patina von Innovation und erfrischender Offenheit verleihen.

▶ Ist das alles? ◀

Trotz all der Gewalt und der Herrlichkeit des Wahlkampfes wird die Clinton-Regierung eher zurückhaltend sein, wenn es um Schlüsselbereiche wirtschaftlicher Lenkung und amerikanischer Machtausübung im Ausland geht. Im Inland ist im Zuge eines langfristigen Defizitabbaus mit einer konsensuellen Verschiebung von Prioritäten zu rechnen. In der Außen- und Militärpolitik steht Kontinuität auf dem Programm. Die USA werden weiterhin die größte Militärmacht der Welt bleiben, deren Ziel es ist, bei einem weitgehend freien Fluß von Kapital und Waren rund um die Erde eine deutlich US-dominierte Handelszone und Exportbasis nach Zentral- und Südamerika zu markieren. In dem von uns wiedergegebenen Bild fehlen die ambitionierteren Reformen, an die viele geglaubt haben, die an Clintons Wahlsieg mitgearbeitet haben. Es fehlen einschneidende Kürzungen des Militärhaushalts und eine schneller ansteigende Steuerprogression, die beide dazu beitragen würden, substantiellere inländische Investitionsprogramme zu finanzieren. Es ist keine Rede von der Aufhebung der enormen Ungleichheiten hinsichtlich von Wohlstand und politischer Macht, wie sie gegenwärtig manifest sind. Zu vermissen sind auch Hinweise auf eine veränderte internationale Rolle der USA, die mit weniger militärischer Macht den amerikanischen Lebensstandard stärker gegen die internationalen Kapitalströme verteidigen sollten. Gegenwärtig sieht es leider so aus, daß die Kräfte, die zu einer derartigen Neudefinition der amerikanischen Politik notwendig wären, weit verstreut sind. Linksliberale demokratische ReformerInnen und die Akteure der vielfältigen „progressiven" sozialen Bewegungen, die die demokratische Partei so lange unterstützt haben, feiern einerseits „ihren" Sieg und sind andrerseits gerade dabei zu lernen, wie beschränkt ihr Einfluß doch ist. Außerdem gefällt es ihnen nur wenig, in realer organisierter politischer Verbindung zur Masse der amerikanischen Arbeiterschaft und der Armen zu stehen, denen sie mit ihren politischen Vorstellungen allerdings am meisten helfen würden. Allerdings ist es durchaus denkbar, daß diese Akteure zueinanderfinden werden, wenn erst einmal der politische Alltag einkehrt und ihnen ihr politischer Ausverkauf bewußt wird. Es gibt dafür einen Präzedenzfall: der demokratische Präsident Franklin Roosevelt.

Zur Zeit einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise führte er seinen Wahlkampf mit dem Versprechen, eine strenge Austeritätspolitik betreiben zu wollen, war dann aber recht schnell gezwungen, eine einschneidende Umstrukturierung des amerikanischen Kapitalismus voranzutreiben. Die Frage danach, ob sich dieses Stück amerikanischer Geschichte wiederholen könnte, wird in den USA gegenwärtig heftig diskutiert. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch, daß Roosevelt durch massiv organisierten Druck von unten und von den Linken in seinem eigenen Regierungsapparat zur Durchsetzung dieser „zweiten" New-Deal-Politik gezwungen wurde. Angesichts der grundlegenden Verwirrung dieser politischen Kräfte im heutigen Amerika stehen die Chancen für einen vergleichbaren Aufstand in der demokratischen Partei in absehbarer Zeit denkbar schlecht. ■

Joshua Cohen ist Professor der Philosophie und politischen Wissenschaften am Massachusetts Institute of Technology; Joel Rogers ist Professor der Rechts-, Politik- und Gesellschaftswissenschaft an der University of Wisconsin, Madison. Die beiden sind die Autoren des Buchs „On Democracy, Rules of the Game" und anderer Veröffentlichungen über amerikanische Politik und Demokratie-Theorie. Dieser Artikel erschien zuerst in der japanischen Zeitschrift „Economist". Übertragung ins Deutsche Eva-Maria Krampe.

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Zur Produktion von Rassismus (Heft 45)

Gerhard: Politik und Pogrome. Versuche einer diskursiven Spurensicherung ● *Leiprecht:* Ein Problem nur für „Fremde"? Rassismus — die Macht der Zuschreibung ● *Kalpaka:* Das Eigene und das Fremde. Überlegungen zur antirassistischen Praxis mit Jugendlichen ● *Dokumentation:* Was heißt Toleranz bzgl. Rassismus und Jugendarbeit ● *Diemer:* Verliererproduktion. Über Arbeit und Sozialpädagogik nach Hoyerswerda und Bremen ● *Scherer:* Zum Verhältnis von deutscher Vergangenheit und Fremdenhaß ● *Vinnai:* Fremdenfeindlichkeit und die Krise der Linken. Zur Sozialpsychologie von Rassismus ● *Lutz:* Sind wir uns immer noch fremd? Konstruktionen von Fremdheit in der Frauenbewegung ● *Bitzan:* Mädchen und Rechtsextremismus. Eine Bibliographie ● *Völker/Düchting:* Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Fremde ● *Völker:* Kern, Rand und Elitediskurs. DISS-Texte zu Rassismus und politisch rechten Orientierungen ●Magazin
128 Seiten, DM 15,—

Armut in Frankfurt (Heft 44)

Jaschke: Neue Armut und Stadtentwicklung ● *Scherer:* Kommunale Armutsberichterstattung. Eine Bibliographie ● *Karsten:* Die Produktion armer Frauen. Kommunale Armutsberichterstattung ● *Koch:* Armut in Frankfurt. Eine Übersicht ● *v. Freyberg:* Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung. Anmerkungen zur Armutsentwicklung in Ffm ● *Hausmann:* Frankfurt am Main. Die Metropole und die Moneten ● Magazin
120 Seiten, 15,— DM

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

TERMINE

Bundesweite Mädchen- und Frauenkonferenz

In der Konferenz werden Zusammenhänge zwischen Sexismus und Rassismus diskutiert und Positionen und Forderungen dazu entwickelt. Wir wollen Möglichkeiten des Widerstandes von Mädchen und Frauen gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt erörtern, die Auswirkungen dieser Tendenzen auf das Leben ausländischer Mädchen und Frauen zur Sprache bringen, Anregungen für antirassistische Arbeit geben und versuchen, die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft von und für Frauen zu konkretisieren.

Zweiter Schwerpunkt wird die sich kontinuierlich verschlechternde Situation von Mädchen und Frauen in den neuen Bundesländern sein. Verdrängung vom Arbeitsmarkt, Degradierung und Entwertung der Frauenarbeit, verbunden mit der Zurücknahme von Ansprüchen und Rechten, insbesondere bezüglich der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf sind Erfahrungen, die den Mädchen und Frauen in den neuen Bundesländern das Gefühl geben, die eigentlichen Verliererinnen der Einheit zu sein.

Termin: 12.-14. Februar 93
Ort: Köln
Veranstalter: Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken, Bundesvorstand, Kaiserstr. 27, 5300 Bonn 1, Verantwortlich: Monika Fieker

Politik und Demokratie

Mit der Auflösung des Sowjetimperiums, die allenthalben als Endsieg der Demokratie gefeiert wird, scheint die Überlegenheit der westlichen Staatsverfassungen als demokratisch unanfechtbar geworden zu sein und ihre gesellschaftliche Basis — die sog. ,,Zivilgesellschaft'' — ist zum Garanten von Demokratie überhaupt avanciert. Der grassierende Unmut über die Politikerkaste tut dem demokratischen Selbstverständnis keinen Abbruch, die Frage nach dem Verhältnis von Parlamentarismus, Parteiwesen und Demokratie wird nicht mehr gestellt. Es geht darum, den Zusammenhang von Demokratie und Politik erneut zu thematisieren. — Es spricht *Diethard Behrens* (Frankfurt), der gerade im ça ira Verlag den Band ,,Gesellschaft und Erkenntnis. Zur materialistischen Erkenntnis- und Ökonomiekritik'' herausgegeben hat.

Termin: 23. Februar 93
Zeit: 20 Uhr
Ort: Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 in Freiburg

Marx als Ökonomiekritiker

Mit dem praktischen Zusammenbruch des ,,Realsozialismus'' scheint auch Marx als Theoretiker erledigt zu sein. Plausibel ist dieser Schluß aber nur dann, wenn man die (realsozialistische) Verwandlung der Kritik der politischen Ökonomie in eine Rezeptur zum Aufbau des Sozialismus akzeptiert. Hält man stattdessen am Marxschen Konzept von Kritik fest, das nicht auf die Resultate, sondern auf die Voraussetzungen bürgerlicher Ökonome zielt, so erweist sich Marx auch heute noch als ein veritabler Gegner der herrschenden Theorie. Allerdings kann auch Marx nicht von dieser Kritik ausgenommen werden — da nämlich, wo er selbst noch in den Voraussetzungen bürgerlicher Ökonomie befangen bleibt. — Es spricht *Michael Heinrich* (Berlin), Autor des im VSA-Verlag erschienenen Buches ,,Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition''.

Termin: 19. Februar 93
Zeit: 20 Uhr
Ort: Hörsaal 3043 der Universität Freiburg

Logik des Kapitals

Es soll versucht werden zu zeigen, in welchem spezifischen historischen Szenarium die Kapitalfunktion entsteht, welche wesentliche Entwicklungsstadien sie durchläuft und welche ,,logischen Dispositionen'' sie zu dem Wahnsinnssystem entfalten, als das sie sich uns heute präsentiert. — Es spricht *Ulrich Enderwitz* (Berlin). Er hat zuletzt das Buch ,,Der religiöse Kult'' (den zweiten Band von ,,Reichtum und Religion, ça ira Verlag 1991) sowie die Studie ,,Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung'' (ça ira 1991) veröffentlicht.

Termin: 9. Februar 93
Zeit: 20 Uhr
Ort: Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15 in Freiburg

The Power of Solidarity

5000 Jugendliche aus allen Teilen der Welt treffen sich bei dem internationalen Festival der Sozialistischen Jugend vom 19. bis 25. April 1993 in Lissabon/Portugal. Kontakt mit Jugendlichen anderer Länder und anderen Kulturen ist für die Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken, die mit 500 Jugendlichen zu dem Festival fährt, ein wichtiger Bestandteil ihrer Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Die regelmäßige Großveranstaltung der Sozialistischen Jugendinternationalen (IUSY) schaffen bei Freundschaftsfesten, Kulturveranstaltungen und Diskussionsforen viele Möglichkeiten zum Kennenlernen und für langfristige Kontakte.

Veranstalter: Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken, Bundesvorstand, Thomas Gill, Kaiserstr. 27, 5300 Bonn 1, Tel: 0228/221055, Fax.: 0228/217562

Ökologie in Zimbabwe

In Röttgen findet ein Seminar mit dem Thema: ,,Ökologie der kleinbäuerlich geprägten Gebiete und Einfluß europäischer Umweltschutzverbände auf den Naturschutz in Zimbabwe'' statt.

Termin: 26.-28. März 93
Anmeldung: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 7000 Stuttgart 1

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel. 0521/888308
Bremen: Wolfgang Völker, Thedinghauser Str. 69, 2800 Bremen
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

Register 1992

Verfasser	Titel	Heft-Nr
Afrika		
Addi, Lahouari	Nicht bloß ein Staatsstreich, sondern ein Holzweg. Zur Situation in Algerien	262
von Braunmühl, Claudia	Kampf zweier Logiken — Postsozialistische Gedanken über Post-Kapitalistische Perspektiven in der 3. Welt	265
Causemann, Bernward	Hunger und Reformen	265
Claasen, Heimo	Der Zauberlehrling ist sauer — Wahlen in Angola: Savimbi ausgezählt	270
Detobel, Robert	Zwischen Scylla und Charybdis. Kampf zwischen FLN und FIS in Algerien	261
Djemames	Die Frauen — Sündenböcke der Rezession. Frauen in Algerien	261
Görg, Christoph	Bewegung in einem vergessenen Kontinent? Zu den Demokratisierungsbewegungen in Afrika	265
Görg, Christoph/ Schneider, Felix	Die Demokratisierung kann einiges in Bewegung setzen — Gespräch mit Jean-Claude Diallo und Malte Rauch	265
Kepel, Gilles	Der lange Marsch der Islamisten	265
Schröder, Peter	Politische Gewalt in Südafrika	268
Antisemitismus		
Dokumentation	Antisemitismus in Ottensen	266/267
Haas-Rietschel, Helga	„Es geht um deutsche Geschichte" Interview mit Hanno Loewy	265
Arbeit		
Hermann, Wolfgang/ Lochmann, Walter	Gewerkschaftskrise eingeläutet, Unternehmenspleite abgewendet	270
Jander, Martin/Kädtler, Jürgen/Kottwitz, Gisela/Lutz, Stefan	Betriebsräterebellion im Osten	270
Kern, Peter	Trojanisches Pferd oder nur Modernisierungspakt? Über Gruppenarbeit und Gruppendynamik in den Betrieben	270
Lochmann, Walter/ Hermann, Wolfgang	Die unerträgliche Leichtigkeit des Streiks	265
Lochmann, Walter/ Hermann, Wolfgang	Wie kampffähig ist das Dienstleistungsgewerbe? Notizen zum ersten Bankenstreik in der Bundesrepublik	263
Asien		
Karrer, Peter	Allah ist mit den Ungerechten. Pakistan und die neue Weltordnung	263
„Asyldebatte"		
Bielefeld, Uli	Hase und Igel. Über das schwierige Verhältnis von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antirassismus	261
Désir, Harlem	Entweder ein laizistisches Europa oder gar keins!	264
Eckhardt, Frank	Ist alles Gold was glänzt? Die Flüchtlingspolitik der Niederlande	260
Goulianas, Demetrius	Ausländerbeiräte belassen die Arbeiter im Abseits	260
Görg, Christoph	Brandstifter und Biedermänner	269
Haas-Rietschel, Helga	„Wir müssen Gleichberechtigung schaffen" Ein Interview mit Rosi Wolf-Almanasreh	264
Komitee f. Grundrechte und Demokratie	Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland — Ein Memorandum	270
Narr, Wolf-Dieter	Den Parteien kein politisches Asyl	264
PRO ASYL	Keine Änderung oder Ergänzung von Artikel 16	269
PRO ASYL	Stopp dem Kahlschlag — Für ein faires Asylrecht	264
Roth, Claudia	One chance only! Die Asylpolitik nach Schengen	264
Schneider, Felix	Die Lebenslüge unserer Zivilisation	264
Schneider, Felix	Was knurrt denn da?	260
Schneider, Felix/ Schönecker, Sigrid	„Den Schutz der Flüchtlinge gewährleisten" — Interview mit Rupert v. Plottnitz	269
Balkankonflikt		
Cunovic, Zeljco/ Görg, Christoph	Die Intervention ist längst erfolgt — Jetzt muß sie auch kontrolliert werden	268
Kaser, Karl	Kommt ein dritter Balkankrieg?	265
Komitee f. Grundrechte und Demokratie	Internationale Freiwillige für Kroatien suchen Unterstützung	268
Komitee f. Grundrechte und Demokratie	Jugoslawien — Verständigung statt Krieg	261
Lodovico, Ludi	Balkankrieg: Die Feuerwehr spritzt mit Benzin	268
Lodovico, Ludi	Fernsehkrieg auf dem Balkan	265
Lodovico, Ludi	Rückblick: 'Nationalität' und Krieg auf dem Balkan	268
Parin, Paul	Vom Versagen der Politik. Zum Haß zwischen Serben und Kroaten	261
Puhowski, Zarko	Ende gut, alles gut ...oder umgekehrt. Zum Zerfall Jugoslawiens	261
Vack, Klaus	Europäisches Friedensprojekt für die Insel Vis	261
Vack, Klaus	In Split und Zagreb	268
Zuljevic, Zana	Wer ist Kroate und wer nicht? Zum Nationalismus in Kroatien	263
Europa		
Bonavita-Lindloff, Petra	Wer steht hinter der Mafia? Zum Mord an dem sizilianischen Richter Giovanni Falcone	266/267
Bundesarbeitskreis Kritischer Juristen	Nein zu Maastricht durch Volksentscheid	266/267
Buro, Andreas	Die neue europäische Herrschaftsordnung gewinnt Konturen	269
Detobel, Bob	Aux Larmes, Citoyens!	264

REGISTER '92

	Französische Stimmen zur Wahl	
Die GRÜNEN	Schengen: Der Weg zu einem repressiven Europa	264
Hirsch, Joachim	Währungskrise, Maastricht und nationale Machtpolitik	270
Hutton, Will	Das Vereinigte Königreich braucht dringend einen Mehrheitsschutz	264
Krampe, Eva-Maria	Ganz ohne Volk	266/267
Macke, Carl-Wilhelm	Stillstand — Zu den Parlamentswahlen in Italien	264
Morin, Edgar	Assoziierung oder Barbarei — Maastricht oder Sarajewo	269
Nielsen, Henrik Kaare	Das Nein der Dänen	268
Oberdiek, Helmut	Türkei: Militärherrschaft am Ende?	262
Röttger, Bernd	Das „Modell Deutschland" in der Bredouille — Deutschlands Vereinigung und Europas Wachstumsmodell	269
Röttger, Bernd	Die Renaissance des Nationalen — Die gefährlichen Illusionen deutscher Maastricht-Kritik	270

Frauen

Frommel, Monika	Systematische Selbstentmachtung — Zur Neuregelung des §218	266/267
Kontos, Silvia	Paragraph § 218 — und kein Ende?	268
Schmitt, Britta	Jenseits von staatssozialistischen Sonntagsreden. Unabhängige und Block-Frauenbewegung in Rußland	262

Verfassungsdiskussion

Maus, Ingeborg	Die Kontrolle von unten nach oben in Gang halten — Die Verfassungsdiskussion geht weiter	262

500 Jahre „Entdeckung" Amerikas

Hirsch, Joachim	Amerika entdecken. Die Conquista — ein Anlaß zur Erinnerung	260
Rügemeyer, Werner	Das Ende vom Mythos der indianischen Unschuld — 500 Jahre „Entdeckung Amerikas"	260

Geschichte

Krum, Gerhard	Weil „das Entsetzen über uns selbst" fehlt. Zum 50. Jahrestag der Wannseekonferenz	261
Mehlhorn, Ludwig	„Landschaften der Lüge" Dimensionen der Schuld — Zur Kontinuität deutscher Tätergeschichte	265

Golfkrieg

Creydt, Meinhardt	Diners „Krieg um die Erinnerung" — Was man „postsozialistisch" über den Golfkrieg und die 'Linke' denken soll	265
Demirovic, Alex	Mit den Augen des Westens. Kritische Theorie des Antikriegsprotests	261
Kunz, Thomas	Von der Golfkriegsdebatte zum Ende des realexistierenden Sozialismus und wieder zurück	261
Lodovico, Ludi	Das Linken-Spiel	261
Massarat, Mohssen	Nach-Denken über den Golfkrieg	261

Internationales

Köhler, Holm-Detlev	Ein zappelnder Leichnam. Zum Auflösungsprozeß von Spaniens PCE	261
Pillenstein, Peter	Tausche Honecker gegen Schäfer	264

Internationalismus

Beier, Thomas	Schattenseiten und ein Lichtblick: Neue Überlegungen zum Internationalismus	270
Maffay, Dieter	Welche Solidarität?	260

Kultur

Görg, Christoph	Mythen der Risikogesellschaft. Assoziationen und Reflexionen zum Film Terminator II	261

KurdInnenverfolgung

medico international	Morde durch Todesschwadrone — Die Kontra-Guerilla	264
Oberdiek, Helmut	Der 19. „Volksaufstand" der Kurden	264

Linke

Brand, Ulrich	Machtkampf der Machtlosen	260
Dokumentation	Der „Fall" Boock — Ein Briefwechsel	266/267
Kiefer, Peter	Black-box-Methode: Eine polit-topologische Skizze zum Begriff links	262
Lodovico, Ludi	Kopflose Kopflanger	270
Neues Forum	Offener Brief an Gregor Gysi	269
Vack, Hanne/Vack, Klaus	Nie auf der Seite der Mächtigen — Aus der Dankesrede für die Verleihung des Adolf-Arndt-Preises	266/267

Medien

Müller, Roland	„Merkt Euch meinen Namen" (Augstein)	266/267

Mittlere Osten

Behrokhi, Ali	Sind die Ayatollas überhaupt reformfähig?	266/267

Naher Osten

Köhler, Holm-Detlev	Der „heiße" Draht für palästinensische ArbeiterInnen — Interview mit zwei VertreterInnen von Kav La'oved	263
Wollin, Amos	Israel — der „Friedensverderber"?	263
Wollin, Amos	Regierungswechsel in Israel	268

Nationalismus

Hobsbawn, Eric J.	Die Gefahren des neuen Nationalismus	261
Jaschke, Hans-Gerd	Protest gegen die Moderne — Europäische Nationalismen als Reaktion auf das Tempo gesellschaftlicher Umbrüche	264

Osteuropa

Abadjiev, Emilian	Bulgarien auf dem Weg in die Marktwirtschaft	264
Spira, Leopold	Der Zerfall im Osten	260
Warde, Ibrahim	Revolutionsexperten im Osten	269

Psyche

Rothschild, Berthold	Vom täglichen Umgang mit einem schlechten Gefühl. Rassismus und Antisemitismus aus der Sicht eines jüdischen Psychoanalytikers	262

Rechtsradikalismus

Lévy, Bernard-Henri	Dieser Faschismus ist „hausgemacht" ...und wird verkörpert durch die Nationale Front	264
Maegerle, Anton	Die Neue Rechte	269
Maegerle, Anton	Neues von Nation und Europa. Vorbildfunktion für die zersplitterte Rechte in der Bundesrepublik	262
Maegerle, Anton	Rassistische Kapuzenmänner: der KuKluxlan	270
Scherr, Albert	Gelebte Antipädagogik — Zur Auseinandersetzung mit jugendlichem Rechtsextremismus	269

Rezensionen

Brand, Ulrich	„Rausland oder: Menschenrecht	262

REGISTER '92

	für alle“ (Budzinski/Clemens)	
Görg, Christoph	„Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken“ (Redaktion diskus)	269
Höfling, Bettina	Sammelrezension zum Thema Flüchlings‘‘problematik“	264
Jansen, Peter-Erwin	„Das imperiale Zeitalter 1875-1914“ und „Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität“ (Beide: Eric.J.Hobsbawn)	261
Kern, Peter	„Benjaminiania“ (Puttnies/Smith)	262
Köhler, Holm-Detlev	„Deutschland in einer neuen Weltära“ (Bonder/Röttger/Ziebura)	270
Köhler, Holm-Detlev	„Lateinamerika: Die permanente Invasion 1492-1992“ (Luchterhand Flugschrift 3)	261
Köhler, Holm-Detlev	„Sieger und Besiegte im Fünfhundertjährigen Reich“ (Armborst/Dieterich/Zickgraf)	261
Macke, Carl-Wilhelm	„Das Buch der Umarmungen“ (Eduardo Galeano)	270
Macke, Carl-Wilhelm	„Giorgio Bassani — Erinnerungen des Herzens“ (Eberhard Schmidt)	261
Macke, Carl-Wilhelm	„Servabo. Erinnerung am Ende des Jahrhunderts“ (Luigi Pintor)	265
Maegerle, Anton	„Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und revisionistische Geschichtsschreibung. Mit einem Vorwort von Simon Wiesenthal“	264
Maier, Dieter	„Ökologie und Entwicklung“ (PROKLA 86, 1992)	265
Norl, Monika	„Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung“ (Ulrich Enderwitz)	263
Reinicke, Helmut	„Der tote Hund beißt“ (Barbara Sichtermann)	263
Sibar, Jan	„Brief eines alten Bolschewiken“ (Boris Nikolajewski)	263

Sozialismus

Görg, Christoph	In der Trümmerlandschaft: Nach dem Ende des Leninismus	260
Görg, Christoph	Macht der Untertitel noch einen Sinn	262
Hirsch, Joachim	Immer noch „Sozialistische“ Zeitung? Bemerkungen zum (Unter-)Titel der links	261
links-Redaktion	„Wir können nicht mehr aus geborgter Realität politisch leben“ — Interview mit Oskar Negt	263
Sablowski, Thomas	Vom Sozialismus zur radikalen Demokratie. Zum Postmarxismus von Laclau/Mouffe	262

Ehemalige Sowjetunion / GUS

Chauvier, Jean-Marie	Die chauvinistische Versuchung. Die Ukraine — welcher Staat?	260
Freitag-Wirmighaus, Rainer	Berg-Karabach — Der armenisch-aserbaidschanische Krieg	269
Gerber, Jürgen	Ein Pyrrhussieg. Zu den politischen Machtspielen in Georgien	261
Jansen, Peter-Erwin	Wieviel Zeit — Tawarisch? Impressionen von einer Reise in die ehemalige Sowjetunion	260
Lodovico, Ludi	Antisemitismus und „Antisemitismus“	263
Lodovico, Ludi	Demokratie mit „Volk“ verhindern	260
Maier, Barbara	Gibt die GUS Rußland den Todesstoß?	263
Schröder, Henning	Das Ende einer Militärmacht	263
sovieticus	Der schleichende Tod	260
sovieticus	Rußland: Zerfall, Chaos, Stabilisierung alles ist möglich	266/267

SPD

Lodovico, Ludi	Sozialdemokratisches Innenleben	269
Schneider, Felix	Ein neues linkes Projekt? Interview mit Peter Glotz	270

Staat

Görg, Christoph	Rückkehr zum Realitätsprinzip	263
Hirsch, Joachim	Parteien in Panik — wirklich?	265
Narr, Wolf-Dieter	Wär’s doch nur Korruption — Zur Malaise der (Parteien-)Politik	268

Mittel- und Südamerika

van Bracht, Karin/ Proske, Matthias	Die Kaffeekampagne in El Salvador	260
Brand, Ulrich	Desaströser Marktkolonialismus — Argentinien nach drei Jahren „Menemismus“	269
Dietrich, Heinz	Lateinamerikas „zweite Emanzipation“ — Tendenzen der Neuen Weltordnung	260
Fatheuer, Thomas	Der Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung? NGOs und soziale Bewegungen in Brasilien	266/267
Fuentes, Carlos	Weltlage und Demokratie: Probleme der neuen Weltordnung	264
Fuentes, Carlos M.	VW-Mexiko — nach vier Wochen Streik und Aussperrung	268
Füchtner, Hans	Lateinamerikas „zweite Emanzipation“ ... oder unsere erste allgemeine Verunsicherung	263
Gebauer, Thomas/ Hirsch, Joachim	El Salvador: Tage des Umbruchs	260
Grünenwald, Ursula	Guatemala im sechsten Jahr der Demokratie	260
Huhle, Rainer	Irgendwann steht der „Kaiser“ nackt da — Zu Fujimoris Coup d’état in Peru	265
Köhler, Holm-Detlev	Mexikos Sprung nach Norden	268
Richter, Ernesto	Von der Revolution zur Kooperation — El Salvador 1981 - 1991	264

Theorie

Creydt, Meinhard	Apokalypse und „Neue Leichtigkeit“ — Von der Modernisierung unverdauter alter Versatzstücke zum Kollaps der Theorie	269
Schiller, Hans-Ernst	„Auf ewig“: Zum Memorandum „Fremdenfeindlichkeit“ des Frankfurter „Institutes für Sozialforschung“	263
Schiller, Hans-Ernst	Sprache, Nation und Utopie	270

TheoretikerInnen

Claussen, Detlev	Zum 30. Todestag Frantz Fanons	260
Diamant, Max	„Brief an die Freunde“	263
Eyermann, Erich	Karl Marx tot — Ludwig Erhard lebt?	269
Heins, Volker	Max Weber, ein linker Antisozialist	263
Klönne, Arno	„Franz Jung Werkausgabe“ (Edition Nautilus)	268
Thielen, Helmut	Die ’postmodernen’ Aasgeier am Grabe Walter Benjamins	268
Völker, Wolfgang	Zur Erinnerung an Niko Diemer	270
Widner, Hartmut	Offener Brief für die Realisierung des Benjamin-Denkmals in Port Bou	266/267

Umwelt

Görg, Christoph	Keine Panik auf der Titanic!? Oder: Wie institutionalisiere ich ein Lebensgefühl	270
Ruf, Anja	Umwelttag-Bonbons	270

Umweltgipfel Rio '92

A SEED — Initiative zur UNCED-Konferenz — 265

Brand, Ulrich — Platter Politizismus — UNCED '92: Vom Ende der Geschichte — 266/267

Brock, Lothar — 'Unser Lebensstil steht nicht zur Verhandlung' — Ergebnisse und Streitfragen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung — 268

Lodovico, Ludi — Im Krebsgang von Stockholm (1972) bis Rio (1992) — 266/267

Mayer, Axel — Umwelt gegen Entwicklung — UNCED '92! — 265

Simonis, Georg — Ein globales Umweltregime entsteht — ohne Kurswechsel — 268

Wahl, Peter — Die Mühen der Selbstorganisation — Zur Rolle der Nicht-Regierungsorganisationen in Rio — 266/267

USA

Ely, John — US-Sozialpolitik: Weiterhin nicht vorhanden — 266/267

Ely, John/ Müller, Siegrid — Multikulturelle Gesellschaft und die Neue Rechte in den USA. Die Auflösung Amerikas — 262

Jansen, Peter-Erwin — Der US-Wahlkampf ist vorbei — Die „rassistische Karte" der amerikanischen Politik — 270

Keil, Roger — No sympathy for the devil — World-City im Aufstand — 266/267

Mayer, Margit — Menetekel in Los Angeles — 266/267

„Wieder"-Vereinigung

Görg, Christoph — Geisterbeschwörungen — 262

Schreier, Andreas — Über den Umgang mit der „Firma" — Diskussionsbeitrag z. Stasi-Aufarbeitung — 263

Seifert, Jürgen — Der Rechtsstaat bindet auch die Gauck-Behörde — 262

Stötzel, Michael — Ein Klima der Bekenntnisse — 262

Visolp, Peter — Nein, Verdrängung und Lüge. Der Brandenburger Landtag und das Problem der Vergangenheit — 262

Zivilgesellschaft

Frankenberg, Günter/ Rödel, Ulrich — Demokratische Fragen — feministische Antworten. Eine Replik auf feministische Kritik — 262

Honneth, Axel — Für die Demokratisierung im Westen unbrauchbar. Thesen zur Verwendung des Civil-Society Modells — 260

Störenfriede

Kaum eine andere Oppositionsbewegung war einem derartig gravierenden Wandel in der öffentlichen Beurteilung ausgesetzt wie die Bürgerbewegungen der DDR. 1989 wurden sie zunächst als ihr »Totengräber« angesehen, gar zum Vorboten einer neuen Form von Politik stilisiert, aber schon bald darauf als etwas weltfremd und zurückgeblieben verachtet. Diesen vorschnellen Urteilen steht bislang sehr wenig Wissen über die konkrete Rolle, über die Konstitution und die Handlungsbedingungen der systemkritischen Bewegungen gegenüber. Und wenn eine Auseinandersetzung über ihre Funktion beim Zusammenbruch der SED-Herrschaft überhaupt stattfindet, dann höchstens in Form personalisierender Schuldzuschreibungen im Zusammenhang mit der Stasi-Debatte. Es fehlten bislang sowohl die tiefergehende Analysen als auch die öffentliche Resonanz für eine solche Auseinandersetzung.

Die Textdokumentation von Wolfgang Rüddenklau: »Störenfried; DDR-Opposition 1986-1989« liefert für diese Fragen einiges Anschauungsmaterial. Begrenzt auf den Anfang vom Ende der DDR, auf die unmittelbare Vorgeschichte von 1989, sind hier vor allem Texte aus den »Umweltblättern« zusammengestellt, einer von der Berliner »Umwelt-Bibliothek« im Schutz der evangelischen Kirche herausgegebenen Oppositionszeitung. Zusammen mit Veröffentlichungen aus anderen Medien, Diskusionspapieren und vom Herausgeber mit einleitenden Jahresübersichten versehen geben sie einen Einblick in den komplizierten und verschlungenen Entwicklungsprozeß dieser Bewegungen. Schwer vorstellbar für den Westler sind zunächst die Bedingungen, unter denen diese Zeitschriften entstanden — oft im Matrizenverfahren hergestellt und häufig unter Beschlagnahmung leidend. Überraschend daher auch die Wirkung, die von ihnen ausging, abzulesen auch an den Reaktionen der Staatssicherheit. Die Chronik gibt an vielen Stellen Einblick in deren Arbeits- und Denkweise, wie sie überhaupt einiges Material enthält das zum besseren Verständnis der politischen Debatte um die Zusammenarbeit mit der Stasi dienlich sein kann.

Hier ist es zunächst die Rolle der evangelischen Kirche und ihrer Funktionäre, deren politische Eigenständigkeit der Autor nicht allzu hoch ansetzt, deren konkrete Bedeutung für die Aktivitäten der Opposition, nicht zuletzt für die Medien der Gegenöffentlichkeit, aber deutlich wird. Interessante Beispiele liefert das Buch auch hinsichtlich der alltäglichen Präsenz der Staatssicherheit und ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter. Wichtiger noch sind die Einblicke, die die abgedruckten Texte in den Diskussionsprozeß und die Entwicklung der verschiedenen oppositionellen Gruppen ermöglicht. Dadurch werden einige der bekannteren Gruppen, wie die Initiative für Demokratie und Menschenrechte, aber auch die Vielzahl kleinerer und lokal arbeitender Basisgruppen, in ihrer Arbeit und ihren politischen Vorstellungen besser verstehbar. Neben einigen auch in Westdeutschland bestens bekannten politischen Streitfragen — Partei oder Basisorientierung, auseinandergehende gesellschaftliche Zielvorstellungen — wird vor allem das DDR-spezifische Sonderproblem der Ausreisewilligen und der Abschiebungen zum Thema. Nach der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar 1988 und den daraufhin folgenden Abschiebungen vieler Aktivisten in den Westen stand die Frage im Raum, ob die Beteiligung an Aktionen für viele nicht doch nur ein Versuch ist, ihre Ausreiseanträge zu beschleunigen. Die sich daran anschließenden Debatten um persönliche Integrität und politische Verantworung werfen ein Licht auf die Bedingungen politischen Handelns in der DDR.

Allerdings beeinträchtigt es den Charakter des Buches als Chronik der Bewegungen, daß ihr Verfasser, selbst einer der wichtigsten Aktivisten, die Frage nach der persönlichen Integrität der damals handelnden Personen auch heute noch in recht einseitiger Weise austrägt. Da bekommt Gerd Poppe sein Fett weg, weil er als Mitglied des runden Tisch's zur Stärkung der Autorität der Regierung Modrow beigetragen hätte und dadurch seiner Basisgruppenherkunft partiell untreu geworden wäre (S.114). Als politische Stellungnahme mag dies ja verständlich sein, auch wenn es eine eine höchst subjektive Abkanzelung darstellt, aber der dokumentarische Charakter des Bandes wird durch eine Fülle solcher Wertungen, deren Kriterien dem Uneingeweihten oft nur schwer verständlich sind, konterkariert. Auch aus diesen Gründen ist das Buch nicht mit dem Anspruch zu lesen, die Geschichte der DDR-Opposition darstellen zu können — sowohl wegen der Auswahl der Texte als auch wegen der einleitenden Jahresüberblicke, die zum Teil eher die persönlichen und deshalb notwendig lückenhaften Kenntnisse des Verfassers, zum Teil aber äußerst detallierte und nur schwer einschätzbare Informationen liefern, stellt das Buch hierfür nur Material dar. Aber seiner Grundthese nach der Rolle der Bewegungen beim Zusammenbruch der DDR kann man nur zustimmen: Sie waren Störenfriede, ihre Bedeutung lag in der Untergrabung der Legimitation der Regierung, nicht in ihrem Sturz. Ihre eigentliche Geschichte, in der sie diese bestimmende Rolle spielen konnte, endet deshalb im Oktober 1989.

CHRISTOPH GÖRG

Wolfgang Rüddenklau:
„Störenfried." DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den Umweltblättern
Gemeinschaftsausgabe von Basisdruck-Verlag Berlin und Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam; 386 Seiten, 24,80 DM

JOSEF ESSER

Bill Clintons ‚neuer Bund' für den Werkplatz Amerika

Der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten Bill Clinton hat den Amerikanerinnen und Amerikanern einen *new covenance*, einen neuen Bund zur Bewältigung der enormen sozialen und ökonomischen Probleme angeboten, die er nicht ganz zu Unrecht als Hinterlassenschaft von zwölf Jahren Reagan'scher und Bush'scher ‚trickledown-economy', d.h. eines auf die Interessen der Reichen konzentrierten neoliberalen Bereicherungskapitalismus ansieht. Mit dieser religiös anmutenden Beschwörung eines neuen Bundes knüpft er rhetorisch bewußt an Franklin D. Roosevelts Erneuerungsprogramm des ‚New Deal' Anfang der dreißiger Jahre an. Im Mittelpunkt seiner ‚campaign to change America' steht eine neue Wirtschaftspolitik — und diese soll vor allem die Interessen der arg gebeutelten Mittelklasse befriedigen.

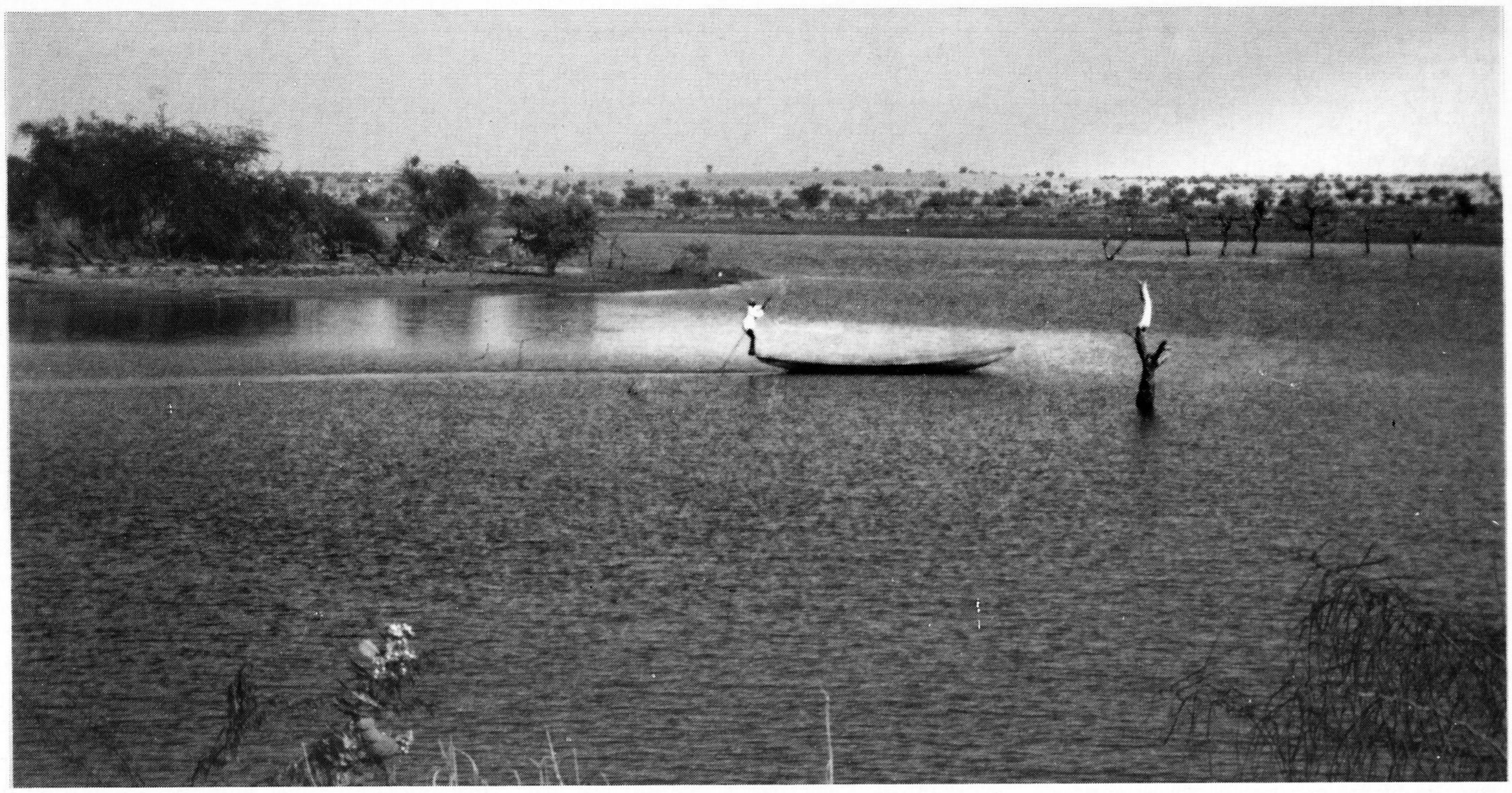
Originalton Clinton: ,,Die Republikaner haben den schlechtesten Leistungsausweis der letzten 50 Jahre erzielt: das geringste Wachstum, die geringste Zunahme von Arbeitsplätzen und das geringste Einkommensplus seit der großen Depression... Während die Reichen kassierten, mußte die vergessene Mittelklasse immer härter für immer weniger Lohn arbeiten und immer mehr Steuern einem Staat übergeben, der nicht mehr in der Lage war zu liefern, was wir brauchen: nämlich gute Arbeitsplätze in einer wachsenden Wirtschaft, ein Schulsystem mit Weltniveau, ein kostengünstiges Gesundheitswesen sowie sichere Straßen und Wohnviertel. Der arbeitenden Unterklasse (the working poor) wurde das Tor zu Chancenverwirklichung ins Gesicht geschlagen.'' (B. Clinton and A. Gore, Putting People First, New York 1992, 5)

Während ich diesen Text schreibe, hat freilich der neugewählte Präsident sein Amt noch gar nicht angetreten, weshalb sich eine Beschreibung dieser ‚neuen Politik' auf die Problemanalyse der USA aus der Sicht des Clinton-Teams, zentraler programmatischer Aussagen und vorgeschlagener Strategien sowie der inzwischen weitgehend abgeschlossenen Zusammensetzung der neuen Regierung beschränken muß.

In einer kaum noch übersehbaren Fülle von Veröffentlichungen ist der ökonomische und soziale Niedergang der USA und ihr politischer Hegemonieverlust beschrieben und analysiert worden — und es fehlt hier der Raum, auf sie genauer und differenzierter einzugehen. Das höchste Haushaltsdefizit aller Länder der Welt, der dramatische Verlust an Weltmarktanteilen in wichtigen traditionellen Branchen wie Automobilen, Stahl, Textil-Bekleidung, der immer schärfer und erfolgreicher werdende vor allem japanische, teilweise auch europäische Angriff auf die sogenannten High-Tech-Branchen wie Flugzeugbau, Computerindustrie- und Halbleiterindustrie, Telekommunikation, Pharmaindustrie, medizinische Geräte oder Unterhaltungselektronik sind ebenso markante Anzeichen dafür wie die kaputte Infrastruktur, das schlechte Bildungs- und Ausbildungssystem, die steigende Zahl der Armen und Obdachlosen, die verslumten Großstädte und der allgemeine soziale Verfall. Im Gegensatz zu den Optimismusträgern Reagan und Bush, die sich dabei auf das vorherrschende Expertenwissen korrupter neoliberaler oder neokonservativer Sozialwissenschaftler stützen konnten, schätzt das Clinton-Team die Lage der USA als dramatisch schlecht ein und plädiert gerade deshalb für den radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, der die USA ökonomisch wieder stark und sozial befriedet machen soll; denn: nur ein ökonomisch reiches und sozial stabiles Amerika kann im globalisierten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts seine Führungsposition zurückgewinnen.

Transnationale Produktionsstrategien

Damit sind wir beim zweiten Aspekt der Problemanalyse: Daß der Weltkapitalismus sich in einer tiefgreifenden Strukturveränderung befindet, gehört ebenfalls zum Standartrepertoire des Clinton-Lagers. Hierbei stützt Clinton sich auf die Analysen, die sein enger Berater Robert Reich seit Jahren auf der Basis vieler Einzeluntersuchungen publikumswirksam vermarktet hat. Gemäß Reich und vieler anderer einflußreicher US-amerikanischer Polit-Ökonomen wie Lester Thurow, Paul Krugman, Michael Porter, Laura Tyson oder Jeffrey Garten (alle der Demokratischen Partei eng verbunden), ist der globalisierte Kapitalismus des 21. Jahrhunderts einer, in dem die zentralen Akteure weltweit operierende transnationale Unternehmen sind. Diese Unternehmen lassen sich nur noch als ‚global player', ohne besondere nationale Produktionsbasis, charakterisieren. Und bei ihren weltweit vernetzten Produktionsstätten wählen sie nur solche Standorte aus, in denen hochqualifizierte Arbeitskräfte und eine hocheffiziente Infrastruktur, ein auf High-Tech-Bedürfnisse ausgerichtetes Wissenschafts-, Bildungs- und Ausbildungssystem ebenso zur Verfügung stehen, wie qualifizierte Zulieferfirmen, ein auf die eigenen Bedürfnisse zugerichtetes Finanzsystem sowie schließlich ein Staatsapparat, der soziale Stabilität verbürgen kann. Über all das verfügen die Vereinigten Staaten aus der Sicht der Clinton-BeraterInnen nicht mehr, weshalb sie immer mehr im globalen Standortwettkampf zurückfallen werden, falls es nicht gelingt, den Werkplatz USA für die transnationalen Investitions- und Produktionsstrategien (wieder) attraktiv zu machen. Schlimmer noch:



In der tripolaren Triade der Handelsblöcke verfügen Japan und Europa (und hier vor allem Deutschland) über weitaus effizientere kapitalistische Gesellschaftsmodelle als das amerikanische mit seiner Kurzfristorientierung und seiner Betonung der individuellen Gewinnmaximierung ohne korporativ-wohlfahrtsstaatliche ‚gemeinschaftliche' (Lester Thurow) Einbindung.

Ein kluger Beobachter des amerikanischen Wahlkampfes hat gesagt, Clintons Programm sei von der Absicht bestimmt, die US-Wirtschaft eindeutig in die europäische Richtung zu schubsen (‚would push the US economy in a distinctly European direction') — und zwar in Richtung des deutschen Modells der sozialen Marktwirtschaft, in welcher das freie Unternehmertum durch starke sozialpolitische Institutionen unterstützt und nicht untergraben werde. Wie dem auch immer sei, das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der neuen Administration klingt für Europäer und speziell Deutsche sehr vertraut:

- Langfristige statt kurzfristige Wachstumsorientierung durch Partnerschaft zwischen einem ökonomisch aktiven Staat, auf Langfristfinanzierung ausgerichteten Banken und privaten Unternehmen;
- eine ‚vorsichtig aktive Industriepolitik' nach dem Muster des japanischen MITI oder der Programme der Europäischen Kommission zur Förderung des High-Tech-Sektors und mit dem Schwerpunkt auf partnerschaftlich finanzierten Forschungs- und Entwicklungsprogrammen zwischen Staat und Industrie sowie politisch reguliertem Außenhandel;
- ein staatliches Infrastrukturprogramm für die Bereiche Verkehr, Kommunikation und Umwelt;
- ein staatlich zu finanzierendes und von den Unternehmen auszuführendes Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm für die Arbeitskräfte, ähnlich dem deutschen System der Facharbeiterausbildung und dem sog. ‚lebenslangen Lernen';
- die Ermöglichung und Verbesserung der Schulbildung für alle Amerikanerinnen und Amerikaner — und nicht nur für das eine Viertel, das nach der Schule die Colleges und Universitäten besucht;
- die Ausweitung der Krankenversicherung auf alle US-BürgerInnen (bisher profitierten nur die Beschäftigten davon) sowie deren Rationalisierung hin zur Kostenreduktion und mehr Effizienz.

Neue Institutionen braucht das Land

Ein solches umfassendes Programm muß natürlich finanziert werden — und man kann sich kaum vorstellen, wie das geschehen soll, wenn die Clinton-Administration das in den letzten 12 Jahren angehäufte Staatsdefizit von über 4 Billionen Dollar in den nächsten vier Jahren auf die Hälfte reduzieren will (dieses Vorhaben wurde inzwischen offiziell aufgegeben, die Red.). Eine solche Budgetreduzierung wird aber vom internationalen Finanzkapital, das bisher die massive Staatsverschuldung der USA finanziert hat, dazu aber immer weniger bereit ist, massiv gefordert. Clinton hat deshalb die Absicht verkündet, die reichen Amerikaner, die ein Jahreseinkommen von über 200000 Dollar haben und die unter den Reagan-Bush-Administrationen steuerlich stark entlastet worden sind, um einen hohen ‚Solidaritätsbeitrag' für das neue Amerika zu bitten. Außerdem sollen die vielen multinationalen Unternehmen, die zwar im Land produzieren, ihre Gewinne aber wegen geschickter interner Verrechnungs- und Buchungspraktiken kaum ausweisen und damit auch nicht in den USA versteuern, angemessen zur Kasse gebeten werden. Die ‚Mittelklasse' jedenfalls, Clintons gehätschelte Bezugsgruppe, soll keine neuen Steuern oder Abgaben entrichten müssen, ihre Steuerbelastung soll sogar gesenkt werden. Es wird spannend sein zu beobachten, ob dieser ‚neue Verteilungs-Klassenkampf' überhaupt ausgetragen wird und mit welchen Gegenstrategien ihm das reiche Amerika und das internationale Kapital begegnen werden. Wie auch immer, seriöse Pro-Clinton-Rechner gehen davon aus, daß zur Finanzierung des Programms auf jeden Fall mehr Finanzmasse nötig sein wird, als von den Reichen zu holen sein wird. Entweder wird also das Haushaltsdefizit vergrößert, was — wie man in der einschlägigen Wirtschaftspresse so hübsch neutral auszudrücken vermag — die ‚internationalen Finanzmärkte verhüten werden', oder aber Clinton muß sein Versprechen brechen, die Mittelklasse der USA nicht stärker zu besteuern als bisher.

Wichtiger an der Clinton-Strategie scheint mir freilich etwas anderes zu sein. Ähnlich wie sein großes Vorbild Roosevelt in den dreißiger Jahren des ‚New Deal' hat das Clinton-Lager erkannt, daß neue Politiken längerfristig nur dann entwickel- und durchsetzbar sind, wenn sie eingebunden sind in einen institutionellen Umbau der ökonomischen, sozialen und politischen Prozesses. Und hierbei stützt sich die neue Administration auf eine ganze Batterie hochkarätiger wissenschaftlicher Politikberater aus den Elite-Universitäten an Ost- und Westküste, die seit Jahren unter dem Etikett: ‚neuer Institutionalismus' dafür plädieren, die institutionelle Einbettung (‚imbeddedness') von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Ideologie als strategisch anzusehen und den größeren Erfolg des japanischen oder deutschen Modells mit deren ökonomisch effektiveren, sozial verträglicheren und für die Politikdurchführung konsensualeren ‚institutionellen Konfigurationen' erklären. Aus eigener aktueller Erfahrung als Gastwissenschaftler hier könnte ich sehr interessante

Geschichten darüber erzählen, wie der gesamte akademisch-intellektuelle Sachverstand der Sozialwissenschaften derzeit dabei ist, solche institutionellen Neuerungen zu entwickeln und sich damit der neuen Regierung anzudienen. Voraussehbar sind bereits jetzt neue Institutionen in den Feldern Arbeitszeitpolitik und Industrie- bzw. Forschungs- und Technologiepolitik, während die Aussagen für die Bereiche Infrastruktur, Gesundheit, Erziehung, Umwelt bisher eher vage geblieben sind:

Arbeitspolitik: Hier ist bemerkenswert, daß mit Robert Reich ein ‚Secretary of Labor' ernannt wurde, dessen politisch-strategische Orientierung eindeutig darauf gerichtet ist, das Arbeitsministerium innerhalb des Regierungsapparates politisch aufzuwerten und darin all das umzusetzen, was er seit Jahren fordert, nämlich eine bessere Ausbildung und Weiterbildung der amerikanischen Arbeitskräfte, damit der Produktions-Standort USA attraktiv für transnationale Unternehmen wird. Weiter möchte Reich die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften im Sinne des deutschen Korporatismus stärken. Als enger (wenn nicht engster) Berater des Präsidenten hat Reich zumindest auf der Ebene des Regierungsapparats einige Chancen. Offen bleibt freilich erstens ob ihm die Machtausweitung seines Ministeriums gegenüber den klassischen Wirtschaftsressorts: Treasury, Office of Management and Budget, Verteidigung, Außenwirtschaft gelingt, ob er zweitens Unternehmen und Gewerkschaften für diese neue Partnerschaft gewinnt und ob schließlich drittens das Geld dafür zur Verfügung stehen wird.

▶ Laserstrahl auf Ökonomie ◀

Industriepolitik: Hier ist zunächst erwähnenswert, daß mit Laura D'Andrea Tyson eine Wissenschaftlerin zur Leiterin des Council of Economic Advisers (CEA), dem offiziellen Wirtschaftsberatungsinstitut des Präsidenten, ernannt wurde — und zwar trotz des massiven Widerstandes der etablierten neoliberalen und keynesianisch orientierten Wirtschaftswissenschaft — die eine eindeutig angebotsorientierte Industriepolitik favorisiert. Viele der dort anvisierten neuen Institutionen des US-amerikanischen Innovationssystems lassen sich als Mischung deutscher und japanischer Elemente bezeichnen und der wichtigste Punkt ist die neue institutionalisierte Partnerschaft zwischen Staat, Wissenschaft, privater Wirtschaft und Erziehungssystem. Man bezeichnet Tyson und ihre Gruppe als ‚supply side Democrats' und als solche hat sie auch Vorschläge dazu unterbreitet, die Banken und institutionellen Anleger durch Anreize und neue organisatorische Vernetzungen mit der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie zu einer Langfrist- (statt: Kurzfrist-)Finanzierung neuer Technologien zu bewegen. Schließlich ist erwähnenswert, daß der neue Präsident in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eine ‚rationale Koordination' innerhalb des für die Wirtschaftspolitik zuständigen Staatsapparates anstrebt und dazu eine neue Institution, den Nationalen Wirtschaftsrat (NEC), geschaffen hat.

Wie bereits einleitend angemerkt, kann man über den Erfolg dieser neuen Politik derzeit nur spekulieren. Freilich lassen sich einige Widersprüche und Widerstände bereits jetzt benennen. Neben den erwähnten Konflikten, die mit Sicherheit um die Finanzierung und die angestrebte Haushaltssanierung ausbrechen werden und die bekannten Probleme des Patts zwischen Regierung einerseits, Kongreß andererseits neu ausbrechen lassen könnte, ist natürlich prinzipiell zu fragen, ob über eine Politik von oben die USA überhaupt im angestrebten Sinne reformierbar sind. Und es bleiben die Widersprüche in der Regierung selber: Denn während Clinton einerseits als interventionistischer ‚supply side Democrat' auftritt und als technokratischer Reformer den Wirtschaftsstandort USA im globalen Wettbewerb um Investitionen stärken möchte, will und kann er sich andererseits nicht gegen das global orientierte Finanzkapital stellen, das nicht nur weiterhin eine wichtige Fraktion im US-amerikanischen Machtblock darstellt, sondern auch seine Reformstrategie finanzieren soll. Er muß also wie deutsche und europäische Sozialdemokraten auch — auf dessen Einsicht setzen. Wie das gehen soll, weiß er wohl selber nicht. Vorerst hat er sich damit beholfen, die Schaltstellen seiner Regierung in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft und Handel mit Repräsentanten genau dieser Fraktion zu besetzen (Bentsen, Panetta, Altmann, Rubin, Rivlin). Alles weitere soll dann wohl von seinen Koordinations- und Kooperationsfähigkeiten abhängen. Schließlich ist daran zu erinnern, daß Clintons Politik ein Versuch ist, die Interessen der amerikanischen Mittelklasse zu bedienen. Auch wenn das Los der Armen und Marginalisierten sowie der soziale Zerfall rhetorisch hervorgehoben und Abhilfe versprochen werden: Man stellt sich das so vor, daß das wohlhabend gewordene Amerika die Armen aus dem Sumpf zieht. Mit solchen Konzepten wartet die europäische Sozialdemokratie seit Jahren auf — und das Ergebnis der Gesellschaftsspaltung in der sozialen Marktwirtschaft oder dem ‚demokratischen Sozialkapitalismus' ist eine Erfahrung, die wir den Amerikanern voraus haben. Man muß sich deshalb wohl auch unter Clinton weiterhin auf solche Sozialexplosionen einstellen, wie sie in Kalifornien kürzlich zu beobachten waren.

Auf einer vor kurzem abgehaltenen symbolischen Großshow zu Wirtschaftsfragen in Little Rock (Arkansas) hat Clinton seinen Landsleuten versprochen, sich wie ein Laserstrahl auf die ökonomischen Probleme Amerikas zu konzentrieren. Warten wir ab, ob mit der Laser-Technologie eine solche große, widersprüchliche und kaum regierungsfähige Gesellschaft wie die US-amerikanische anders zu managen ist als bisher ... spannend wird es mit Sicherheit werden. ■

Sozialismus

Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇨ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇨ *ökonomische Analysen* national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇨ aktuellen *politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

CHRISTOPH SCHERRER

Das Ende des „ökonomischen Altruismus“ der USA?

Die USA haben sich auf dem Weltmarkt „ökonomisch altruistisch“ verhalten. Diese Behauptung von Robert Nye, einem führenden Theoretiker internationaler Beziehungen, mag in den Ohren der vom US-Imperialismus geplagten Campesinos Lateinamerikas seltsam klingen und würde sicherlich von den Handelsbeauftragten der Europäischen Gemeinschaft brüsk zurückgewiesen werden. Aus der Sicht der US-Arbeiterschaft (vor allem ihres männlichen Teils) steckt in dieser Behauptung jedoch ein Kern Wahrheit.

Die *Importwelle* hat gut bezahlte Industriearbeitsplätze in den USA rar werden lassen. Die Ursachen der Wettbewerbsschwäche der amerikanischen Industrie sind vor allem struktureller Art. Sie lassen sich mit „Entfaltung der Widersprüche fordistischer Vergesellschaftung“ und „Angleichungstendenzen auf dem Weltmarkt“ beschreiben. Die Härte, mit der die US-Industriearbeiterschaft von diesen Krisentendenzen erfaßt wurde, muß jedoch als Folge einer bewußten Strategie interpretiert werden: das Wohl des Industriestandortes USA wurde hinter den Anforderungen eines liberalen Weltmarkts zurückgestellt, jedoch nicht im Sinne Robert Nyes als Altruismus gegenüber den verbündeten Nationen, sondern gegenüber dem internationalen Kapital.

Der Vernachlässigung der Interessen der Beschäftigten in den USA versprach Bill Clinton in seinem Wahlkampf ein Ende zu bereiten. Künftig sollen außenwirtschaftspolitische Maßnahmen an ihren Auswirkungen für US-amerikanische Arbeitsplätze gemessen werden. Ein neu einzurichtendes *Economic Security Council* soll alle staatlichen Initiativen zur Stärkung der Wirtschaftskraft der USA koordinieren. Wird somit Clintons *Jobs, Jobs, Jobs* das Ende des „ökonomischen Altruismus“ bedeuten? Eher das Gegenteil. Die industriepolitischen Konzepte Bill Clintons stellen vielmehr eine der neuesten Strategien zur Abwehr protektionistischer Forderungen und zur Sicherung des Primats des Freihandels dar.

Die Hegemonie der Internationalisten

Freihändler und Vertreter eines umfassenden internationalen Aktivismus wurden erst im New Deal unter Franklin D. Roosevelt zu einer politisch mächtigen Gruppe. Zu ihnen gehörten vor allem das international-orientierte Banken- und Großkapital, die oligopolistischen Hersteller von Konsumgütern und die Großunternehmen im Einzelhandel. Dieses sogenannte *corporate liberal establishment* befürwortete außenwirtschaftspolitisch einen möglichst freien Waren- und Kapitalverkehr unter Berücksichtigung der Stabilitätsbedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Am Ende des zweiten Weltkrieges hatten die Internationalisten die Hegemonie über die US-Außenpolitik errungen. Diese Hegemonie basierte auf der Fähigkeit, dank ihrer Beherrschung der effizient produzierenden Kernsektoren, die materiellen Interessen wichtiger Teile der Arbeiterschaft und auch anderer Kapitalgruppen in ihr hegemoniales Projekt integrieren zu können.

Die Errichtung eines liberalen Welthandelsregimes verprach angesichts des hohen Produktivitätsniveaus Arbeitsplätze. Der staatlich organisierte Anti-Kommunismus knüpfte nicht nur das ideologische Band zwischen den diversen Klassen und Klassenfraktionen, sondern befriedigte in der Form des Militärkeynesianismus auch deren materielle Interessen.

Im Zuge der ersten größeren Importerfolge in den 60er Jahren wurde jedoch der Nutzen einer liberalen Weltmarktordnung zunehmend hinterfragt. Zur Abwehr protektionistischer Forderungen wurden seitdem eine Reihe von Strategien verfolgt, die hier nur stichwortartig aufgezählt werden können: Nixons Freigabe des Dollarkurses, Carters Versuch des trilateralen Konjunkturmanagements, Reagans unilaterale Durchsetzung der Marktkräfte, das Plaza-Abkom-

Kamerun

men zur koordinierten Abwertung des Dollars, die Initiative zur Überwindung struktureller Handelshindernisse mit Japan, sowie jeweils selektive Konzessionen gegenüber dem Lager der Protektionisten. Selbst Mitte der 80er Jahre, als die Handelsbilanzdefizite Rekordhöhen erreichten, konnten protektionistische Forderungen weitgehend zurückgewiesen werden. Neben den aufgezählten Strategien trug die rasche Zunahme an Arbeitsplätzen in der zweiten Amtszeit Ronald Reagans ebenfalls dazu bei, jene Forderungen abzuwehren. Im Laufe des Jahres 1990 mußten die Internationalisten jedoch erwarten, daß innerhalb der USA die Rufe nach Protektionismus immer lauter werden würden. Nach dem Ende des Kalten Krieges und angesichts einer sich anbahnenden Rezession wurde befürchtet, daß ohne vorweisbaren materiellen Nutzen die Aufrechterhaltung des liberalen Handels- und Finanzsystems zunehmend in Frage gestellt werden würde.

Durch die „erfolgreiche" Intervention am Golf hatte sich jedoch das Verhältnis von Innen- zu Außenpolitik zwischenzeitlich umgekehrt. Vorübergehend schien es, als bedürfe der internationalistische Aktivismus keiner heimischen Prosperität mehr, sondern im Gegenteil, als könne er heimische Probleme kompensieren. Durch die Freude am Sieg über den „Irren von Bagdad" wurde das US-amerikanische Volk immateriell für den außenpolitischen Aktivismus entschädigt. Auch erhielt die US-Industrie große Aufträge beim Wiederaufbau von Kuwait und füllte gegen Bargeld die Waffenarsenale in den Golfstaaten wieder auf. Den derart wieder gewonnenen Freiraum für internationalistische Aktivitäten nutzte das außenpolitische Establishment unter anderem für das Freihandelsabkommen mit Mexiko (NAFTA).

Sieg des Internationalisten

Dieses „Fenster der Gelegenheiten" für aktiven Internationalismus drohte jedoch durch den Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes 1992 wieder geschlossen zu werden. Alle Bewerber der Demokraten verkündeten die eine oder andere Variante des „Es ist an der Zeit, daß wir uns um uns selbst kümmern". Pat Buchanan, der republikanische Herausforderer von Präsident Bush nahm einen explizit isolationistischen Standpunkt mit der Parole „America First" ein.

Am Ende gewann Bill Clinton, der internationalistischste Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei. Sein Programm versprach, das Bekenntnis zum Freihandel mit der Sorge um heimische Arbeitsplätze zu versöhnen. Clinton kündigte an, Strategien zu entwickeln, die die US-Wirtschaft besser in die Lage versetzen würden, von den Möglichkeiten des Weltmarkts zu profitieren.

Die von den Reagan-Marktfanatikern belächelten industriepolitischen Konzepte hatten in den letzten Jahren bei den wirtschaftspolitischen Eliten zunehmend an Akzeptanz gewonnen.

Für diesen Stimmungsumschwung war zum einen die Erkenntnis verantwortlich, daß in einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation auf die Sorgen um Arbeitsplätze eingegangen werden mußte. Im Herbst 1990, zu Beginn der derzeitigen Wirtschaftsflaute in den USA, sahen 65 % der Bevölkerung die Sicherung von Arbeitsplätzen als das wichtigste Ziel der Außenpolitik an. Zum anderen haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändert. Dies wird besonders am Vergleich zu den Versuchen der Carter-Administration deutlich, Forderungen nach Protektionismus durch eine tripartistische „Re-Industrialisierungsstrategie" aufzufangen. Damals waren die Gewerkschaften noch so stark, daß sie auf industriepolitische Konzeptionen Einfluß nehmen konnten, was dazu führte, daß die Geschäftswelt industriepolitische Vorstellungen vehement ablehnte. Eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Rahmen einer tripartistischen Krisenregulierung betrachteten die Konzernleitungen als Fortsetzung der bisherigen akkomodierenden Politik, die sie als Ursache ihrer Wettbewerbsschwächen ansahen. Demgegenüber versprach eine Politik „gegen" den Staat eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen auf dessen Kosten und gleichzeitig die Freiheit, Maßnahmen zur Schwächung der Gewerkschaften zu ergreifen. Heute sind die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen so schwach, daß sie wohl kaum eine größere Rolle bei industriepolitischen Maßnahmen einnehmen können. Auch wird es immer offensichtlicher, daß die Gewerkschaften nicht mehr für die Wettbewerbsprobleme der US-Industrie verantwortlich gemacht werden können. In den High-Tech-Industrien haben die Gewerkschaften nie einen Fuß in die Tür bekommen. Für die alten Industrien haben Studien wie die des Massachusetts Institute for Technology („Die zweite industrielle Revolution") gezeigt, daß „schlanke Produktion" wesentlich mehr erfordert als nur die Abschaffung von Schutzrechten der Belegschaften im Betrieb. Die im Umfeld des Clinton-Wahlkampfes gehandelten industriepolitischen Konzepte sehen dementsprechend auch keine explizite Beteiligung der Gewerkschaften vor. Vielmehr zielen die Vorstellungen der Clinton-BeraterInnen auf eine enge Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat. Eine Re-Industrialisierung, d.h. der Erhalt bestehender Industriestrukturen, wird allerdings strikt abgelehnt. Auch soll der Staat keine sogenannten Zukunftsindustrien auswählen und bevorzugt fördern. Vielmehr soll der Staat die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts USA durch Infrastrukturmaßnahmen und eine allgemeine Förderung der zivilen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten sowie der Qualifikation der Arbeitskräfte stärken.

Grenzen der Industriepolitik

Die BefürworterInnen einer expliziten Industriepolitik haben zudem einen starken institutionellen Partner, das Pentagon. Das Militär ist zutiefst besorgt, daß sie aufgrund der Budgetkürzungen im Zuge des Endes des Kalten Krieges die heimische Industrie- und High-Tech-Basis nicht mehr in ausreichendem Maße unterstützen können und deshalb die Abhängigkeit von ausländischen Technologien im Rüstungssektor steigt. Das Pentagon heißt deshalb jede Initiative zur Stärkung der forschungs- und fertigungstechnischen Kompetenz der US-Industrie-

willkommen. Trotz dieser zunehmenden Unterstützung für explizite industriepolitische Maßnahmen, bestehen doch einige Gründe, skeptisch zu sein, ob diese auch umgesetzt werden können und die gewünschten Resultate erzielen. Erstens muß eine staatlich gesteuerte Wettbewerbsstrategie (auch in der Form einer Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat) gegen die tiefsitzende Abneigung der amerikanischen Manager gegenüber staatlichen Interventionen antreten. Selbst die Firmen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten staatlicher Unterstützung gegenüber aufgeschlossen sind, werden wahrscheinlich zu den staatlichen Akteuren der Industriepolitik ein gespanntes Verhältnis entwickeln. Wichtiger jedoch ist zweitens, daß die institutionellen Voraussetzungen für eine zivile Industriepolitik fehlen, nämlich zentralisierte sowie starke Unternehmensverbände und ein „starker" Staat. Die Wirtschaft ist entlang vieler Axen gespalten, die Verbände können ihre Mitglieder nicht auf ein gemeinsames Vorgehen fest verpflichten, und der Staat ist ausgesprochen fragmentiert, so daß ihm die Kapazitäten für eine kohärente Politik fehlen. Drittens entwickelt sich der technische Fortschritt in einigen Branchen derartig schnell (z.B. in der Halbleiterproduktion), daß viele Firmen befürchten, sie könnten durch eine rein nationale Technologiestrategie den Zugang zu internationalen Entwicklungen aufs Spiel setzen. Das Beispiel SEMATECH, dem vom Pentagon unterstützten *Semiconductor Manufacturing Technology Center,* veranschaulicht die Grenzen einer nationalen Technologiestrategie. Vorgesehen zur Stärkung der fertigungstechnischen Fähigkeiten der US-Halbleiterhersteller wurde SEMATECH einerseits von einigen kleineren Herstellern als eine Subventionsmaßnahme für die großen Herstellerfirmen kritisiert. Andererseits haben gerade diese großen Unternehmen, wie Motorola, Texas Instruments und Intel mit japanischen Unternehmen Kooperationsabkommen für die Entwicklung neuer Chipgenerationen abgeschlossen und somit die ursprüngliche Zielsetzung von SEMATECH untergraben. In diesen Kontext paßt, daß der prominenteste Vertreter industriepolitischer Konzepte im Umfeld von Clinton, der zukünftige Arbeitsminister Robert Reich, eine nach nationaler Zugehörigkeit diskriminierende Industriepolitik explizit ablehnt.

Kein signifikanter Kurswechsel

Viertens ist der Gestaltungsspielraum durch die gestiegene Staatsverschuldung kleiner geworden. Besonders teure Infrastrukturmaßnahmen werden kaum finanziert werden können. Schließlich, selbst wenn Clinton es schafft, gehaltvolle industriepolitische Maßnahmen durchzusetzen, können deren Früchte nicht kurzfristig geerntet werden.

Wahrscheinlich wird sich Clinton erst garnicht um die Umsetzung der im Wahlkampf gehandelten industriepolitischen Vorstellungen bemühen. Diesen Schluß legt zumindest seine Kabinettsbesetzung nahe. Für die Spitzen der zentralen wirtschaftspolitischen Ressorts, Finanzen, Haushaltsplanung und Handel hat Clinton Personen vorgeschlagen, die entweder sehr internationalistisch orientiert sind (wie beispielsweise Lloyd Bentsen, Roger Altman, Ron Brown, Mickey Kantor) oder dem Abbau des Haushaltsdefizites verschrieben sind (Leon Panetta und Alice Rivlin). BefürworterInnen industriepolitischer Konzepte wurden nur für beratende Funktionen vorgeschlagen (Laura Tyson als Vorsitzende des *Council of Economic Advisors* und Robert Rubin als *Economic Security Advisor,* dem Vorsitzenden eines international tätigen Wertpapierhandelshauses). Robert Reich wurde nur mit dem Arbeitsministerium betraut. Letzterer rückte zudem bereits öffentlich von seiner Idee, die Unternehmen zur Ausbildung der Arbeitskräfte zu verpflichten, ab. Jetzt sollen die Firmen nurmehr zu Qualifikationsleistungen ermuntert werden.

Unter dem Strich wird somit die Clinton-Administration ihre Wirtschaftspolitik weiterhin an den Bedürfnissen des liberalen Weltmarkts ausrichten, wobei letzterer selbst gegenüber den USA immer mehr zum „Sachzwang" wird. Für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ist mithin kein signifikanter Kurswechsel zu erwarten, zumal die USA in den ersten 10 Monaten des Jahres 1992 mit der EG einen Handelsüberschuß von über 7 Milliarden Dollar erwirtschaftet haben. Inwieweit es Clinton jedoch gelingen wird, die aktive oder auch nur die passive Zustimmung seines Wahlvolkes zu einer weiteren Internationalisierung der US-Ökonomie zu erhalten, bleibt in den nächsten Jahren zu beobachten. ■

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

24

Demokratie radikal

Dritte Welt und Selbstbestimmung; Gewerkschaftspolitik, Wirtschaftsdemokratie, Managementstrategien; Zivilgesellschaft / Bürgergesellschaft; ökologische Demokratie, linke Hegemonie; Parlamentarismus, Machtfilz, BürgerInnenkompetenz und Krise der Opposition; AusländerInnenstimmrecht

S. Amin, H. Schäppi, W. Schöni, K. Dörre, J. Hirsch, H. Kleger, A. Demirovic, G. Schiesser, H. Braunschweig, H. Kriesi, M. Spescha, R. Epple-Gass, M. Roselli

Diskussion

Deutschland nach 1989: D. Claussen
Multikulturelle Gesellschaft? N. Räthzel
EWR und Frauenpolitik: M. Madörin
Armutsforschung: G. Husi / M. Meier

Marginalien / Kritik / Rezensionen

12. Jg./Heft 24 – Dezember 1992 Fr. 15.–

WOLFGANG FACH / ANNETTE RINGWALD

Postmoderne Stammesfehden

Wer von der Renaissance von Nationalitätkonflikten oder von ethnischen Konflikten spricht, der denkt dabei meist an das Gebiet der ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas. Das darunter liegende Phänomen, die Zunahme von Deutungsmustern und von Verhaltensweisen, die Interessen nach Maßgabe ethnischer Zugehörigkeit interpretieren, läßt sich aber darauf keinesfalls beschränken. Auch der ehemalige moderne Vorzeigestaat in Sachen ethnischer Integration, der ,,Schmelztiegel" USA, blieb davon nicht unberührt. Selbst neuere politische Theorien wie der ,,Kommunitarismus", die das Scheitern der Utopien der Moderne zu reflektieren beanspruchen, sind davon geprägt, der ethnischen Segregation das Wort zu reden und dadurch die sich in diesen Trennungen verbergenden Ungleichheiten zu rechtfertigen.

Das Wort vom neuen ,,Tribalismus" ist in die Welt gesetzt worden und wird aus ihr nicht mehr so schnell verschwinden, weil sein Gegenstand eine lange Karriere eben erst begonnen hat. Der Zerfall des bürokratischen Kommunismus demonstriert, daß *dieses* Großreich jedenfalls keine Mittel gefunden hat, kleine ,,Stämme" samt ihren bornierten Mentalitäten abzuschleifen. Ob die balkanische Seuche auf andere Gegenden ,,abfärbt", steht dahin; viele befürchten es: ,,Der Virus des Tribalismus", lamentiert der *Economist*, ,,ist drauf und dran, die AIDS-Krankheit der internationalen Politik zu werden."

Die Reihe freigesetzter Völker ist endlos und hinterläßt bei den ,,modernen" Nationen ungläubiges Staunen, weil sie glauben durften, mit ,,urigen" Gewalten nicht mehr rechnen zu müssen: ob östliche Gleichschaltung oder westliche Aufklärung — am Ende würden in beiden Welten *moderne Verhältnisse* herrschen, so daß auf lange Sicht eine Konvergenz zu ,,unseren" Bedingungen unvermeidlich wäre. Es schien die Gleichung zu gelten: Säkularisierung + ,,Elektrifizierung" = Demokratie.

Diese Gleichung ist im Osten nicht aufgegangen; *so* jedenfalls hat die nachholende Zivilisierung nicht funktioniert. Besonders den linken ,,Geist" trifft der nationalistische Furor völlig unvorbereitet, wie eine ,,Rückkehr der Dämonen" (Herfried Münkler). Was bleibt ihm, wenn er mit dem unverhofften Phänomen leben muß, anderes übrig als demütig Buße zu tun und Renegaten auszusondern? Propheten mit Zwischenlösungen im Gepäck sind jedenfalls rar, ,,Wegzehrung" *(Frankfurter Rundschau)* ist knapp. Als einziger Hoffnungsschimmer gilt derzeit ein ,,kommunitaristisch" aufgeladenes Fortschrittsmodell, das über abstrakte Modernitätsideale nicht vergißt, daß es archaische Heimatgefühle gibt, tiefsitzende Gemeinschaftstriebe, vor denen ,,progressive" Politikmuster kläglich versagen.

Den möglichen Mittel-Weg hat, wortführend auch hierzulande, Michael Walzer gewiesen.

Walzer steht am vorläufigen Ende einer langen Reihe von Experten, die toleranzbedürftigen Gesellschaften den amerikanischen ,,Schmelztiegel" als Modell angepriesen haben.

,,Trendsetter" war J. Hector St. John de Crèvecoeur, der Mitte des 18. Jahrhunderts sein Herz für Amerika entdeckte und seine französischen Ländereien aufgab, um im gelobten Land einfacher Farmer zu werden. Einige Zeit später beglückte er den alten Kontinent mit euphorischen Schilderungen des *american way of life*. Darin wird ,,dem Amerikaner" — bis heute vorbildlich — nachgesagt, er habe ,,all seine alten Vorurteile und Verhaltensweisen hinter sich gelassen und aus der neuen Lebensform, die er angenommen hat, von der neuen Regierung, der er gehorcht, und von dem neuen Stand, den er bekleidet", neue Perspektiven geschöpft. In Amerika, so diese frühe Hymne weiter, ,,sind die Einzelwesen aller Nationen verschmolzen zu einem neuen Menschenschlag" — der ,,Amerikaner ist ein neuer Mensch, der nach neuen Grundsätzen handelt."

Die Idylle des ,,Schmelztiegels"

Wenn *alle* Züge ununterscheidbar ineinander verschmelzen — kommt dann nicht ein völlig beliebiger Charakter heraus? ,,Der Amerikaner", den wir als Exempel nehmen sollen, wäre mithin eine Promenadenmischung, von dunkler Herkunft und unklarer ,,Chemie"? In diesem Falle müßte die planvolle Imitation aber scheitern — das Vorbild behielte sein Geheimnis für sich.

Was Crèvecoeurs späte Bewunderer über ihre Schmelztiegel-Begeisterung einfach vergessen, ist, daß der Prophet den chemischen Prozeß für kontrollierbar hält und ums angemessene Resultat keineswegs bange ist. Denn *ein* Menschenschlag hat, anstatt im Schmelztiegel einzutauchen, sich systematisch separiert und zum idealen Fall verklärt: die WASP-Sippe (,,white, anglo-saxon, protestant").

Die allseitige *Mixtur* wird so zur einseitigen Assimilation: ,,Die östlichen Provinzen" — das puritanische Stammland — ,,müssen in der Tat ausgenommen werden, da dort ausschließlich Abkömmlinge von Engländern leben. Ich habe viele sagen hören, sie wünschten, daß auch sie sich mehr vermischt hätten. Ich für meinen Teil wünsche dies nicht und denke, es ist viel besser so, wie es geschehen ist. Sie stellen eine höchst bemerkenswerte Erscheinung in diesem großen und buntfarbigen Bild dar". Er achte die neu-englischen Bürger, fährt der

Kamerun

Edelmann fort, ,,für das, was sie getan haben: für die Sorgfalt und Weisheit, mit welcher sie ihr Land besiedelt haben; für ihr bescheidenes Auftreten; für ihre frühzeitige Liebe zu den Wissenschaften; für ihr altes College, das erste in dieser Hemisphäre; für ihren Fleiß welcher für mich, der ich nur ein Farmer bin, der Maßstab von allem ist.“ Das Ergebnis der Verschmelzung steht also schon fest, bevor ihre Arbeit überhaupt begonnen hat. Die ,,amerikanischen“ Eigenschaften des hegemonialen ,,Stammes“ geben den Richtwert vor, dem sich alle anderen Stämme anzunähern haben: Sorgfalt, Methodik, Bescheidenheit, Fleiß — und (auch für Crèvecoeur) nicht zu vergessen, den gerechten Lohn für all das.

So inthronisiert sich jener endgültige Tribalismus, dessen ,,moderne“ Grundwerte wie ein schleichendes Gift traditionelle Kulturen zersetzen soll. Was bleibt übrig vom Ideal ethnischer Geschlossenheit und organischer Verdichtung, wenn Menschen allmählich in die Rollen des zivilisierten Lebens schlüpfen: einen speziellen Beruf erlernen, eine individuelle Bildung genießen, ein maßgeschneidertes Auto fahren, einen besonderen Urlaub planen, eine persönliche Meinung haben usw.? Das Leben wird *komplex*, die Lage *differenziert* und der Ton (daher) *moderat* — was, neu addiert, eine andere Gleichung ergibt: Pluralisierung + Kommerzialisierung = Demokratie.

Walzers Traum

Auch diese Gleichung ist nicht aufgegangen; das pfeifen die Spatzen von den Dächern, seit langem. Und wer sie nicht hören wollte, wurde durch den schwarzen Aufstand in Los Angeles aus dem liberalen Schlaf gerissen: ,,Ein Weckruf für den Rest Amerikas“ *(Newsweek)*. Ein Markt für Revisionen entstand — und Michael Walzers ,,kommunitaristisches“ Demokratie-Ideal begann seine amerikanische Karriere.

Von Crèvecoeurs Vorstellung einer vollkommenen Verschmelzung und radikalen Neugeburt unterscheidet sich Walzers amerikanischer Traum dadurch, daß seine zivilisierten Figuren ihre ethnischen Wurzeln nicht völlig kappen, sondern nur weit genug abschleifen sollen, um die alte kulturelle Identität mit dem neuen multikulturellen Leben vereinbar zu machen. Heraus kommt eine typische ,,Bindestrich“-Existenz: der Anglo-, Afro-, Italo- etc. Amerikaner, dem es offenstehen soll, ,,ob er sein geistiges Leben *auf der einen oder anderen Seite des Bindestrichs führen will*“. Gemeinschaft und Gesellschaft, Stamm und Staat vertragen, ja stützen sich wechselseitig — Integration kommt als ,,synergetischer“ Effekt zustande.

Was so einfach klingt und so ,,progressiv“ tönt, hat tatsächlich einen Haken. Das amerikanische Problem liegt ja gerade darin, daß der Bindestrich Existenzen verknüpft, die nur ausnahmsweise ,,leicht beieinander wohnen“. Wer weiß ist, angelsächsische Vorfahren besitzt und an den protestantischen Gott glaubt, hat natürlich keine Schwierigkeiten mit seinem Doppel-Leben, ,,adaptiert“ er sich doch an die eigene Kultur. Alle anderen haben es schwerer; viele, besonders schwarze Menschen bringen ihre beiden Innenansichten auf keinen gemeinsamen Nenner — sie enden als komplette Versager, *vor und hinter dem Bindestrich*. Mörder-, Dealer-, Bettler-, Strich-Existenzen fallen aus allen Kulturen heraus.

Anders gesagt: Walzers Revision reflektiert das Wissen davon, daß Crèvecoeurs Zivilisationskalkül nicht aufgegangen ist; und Walzers Irrtum liegt darin, daß er sich eine ,,halbe“ Verschmelzung als gleichgewichtigen Zustand vorstellt.

In Amerika haben enttäuschte Hoffnungen immer wieder schöne Träume ganz einfach fortgeschrieben und so einen Schmelztiegel der *Illusionen* geschaffen. Doch seit neuestem werden andere Stimmen laut — viele Menschen haben offenbar vergessen, daß sie ,,verschmolzen“ worden sind oder werden wollen. ,,Die Befreiung von der Herkunft“, klagt Arthur Schlesinger, ,,ist der Suche nach den Wurzeln gewichen. Die 'alten Vorurteile und Gewohnheiten', von Crèvecoeur schon totgesagt, feiern ein erstaunliches Comeback“. Ein ,,Kult der Ethnizität“ mache sich breit, ,,der die Idee des Schmelztiegels denunziert, die Vorstellung des 'einen Volkes' angreift, sowie separate ethnische und rassische Gemeinschaften schützt, fördert und verewigt.“

Was passiert ist, hat sich mittlerweile auch hierzulande herumgesprochen. In unterschiedlichen Kreisen, vor allem aber innerhalb des — strategisch zentralen — Erziehungssystems gewinnt ein nachliberaler, *postmoderner Tribalismus* an Boden: er will den amerikanischen Traum der ,,transformativen Nation“ (Schlesinger) nicht weiter verwirklichen, sondern endgültig verabschieden, als ein auslaufendes Modell, das nie funktioniert hat wie versprochen. Sein Schlachtruf heißt ,,political correctness“. Minderheiten insistieren darauf, daß reine Wahrheiten weiße Artefakte, ihre hehren Verkünder latente Rassisten seien. Die Sache gilt ihnen als hoffnungslos, weshalb sie statt Reformen den Exodus anvisieren: ,,Ihrer Philosophie zufolge ist Amerika keine Nation von Individuen, sondern von Gruppen; wird das Leben der meisten Amerikaner durch den ethnischen Faktor geprägt; sind ethnische Bindungen dauerhaft und unzerstörbar; baut sich Amerikas Sozialstruktur nach ethnischen Gemeinschaften auf“ (Schlesinger). Den ,,Widerspruch“ (im vereinten System) ersetzt die ,,Abwanderung“ (in ein gesondertes).

Angesichts dieses (hauptsächlich) *schwarzen Kommunitarismus*, der besondere Wahrheiten reklamiert, eigene Erziehungsziele entwickelt, getrennte Schulen fordert, korrekte Lehrinhalte verlangt und all das nur gewährleistet sieht, wenn Schwarze unter Schwarzen bleiben, fragt ein altmodisch ,,moderner“ Reformismus besorgt: ,,Wird das Zentrum wohl halten?“ (Schlesinger).

Der Status quo als Argument

Doch es gibt auch den *weißen Kommunitarismus*, dem die Attraktivität des Zentrums gleichgültiger ist, weil er, konsequent ,,postmodern“, sein Leben für kontingent hält, zivilisierter zwar als das anderer Stämme, doch nicht höherwertig, daher auch kein Fluchtpunkt, auf den sich alles zwangsläufig zubewegen müßte. ,,Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“, ein humanistisches Gebot früherer Tage, wird so zum imperialistischen Vehikel gestempelt.

Wer gehen will, wird nicht mehr gehalten. Der schwarzen ,,Klientel“ käme so ihre moralische Hebelkraft abhanden — sie müßte damit leben, in eine *besondere* Freiheit entlassen zu werden, die für viele statt des authentischen Lebens nichts als getrenntes Elend brächte — wie gehabt. Für das, was allgemein droht, liefert wieder das Erzie-

hungssystem frühe Indikatoren: hier verrottete, ,,wertlose" Ghetto-Anstalten, darauf programmiert, gescheiterte Existenzen auszubilden; dort wohlgeordnete Mittelstands-Schulen, bezahlt aus ,,weißen" Töpfen, beschickt von verantwortlichen Eltern, belegt mit anständigen Kindern. Wo sich diese Schere öffnet, bestimmt notorisch die Straße Wert und Wissen des *,,anderen" Menschen* — der, ,,politisch korrekt" behandelt, jenes Leben führt, das Thomas Hobbes dem *Untermenschen* zugeschrieben hat: eine Wolfsexistenz, ,,einsam, arm, häßlich, roh und kurz".

Neu daran ist nicht, daß Amerika (auch pädagogisch) in ,,zwei Nationen" — ohne Bindestrich — zerfällt; schon heute besuchen zwei Drittel aller schwarzen Kinder immer noch rein schwarze Schulen (Andrew Hacker). Doch während diese Spaltung bislang als Skandal eingestuft wurde und daher Objekt von mehr oder minder ernsten Reformprojekten war (wie dem ,,Krieg gegen die Armut"), wächst jetzt *beiderseits* das Lager derer, die sich damit abfinden, daß ,,nichts mehr geht" — weshalb sie ihre gemeinsame Grenze in radikaler Wendung *positiv besetzen:* Chance zur ,,schwarzen" Identitätsbildung hier, dort Beweis für ,,weiße" Weltoffenheit.

Tatsächlich geht es wohl um ein gemeinsames Drittes. Von entgegengesetzten Enden wird das ideologische Arrangement mit der *unverbesserlichen Gesellschaft* geprobt: ,,Ist es wirklich so weit hergeholt", fragt die *New York Times,* ,,wenn man daran denkt, daß Multikulturalismus oder rassischer Separatismus oder ethnische Vielfalt ohne Einheit zu jener Sorte von Spaltungen führen können, die Yugoslawien auseinander- und Bosnien in die Luft gesprengt haben?"

So verkehrt sich unversehens das Bild: ,,Der zerrissene Balkan erteilt dem 'glücklichen Amerika' eine Lektion". Was aber auch nicht ganz stimmt, denn Amerika ist eben deshalb ,,glücklich", weil der Kampf um die Suprematie schon zu Crèvecoeurs Zeiten entschieden wurde. An diesem Glück wird auch Clinton nichts ändern. ■

Literatur: J. Hector, St. John de Crèvecoeur, Letters from an American Farmer, New York 1986; Arthur M. Schlesinger, The Disuniting of America, New York 1992; Michael Walzer, Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin 1992; Andrew Hacker, Two Nations, New York 1992.

Hegemonie und Staat

Seit 1988 („Der gewendete Kapitalismus") bemüht sich der Münsteraner Verlag Westfälisches Dampfboot kontinuierlich um eine Verbreitung und Diskussion der von Frankreich ausgehenden Regulationstheorie hierzulande. Die Regulationstheorie bemüht sich um die klassische Marxsche Frage nach der Einheit und Reproduktionsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise." Der Kapitalismus funktioniert nicht immer auf die gleiche Weise, es gibt mehrere Lösungen, mehrere Formen möglicher Erneuerungen innerhalb der großen Krisen, und die Entscheidung hängt stark von den Formen institutionalisierter Kompromisse ab" (Lipietz, S. 28).

Die Frankfurter Wissenschaftler Demirovic, Krebs und Sablowski haben einen Sammelband vorgelegt, der unter Rückgriff auf Gramscis Hegemoniekonzept die „staatstheoretische Lücke der Regulationstheorie" (S. 5) auffüllen will. Einigen Beiträgen, vor allem denen von Joachim Hirsch, der eine „theoretische Reformulierung des gesamten Ansatzes" (S. 203) für nötig hält, und Bob Jessop, der den „Postfordismus" als Übergang zum „Schumpeterschen Leistungsstaat" bei gleichzeitiger „Aushöhlung des Nationalstaats" analysiert, ist dieses Bemühen durchaus anzumerken. Der Schumpetersche Leistungsstaat überwindet die Schwächen seines allzu rigiden fordistisch-keynesianischen Vorgängers, um einen flexiblen, ständig innovativen Akkumulationsmodus institutionell ausstatten zu können. Auch Alain Lipietz, einer der führenden Vertreter des Regulationsansatzes, bemüht sich um eine „neogramscianische" Neudefinition des Staates als „dominante institutionelle Form der Hegemonie" (S. 182). Sein Einführungsbeitrag zu den ideengeschichtlichen Grundlagen der Regulationstheorie, die Auseinandersetzung mit dem Althusserismus, gehört zu den unbedingt lesenswerten Beiträgen des Bandes.

Insgesamt wirken die Beiträge allerdings etwas zufällig zusammengewürfelt, ohne inneren Zusammenhang, was nicht nur der Heterogenität der Regulationstheoretiker zugeschrieben werden kann. Robert Boyer und Robert Delorme vom Pariser CEPREMAP-Institut, der Kerninstitution der Regulationstheorie, stellen neuere Untersuchungen zu Managementpraktiken und Staatsinterventionismus im Ländervergleich vor. Deutlich wird an diesen Beiträgen, daß die Mehrheit der Regulationstheoretiker keineswegs der marxistischen Gesellschaftstheorie verpflichtet ist, wie dies in der deutschen Rezeption manchmal erscheinen mag. Die Beiträge von Roger Keil und Susan Ruddick fordern einen Perspektivenwechsel der Regulationstheorie zu den handelnden Subjekten, von der fordistischen Hegemonie des weißen Mittelklassemannes (S. 294) zu „lebendigen und atmenden Handelnden" (S. 302). Das Bedürfnis nach Re-Chaotisierung des fordistisch erzeugten Subjekts (S. 274) zeugt von wachsender Identitäts- und Rollenvielfalt, der Dekomposition des modernen Subjekts.

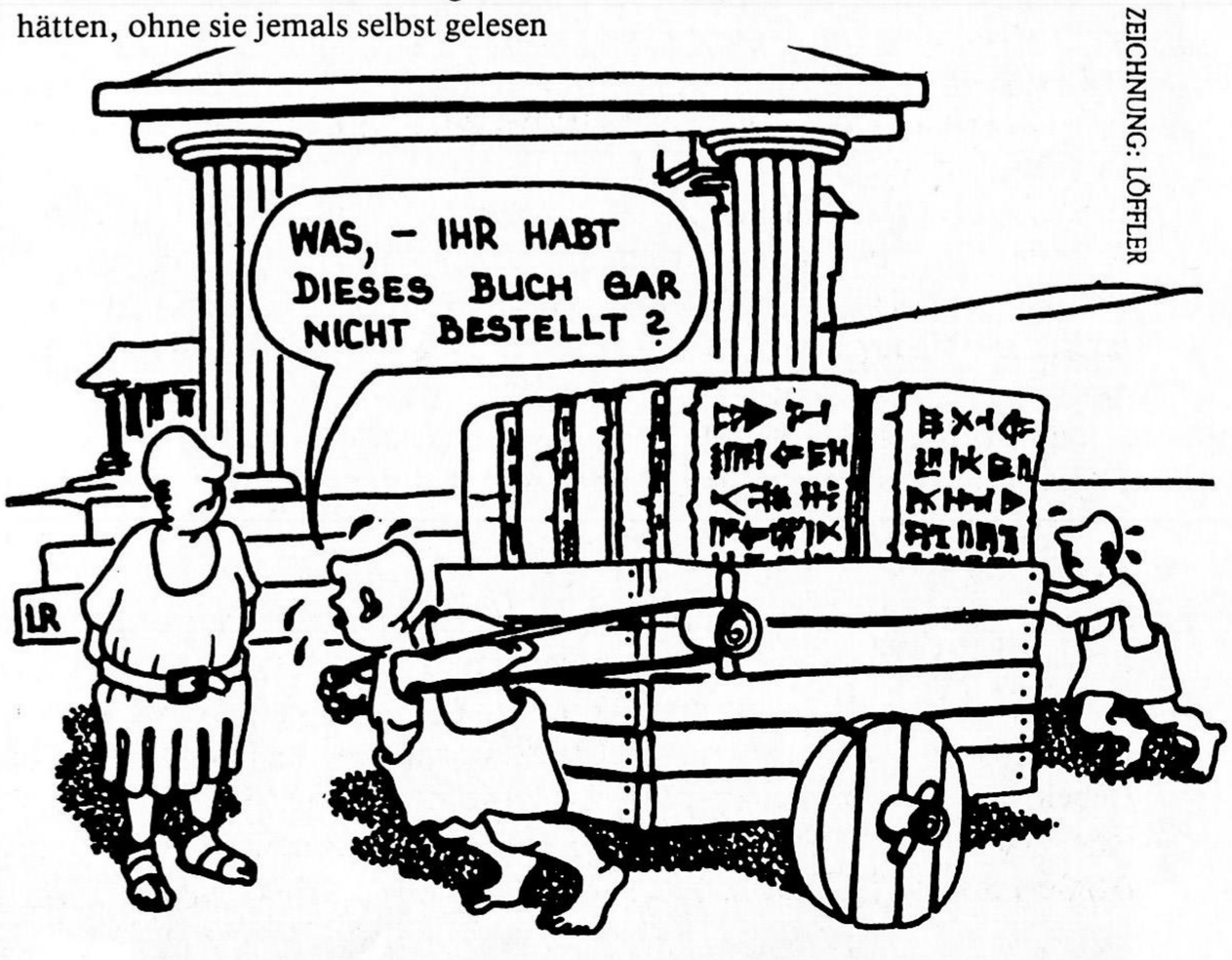
Auch der Beitrag von Alex Demirovic wirkt weniger wie eine staatstheoretische Weiterentwicklung, sondern wie eine Instrumentalisierung der Regulationstheorie als Anknüpfungspunkt für seine spezifische Gramsci-Rezeption." Das Geheimnis, das die Regulationisten ständig lüften wollen: was nämlich die antagonistische Gesellschaft zusammenhält, ist keines." Bei ihm löst sich alles in ein Problem der Hegemonie auf und kollektive Lebensweisen sind besondere „Praxis-Wissens-Komplexe" (S. 153). Ein Grundcharakteristikum der Regulationstheoretiker zeigt sich aber auch an dieser Stelle: der schwierige, andauernde Kampf gegen den versteckten Funktionalismus. Dieses Problem rührt nicht nur aus der Herkunft, dem französischen Strukturalismus, sondern hat eine quasi objektive Seite in Form des Darstellungsproblems. Historische Fundsachen hin, totale Kontingenz her, gesellschaftliche Prozesse als sich gegenseitig beeinflussende Zusammenhänge zu analysieren, erfordert die Identifizierung von Entsprechungs- und Widerspruchsverhältnissen. Deren Darstellung als gesellschaftsstrukturierende Tendenzen erzeugen beinahe notwendig einen funktionalistischen Schein.

Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski haben sich mit ihrer Rekonstruktion der „Geschichte des Marxismus als Kritik des Ökonomismus" (S. 105) sichtlich übernommen. So zeugt ihre Kritik der Ideologiekritik eher von deren Unkenntnis, so als ob sie Lukacs, Adorno und Sartre allein durch Perry Anderson und Althusser kennengelernt hätten, ohne sie jemals selbst gelesen zu haben. Wie sonst sollte ein prekäres „Privileg des Zugangs zur 'Objektivität'" (S. 116) angeblich von der Ideologiekritik behauptet werden, um dann Gramsci als großes Gegenprojekt aufzubauen. Die genuine Ideologiekritik der Marxschen Wertformanalyse, d.h. der Ökonomiekritik, verschwindet wie so vieles im allzu überschwenglichen Ritt durch nur sehr vorläufig Verstandenes.

Insgesamt hält der Leser ein Nachschlagewerk zu vielen Aspekten der Regulationstheorie in der Hand, deren Beiträge nicht immer deren Fortentwicklung, sondern manchmal eher deren Auflösung nahezulegen scheinen. Der Band belebt dadurch eine Diskussion mit durchaus offenem Ausgang.

HOLM-DETLEV KÖHLER

Alex Demirovic, Hans-Peter Krebs, Thomas Sablowski (Hrsg.)
,,Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß"
Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 1992



ZEICHNUNG: LÖFFLER

LUKA RADENSKI

Ein Serbe in Mainz

Als „Serbe“ war der Redner des Abends angekündigt worden, aber so sah er nicht aus, der junge Mann, der am 4.11.92 in der Mainzer ESG versuchte, seinen deutschen Zuhörern etwas von der Wirklichkeit des Krieges in Ex-Jugoslawien näherzubringen. So einen „Serben“ wird man in der Tat vergeblich im deutschen Fernsehen suchen und über die Arbeit des Antikriegszentrums in Belgrad („Centar za Anti-Ratne Akcije“) hört und liest man erst recht nichts.

Woran dies denn liege, wollte schon recht bald ein engagierter Zuhörer wissen. Man habe doch schließlich Pressefreiheit in Deutschland und er könne sich beim besten Willen nicht vorstellen, wieso deutsche Journalisten nichts schrieben von Friedensdemonstrationen, Trauermärschen, Mahnwachen, Anti-Kriegsfestivals, Unterschriftenaktionen und vielen anderen Aktionen an denen sich in Belgrad in den letzten zwei Jahren immer wieder bis zu 100000 Menschen beteiligt hatten, um gegen den Krieg, den ihre Regierung führt bzw. unterstützt, zu protestieren.

Er wisse nicht, warum deutsche Medien solche Informationen totschwiegen, erwiederte der Deserteur, der sich von September 1990 bis August 1991 als Wehrpflichtiger in der damaligen jugoslawischen Volksarmee befand und der dann, als der Krieg auch in seiner Heimatstadt Vukovar (wo er auch stationiert war) begann, desertierte und sich mehrere Monate an verschiedenen Orten versteckt hielt.

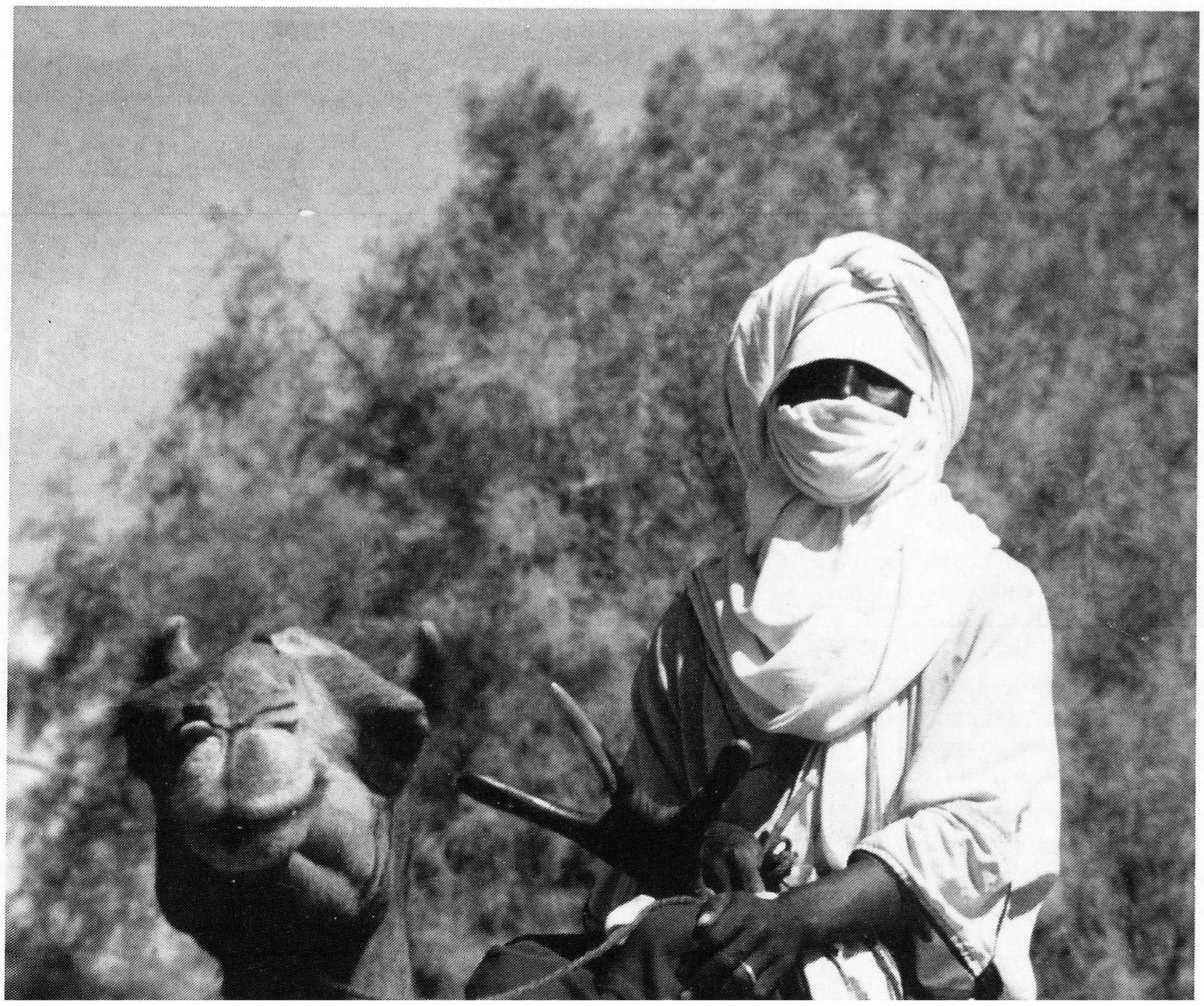
Daraufhin fragte der Übersetzer die übrigen Zuhörer, ob nicht jemand anders im Saal vielleicht eine Idee hätte, wie man sich solch unkorrektes Verhalten in den deutschen Medien erklären könnte. Auf so etwas schien niemand gefaßt zu sein und es war ja auch nicht gesagt, daß der „Serbe“ da vorne wirklich die Wahrheit sagte. Wie die Serben es mit der Wahrheit hielten, sähe man ja am besten seit Monaten in Genf, wo sie mal dieses mal jenes sagten, aber sich an nichts hielten, tuschelte jemand in der ersten Reihe, was den Nebenmann zu der ebenfalls getuschelten Antwort verleitete, man dürfe doch nicht verallgemeinern.

Dann ging es laut weiter und schließlich wurde es peinlich „deutsch“. Als ein Anderer erhitzt die Frage vortrug, wie lange sich denn „ diese Serben, Kroaten und Moslems in Bosnien noch gegenseitig totschießen“ wollten. Ob nicht langsam genug sei? Oder wollten „die einen die anderen vertreiben oder gar 'ausrotten'“? Stevan Curcija, der Deserteur aus Vukovar, der zur Zeit in Belgrad lebt, mußte sich diese Frage zweimal übersetzen lassen und fragte dann leise „Meint der das ernst?“. Der Übersetzer nickte und Curcija sagte resigniert, auch das wisse er nicht, aber er befürchte, daß sofern die alte Garnitur der nationalistischen Politiker im Amt bleibe, es wenig Chancen für einen baldigen Frieden gäbe.

Der naiv-aggressive Unterton dieser Frage ließ dem Übersetzer abermals keine Ruhe. Diese Frage sei doch von der Art, polterte er wütend, als ob man die Zuhörer im Raum fragte, wann denn endlich in Deutschland der Terror gegen Einwanderer und Flüchtlinge aufhöre.

Die Antwort, die er prompt vernahm, verschlug ihm offensichtlich die Sprache. Die Anschläge würden dann aufhören, wenn nicht mehr so viele „Ausländer“ nach Deutschland kämen, erwiderte eine schlecht gekleidete Dame mittleren Alters. Die Art wie sie es sagte, ließ keinen Zweifel über ihre Ansichten zum hiesigen „Ausländerproblem“ und seinen verderblichen Einfluß auf die deutsche Jugend. Ihr widersprach an diesem Abend niemand und niemand fragte wie sie es denn gemeint habe, es ging schließlich um Bosnien und „die Serben“ dort. Hierbei gaben zwei bis drei der Anwesenden zu erkennen, das Problem durchschaut zu haben und versuchten Curcija noch einige gute Tips auf die lange und umwegige Reise nach „Serbien“ mitzugeben.

Der „Serbe“ fühlte sich im übrigen nicht als solcher. Als „Jugoslawe“ war er in Vukovar aufgewachsen in einer Zeit, die ihm jetzt, wie er nach der Veranstaltung sagte, unendlich fern vorkommt. Und als sie um Vukovar zu kämpfen begannen, wollte er weder auf seine Freunde, die sich jetzt als „Serben“ oder „Kroaten“ fühlten, schießen, noch an der Zerstörung seiner Stadt teilhaben und verschwand. Er wurde zum Verräter für alle Seiten. Wie es einem damit geht und wie man so etwas, mit knapp 21 Jahren, in einer nationalistisch aufgeputschten Umgebung trägt, danach fragte ihn an diesem Abend in Mainz niemand. Es bleibt zu hoffen, daß Stevan Curcija, der Friedensaktivist vom Anti-Kriegszentrum in Belgrad, auf seiner Tour durch deutsche Städte auch auf andere Stimmungen getroffen ist.



Niger, Targi-Mann

IVAN KUVACIC

Nachruf auf Rudi Supek

Als Mitarbeiter der Redaktion Ende letzten Jahres nach Zagreb reisten, um sich dort über die Situation in Kroatien zu informieren, gehörte für sie ein Abend bei Rudi Supek zu den beeindruckendsten Erlebnisse dieser Reise. Beeindruckend war die Klarheit und Sicherheit, mit der der fast achtzigjährige Rudi Supek zu den gegenwärtigen Regierungen in Kroatien und den anderen neuen Staaten des Balkans, sowie zur Entwicklung der Konflikte in Ex-Jugoslawien Stellung nahm. Beeindruckend war auch, wie sich in der Person von Rudi Supek die Geschichte des 20sten Jahrhunderts verdichtete vom Kampf gegen Faschismus und Krieg bis zum oppositionellen Denken im Jugoslawien Titos und im Kroatien Tudmans.

Aus Anlaß seines unerwarteten Todes am 2. Januar 1993 dokumentieren wir den leicht veränderten Nachruf auf Rudi Supek, den sein Freund und Kollege, Professor Ivan Kuvacic, am 4.1.93 in der kroatischen Tageszeitung „Slobodna Dalmacija" veröffentlicht hatte.

Unerwartet starb am Samstag, den 2. Januar, Rudi Supek in seinem achtzigsten Lebensjahr.

In Zagreb hatte er das Studium der Philosophie, an der Sorbonne das der Psychologie absolviert.

Bis zu seiner Emeritierung vor zehn Jahren war er als Professor für Soziologie an der Philosophischen Fakultät in Zagreb tätig. Neben seiner Vorlesungstätigkeit, bei der Prof. Supek einer der beliebtesten Dozenten der Nachkriegszeit war, beteiligte er sich federführend an vielen wichtigen Projekten und Initiativen. Er war einer der Gründer und der verantwortliche Redakteur der „Pogledi" (Ansichten), einer Theoriezeitschrift für Natur- und Gesellschaftswissenschaften und der Begründer der soziologischen Abteilung an der Philosophischen Fakultät in Zagreb. Außerdem rief Professor Supek die Zagreber Zeitschrift „Revue der Soziologie" ins Leben und war der Vorsitzende des Redaktionsrates. Gleiches gilt für die Philosophische Zeitschrift „Praxis", an deren Entstehung und Entfaltung er maßgeblich beteiligt war. Nicht zuletzt war er der Vorsitzende der Forschungsgruppe „Der Mensch und das System" sowie der berühmten „Sommerschule" von Korcula. Professor Supek hat über zwanzig Bücher veröffentlicht und mehrere wissenschaftliche Bibliotheken begründet. Er war auch als Emeritus noch in ständigem Kontakt mit Kollegen und Studenten. Rudi Supek blieb der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Arbeit in der Soziologie, Psychologie und anderen Gesellschaftswissenschaften verpflichtet, sei es in Gesprächen und Diskussionen, in Zirkeln und bei Veranstaltungen, sei es durch seine neueren Veröffentlichungen. Sein Buch „Psychologie der bürgerlichen Lyrik" ist kürzlich in überarbeiteter Fassung neu aufgelegt worden und noch Ende letzten Jahres, wenige Wochen vor seinem Tod, übergab er seinem Verleger die Rohfassung seines neuesten Buches „Modernismus und Postmodernismus". Doch alles was man über Prof. Supeks hervorragenden Leistungen sagen kann, bliebe unvollständig, würde man sich nur auf die Würdigung seiner fachlichen Tätigkeiten beschränken.

Er ist als ein engagierter Humanist weit über die Grenzen Jugoslawiens bekannt geworden, und dies nicht nur in universitären oder intelekuellen Kreisen.

Bereits als Student hatte er sich der linken Jugendbewegung in Zagreb angeschlossen. Dies setzte sich fort im Engagement für die republikanischen Kräfte im Spanischen Bürgerkrieg sowie in der Teilnahme an der Arbeit der französischen Resistance.

1942 wurde er in Paris verhaftet und von der französischen Polizei an die Gestapo ausgeliefert. Daraufhin war er drei Jahre im Konzentrationslager Buchenwald interniert, wo er gegen Kriegsende an einem Aufstand beteiligt war, mit dem ihnen die Befreiung des Lagers aus eigener Kraft gelang.

In dieser Zeit entstand der aufrechte Gang und der beispielhafte Mut, der Rudi Supek auch in friedlicheren Zeiten auszeichnete, an jedem Ort und zu jeder Zeit, der ihm viel Anerkennung aber auch Schierigkeiten und Nachteile brachte.

So geschah es auch, daß einer unserer führenden humanistischen Intellektuellen, der sehr viel zum Ansehen unseres Landes beigetragen hat, stets marginalisiert wurde und auf einer der Schwarzen Listen stand. Ihm wurde der Zutritt zu den sehr wichtigen Massenmedien nicht gestattet. Dieses Schicksal begleitete ihn bis zu seinem Tode.

Immer wenn Rudi Supek internationale Auszeichnungen (sei es eine Ehrendoktorwürde, sei es z.B. der Orden der „Ehrenlegion") verliehen wurden, konnten wir davon weder im Fernsehen etwas sehen, noch im Radio hören, noch wurde in unseren Zeitungen darüber geschrieben. Dennoch verbreiten sich solche Nachrichten schnell und bereiten uns allen eine große Freude.

Die Nachricht von Rudis Tod hat viele seiner Freunde, Bekannten und Studenten zutiefst erschüttert, wir werden ihn als Beispiel und wegweisende Persönlichkeit in unserer Mitte behalten. ■

Übersetzung Luka Radenski

LUKA RADENSKI

Sarajevo — Genf

Nicht von Erscheinungen schlechthin noch Anschauung sei hier die Rede
Nicht vom Wesen der Dinge und nicht, wie alles sich zuträgt
So erzählt, daß der Schauende eins sich fühle mit allem
Alles begreift und billige alles und bleibe der gleiche
Allseits begriffene, allseits gebilligte — nein, dieses Schildern werde als müßig erkannt, ja schädlich, enthüllt es auch Wahrheit!
Denn nicht nur, was einer sagt, sondern auch, warum und zu welchem
Ende er's sagt, sei geprüft, denn die Wahrheit, Genossen, genügt nicht !
Immer mengt der Betrüger mit Wahrheit die schmutzige Rede.
Freilich, der sicher am Ofen sitzt und sich von fernen Geschehen
Gerne erzählen läßt, der ist mit allem Erfahrenen zufrieden
Denn was ändert schon ihm der Bericht die Folge der Speisen?

Die Welt ist seit dieser Zeit eine andere geworden, Brechts Worte scheinen aber auf den ersten Blick immer noch trefflich das zu beschreiben, was wir angesichts der Berichterstattung zum Krieg in Ex-Jugoslawien tagtäglich erleben. Und doch scheint es mir notwendig, Einspruch zu erheben. Nicht weil die Welt sich geändert hat, sondern weil ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit auch damals schon nicht nur dem Gegner vorzuwerfen gewesen wäre — es war auch in den Reihen der Linken ein Problem.

Heute haben wir zwar keine Linke mehr, nur noch einige wenige, die sich in einer linken Tradition sehen. Aber das Problem mit der Wahrheit, das haben wir noch.

Selbstverständlich sind an Konzentrationslager erinnernde Verhältnisse in serbischen Kriegsgefangenenlagern, „Massenvergewaltigungen" und „Ethnische Säuberungen" die Speerspitze der antiserbischen Propaganda.

Nur, weil es in Deutschland nicht erst seit Reißmüller Serbenhasser gibt und weil die Taten, die der serbischen Seite in diesem Krieg vorgeworfen werden, in deren Bild von „den Serben" passen, darf dies kein Grund sein, diese Taten und Zustände auszublenden oder gar zu leugnen. Der Feind meines Feindes ist noch lange nicht mein Freund.

Auch wenn die Reaktion von deutscher Regierung, Opposition und Medien unweigerlich an unsägliche deutsch-kroatische Waffen- und Geistesbruderschaften während des Faschismus erinnert, wird das Ausmaß der Aggression von serbischer Seite zunächst gegen Kroatien und nun seit vielen Monaten gegen die Menschen in Bosnien nicht geringer.

Die nationalistische Regierung Kroatiens hatte die serbischen Bürger Kroatiens über Nacht zu einer rechtlosen Minderheit gemacht (lange vor dem Krieg, in der ersten Verfassung nach dem Sieg der HDZ), dabei hatte ihnen Milosevics großserbische Politik der vorangegangenen Jahre als fadenscheiniger Vorwand gedient.

Dieses Gebärden der neuen Führung der Republik Kroatien (vor und nach der Unabhängigkeitserklärung) taugt wiederum nicht als Begründung und Rechtfertigung für die terroristischen Angriffe der serbisch-jugoslawischen Streitkräfte auf die kroatische Zivilbevölkerung. Ebensowenig können die Kriegsverbrechen des Milosevic-Regimes und seiner Verbündeten Rechtfertigung sein, für die jetzt stattfindende Diskriminierung (auf fast allen Ebenen) und Hetze gegen die noch im von der kroatischen Regierung kontrollierten Teil Kroatiens lebenden Serben.

Auf Bosnien und Herzegowina bezogen heißt dies, daß obschon es wohl wahr ist, daß kroatische Truppen (zum Teil durchsetzt durch die faschistischen HOS-Milizen) die Herzegowina kontrollieren und die dort lebende nichtkroatische Bevölkerung nicht so behandeln, wie es den Regeln der Menschenrechte entspricht, so scheint doch klar zu sein, daß nach allem was man hier wissen kann, das Ausmaß der Verbrechen nicht im entferntesten das erreicht, was von der serbischen Seite dokumentiert ist. Daran kommt man nicht vorbei.

Und die vernünftige und humane Forderung, daß die serbischen Lager geöffnet bzw. befreit werden müssen, läßt sich nicht wegreden mit der Vermutung, auf kroatischer oder moslemischer Seite könnte es so etwas auch geben. Stattdessen sollten jene, die das vermuten, sich auf den Weg machen und herausfinden, ob es so etwas auch bei den anderen Kriegsparteien gibt. Und wenn, dann muß man sich selbstverständlich dafür einsetzen, daß auch diese aufgelöst werden.

Wie das geschehen könnte, muß gut diskutiert werden.

Wahrscheinlich würde eine massive Militärintervention eine noch größere Katastrophe auslösen. Doch was, wenn diese auch gerade dann kommt, wennn es keine Intervention gibt ?

Es stellt sich zunächst die Frage: Gibt es eine Internationale Staatengemeinschaft oder ist dies nicht vielmehr der Club der Emissäre, in dem die Vertreter der Reichen und Mächtigen das Sagen haben?

Es drängt sich die Vermutung auf, daß in der UNO-Politik gegenüber Konflikt/Krisenregionen die Menschenrechte höchstens zweite, wenn nicht gar dritte Priorität genießen. (Es heißt, in Sarajevo erzähle man sich, daß die Menschen den Aufenthalt in Kellern und Bunkern nutzen, um nach Öl zu graben. Dann sei die Landung, zumindest der Amerikaner, sicher!)

Die erste Priorität in der UNO-Politik genießt die Staatsräson der mächtigen Länder!

Oft heißt das auch Aufrechterhaltung des Status-Quo, koste es die Betreffenden, was es wolle. Sieht man, daß es nicht gut geht, wählt man die wahrscheinlichste Lösung als unterstützenswert aus. „Jugoslawien muß zusammenbleiben!" „ Der Völkerkerker Jugoslawien hat kein Existenzrecht!" Bis hin zur Kannibalen-Parole vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Nur, jetzt in Bosnien, wo sich die Serben mit tödlicher Akribie an die letzte Parole halten, kommt man etwas in die Bredouille. Denn wer einerseits ständig mit moralischen Prinzipien um sich schmeißt und Menschenrechte einfordert, aber selbst offensichtlich nicht danach han-

delt, wird unglaubwürdig.

Was die UNO zur Zeit in Bosnien und Herzegowina versucht, ist Befriedungspolitik! Es ist der Versuch, der serbischen Seite soviel anzubieten, daß sie von ihrer erprobten (und unter der Bevölkerung Restjugoslawiens offensichtlich sehr populären) Sammlungsstrategie „ Kampf für ein Serbien aller Serben“ abläßt.

Warum die UNO das nun so vehement betreibt? Es könnte die Angst vor einer noch größeren Internationalisierung sein. Wenn der Krieg auf das Kosovo übergreift, sind sofort außer den Albanern im Kosovo und den Serben auch die Albaner in Makedonien (etwa 40% der Bevölkerung) und der Staat Albanien involviert. Dies verursacht fast notwendigerweise einen Machtwechsel in Skopje, bei dem die radikale nationalistische VMRO an die Macht käme und deren Haupstadt heißt Solun, auch Thessaloniki genannt.

Außer Griechenland werden dann mit großer Sicherheit Bulgarien und die Türkei in den Konflikt eingreifen, während im Osten schon bei Unruhen im Kosovo auch die Vojvodina brennen und zu einem Krieg zwischen Serbien und Ungarn führen könnte. Daß die traditionell serbophilen Rumänen angesichts der zwei Millionen Ungarn in Rumänien (die schon lange dort an allem schuld sind) dem tatenlos zusehen, ist nicht zu erwarten.

Eine weitere Eskalationsstufe wäre eine Einmischung Rußlands. Die Altstalinisten und Reformgegner, Nationalisten und Neo-Faschisten in Moskau trommeln schon seit Beginn des Krieges in Ex-Jugoslawien für ihre serbischen Brüder und haben keine geringe Unterstützung in der russischen Bevölkerung. Vielleicht müsste sogar Jelzin, auch wenn er sich an der Macht hält, aus innenpolitischen Gründen seine Balkanpolitik revidieren und Kosyrevs Show vor der KSZE würde furchtbarer Ernst.

Jedoch, die Kehrtwende Rußlands (und anderer Staaten der GUS) droht auch bei einer Militärintervention in Bosnien (die sich zwangsläufig auch, oder vor allem gegen serbische Kräfte richten würde). Wie die russische Öffentlichkeit ein Eingreifen russischer Truppen Seite an Seite mit Amerikanern, Engländern und Franzosen gegen die „ serbischen Brüder“ kommentieren würde, fällt nicht schwer sich vorzustellen.

▶ Was also tun ? ◀

Zum einen: die Amerikaner allein vorschicken, sollte der Krieg im Kosovo beginnen. (Taktisch wäre es wahrscheinlich etwas besser für den Westen, weil man so vielleicht verhindern kann, daß es bei Angriffen gegen Griechenland auch noch zum NATO-Verteidigungsfall kommt. Eine entsprechende Erklärung des US-Außenministeriums liegt vor. Bei Krieg im Kosovo sieht Amerika seine „nationalen Interessen“ bedroht und schickt sofort Truppen.)

Zum anderen: so verhandeln, daß der Konflikt auf dem Balkan seine Dynamik verliert. Und das könnte gelingen, wenn Kroatien, aber vor allem Serbien seine Ziele einigermaßen befriedigt sieht. Daß dies nur auf Kosten der moslemischen Bevölkerungsmehrheit in Bosnien und Herzegowina gehen kann, wird für die Gemeinschaft der Reichen und Satten von untergeordneter Bedeutung sein.

Hier soll nicht einer blindwütigen, alle oben genannten Gefahren ignorierenden Militärintervention das Wort geredet werden. Nur sollte man die Menschen in Bosnien und Herzegowina, wenn man ihnen schon nicht hilft, wenigstens nicht auch noch verhöhnen. Genau das geschieht aber durch eine die eigenen Ziele camouflierenden double-bind-Politik, wie es die UNO zur Zeit betreibt.

Dies geschieht auch durch Kommentare, die man hierzulande allerorten lesen kann, in denen so getan wird, als könne die UNO (als ausführende Kraft für alle guten Menschen) einfach so, „diesen Serben da, ihr Teufelshandwerk legen“, bzw. als könne die Staatengemeinschaft sowieso nichts tun, da es sich um einen „irrationalen ethnischen Konflikt“ handele.

Ein erster, sofort realisierbarer Schritt wäre, wenigstens den Versuch zu machen zu verstehen, was sich wirklich in Sarajevo und in Genf abspielt. Das hieße auch einzuräumen, daß es eine gute Lösung nicht geben wird, daß aber gleichwohl unsere Verantwortung dafür (auch konkret für die bedrohten Menschen in Bosnien und Herzegowina) nicht zur Disposition steht.

Sollte ein gemeinsames politisches Verhalten der Staatengemeinschaft (sei sie auch so verfaßt, wie oben beschrieben) gegenüber dem Konflikt aber doch möglich sein, und ein Handeln auch im Sinne einer militärischen Interventionen folgen, und sollten die oben beschriebenen Gefahren kontrollierbar sein: wer wollte, mit welchen Argumenten die Legitimität von Gewaltanwendung bestreiten, wenn diese die Befreiung der Menschen von der Herrschaft ihrer Peiniger (v.a. der sich serbisch nennenden Soldateska, aber auch zum Teil ihrer kroatischen und moslemischen Widersacher) zum Ziel hätte?

Zu fordern wären auch dann vor allem zivile Maßnahmen, die eventuellen militärischen notwendigerweise folgen müßten, im Sinne eines UN-Protektorats, welches allen Menschen in Bosnien und Herzegowina das Recht auf Leben und Unversehrtheit garantiert.

▶ Anmerkung ◀

Jede „Nation“ ist ein Konstrukt, jedes „Volk“ stammt aus der Alchemistenküche der Ausbeuter und Despoten. Dies gilt für das russische wie das englische, für das türkische wie das französische. Nennt man heute zum Beispiel in Ex-Jugoslawien lebende Menschen, die dem Islam als Religionsgemeinschaft angehören (oder aber, wie der größte Teil von ihnen, Atheisten sind) „Moslems“ so vollzieht man die Ethnisierung mit. Nur, wie soll man sie nennen, wenn sich die Mehrheit von ihnen so nennt und auch die anderen dort sie so bezeichnen? Dieses Problem wäre sicher eine längere Erörterung wert. ■

MILAN KRIVOKUCA wurde am 17.12.92 vor seinem Haus bei Zagreb erschossen

Milan Krivokuca, geboren 1950, war der Gründer der ersten unabhängigen Gewerkschaft im ehemaligen Jugoslawien und war 1989 die führende Persönlichkeit im Streik der Eisenbahner in Kroatien. 1991 gab er den Vorsitz der Unabhängigen Eisenbahner Gewerkschaft auf, da er unter Kriegsbedingungen keine Möglichkeit sah, gewerkschaftlich zu arbeiten. Im selben Jahr verlor er seinen Arbeitsplatz bei der Bahn, eine Vergeltungsmaßnahme des Staates wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten.

Er blieb jedoch der angesehenste Gewerkschaftsführer, eine „legendäre Gestalt der gewerkschaftlichen Bewegung“, wie jetzt eine kroatische Tageszeitung über ihn schrieb. Nach seiner Entlassung ging er für einige Zeit in die USA, um sich dort für gewerkschaftliche Arbeit weiterzuqualifizieren. Im Sommer 1992 begann er im Rahmen der SDU (Sozialdemokratische Union) zu arbeiten, wo er im Herbst 92 zum Vertrauensmann für gewerkschaftliche Fragen und in den Vorstand der SDU gewählt wurde. Unter Arbeitern war der gelernte Lokomotivführer weiterhin sehr populär, so daß seine Ermordung durch einen unbekannten, wahrscheinlich bezahlten Täter am Abend des 17.12.92 am ehesten als Einschüchterungsmaßnahme gegenüber den Gewerkschaften und der demokratischen Linken in Kroatien zu sehen ist.

Dies geschieht in einem Moment, in dem von der Regierung versucht wird, die Rechte der Arbeitnehmer einzuschränken und ein reaktionäres Arbeitsrecht einzuführen.

In der deutschen Tagespresse fand die Ermordung von MILAN KRIVOKUCA keinerlei Erwähnung.

Die Redaktion

SÉLIM NASSIB

Die alte Wunde hat sich geöffnet

Mit der Verbannung von 415 Palästinensern, vermutlich islamischen Fundamentalisten, wollte Jitzhak Rabin ein Exempel statuieren und demonstrieren, daß der Mord an einem israelischen Soldaten hart bestraft wird. Aber das Exempel steht für das Gegenteil dessen, wofür es ausgesprochen wurde. Die Weigerung des Libanon, die Verbannten aufzunehmen, hat innerhalb weniger Stunden als Theater vorgeführt, worum sich die wirkliche Tragödie der Palästinenser dreht.

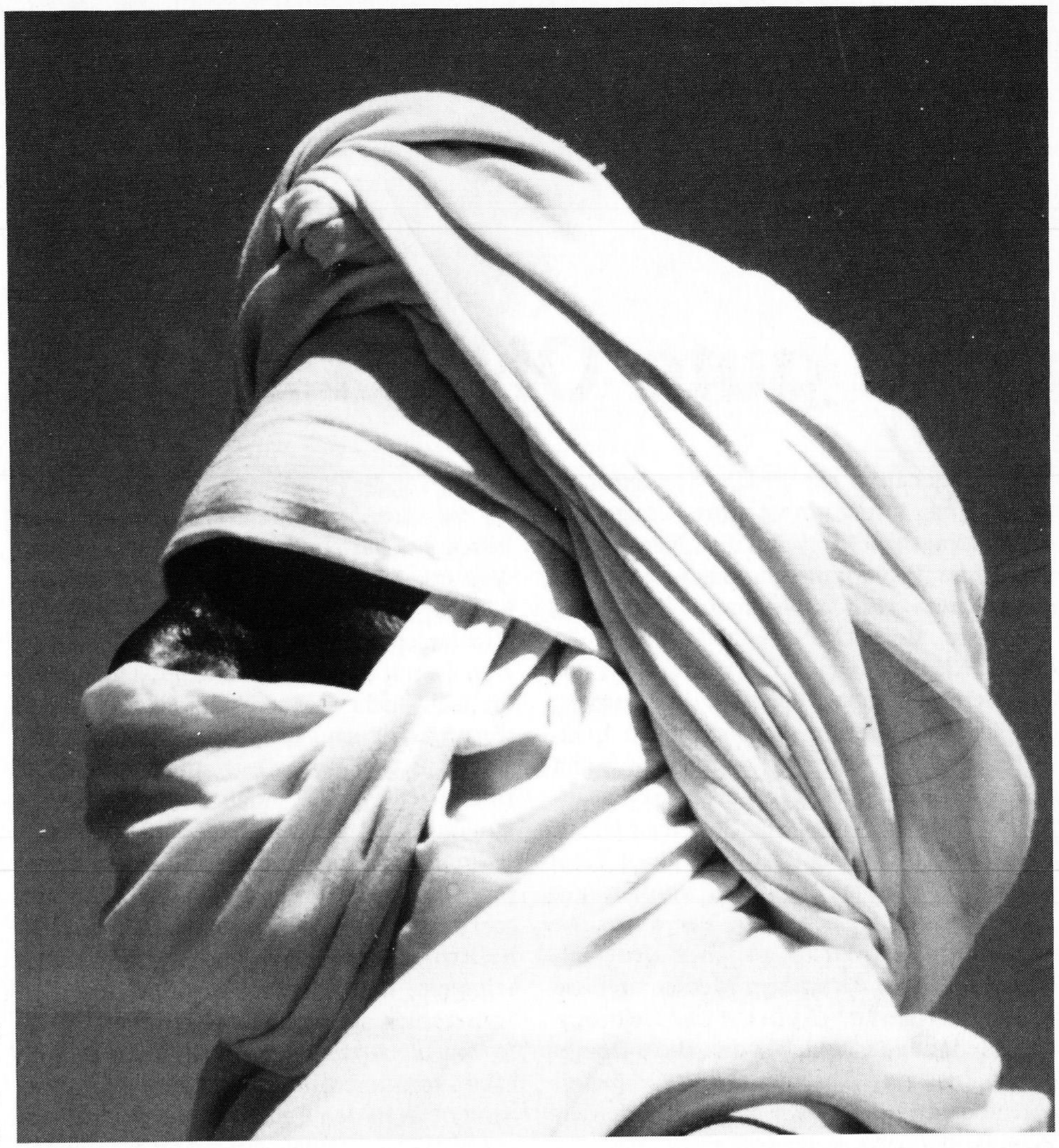
Aus ihrem Land vertrieben, fanden sich die Verbannten wie auf einem Pferdesattel, rittlings über der Grenze sitzend: ausgestoßen von den einen, zurückgewiesen von den anderen — hineingeworfen in ein „Niemandsland", das ein Symbol darstellt für die reale Lage der Palästinenser in der Welt. Wenn man sich eine Kabarettnummer ausdenken müßte, um das Problem der Palästinenser in wenigen Bildern darzustellen, hätte man nichts Treffenderes erfinden können. Mit der Unterbrechung der Lebensmittel- und der medizinischen Versorgung hat man sich sozusagen rückversichert (wie lange werden die das aushalten?), und um das Ganze zu komplizieren, hat es auch noch geschneit, und pünktlich zu Weihnachten sind die Temperaturen unter Null gefallen. Die Fernsehanstalten der ganzen Welt sind natürlich zu dieser neuen Krippe in Bethlehem hingeeilt. Alles kurz, klar und photogen sowieso. Die weltweite Übertragung der rührenden Szenen hat sich von selbst empfohlen. Wenn er die Folgen hätte ermessen können, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Jitzhak Rabin es vorgezogen hätte, im Hintergrund zu bleiben.

Aber was hat er sich ausgerechnet? Daß das palästinensische Problem, bevor es eines der Besetzung wurde, eines der Vertreibung war. Die Israelis haben immer behauptet, daß die Hunderttausende von Palästinensern, die 1948 aus ihrem Land flohen, freiwillig weggegangen sind — obendrein aufgefordert dazu von den arabischen Nachbarstaaten, die den jüdischen Staat, der daran war, seine Unabhängigkeit zu erklären, mit einem Dauerkrieg überziehen würden. Die Palästinenser haben diese Lesart der Tatsachen immer zurückgewiesen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, bleibt schlicht festzuhalten, daß sich die Vertriebenen von 1948 in Flüchtlingslagern befanden (im Libanon, in Syrien, in Jordanien, in Cisjordanien und in Gaza) und immer auf ihrem „Recht zurückzukehren" bestanden. Bis 1967 bestand die Palästinenserfrage darin und nur darin.

Der Krieg von 1967 gestattete es der israelischen Armee, die Kontrolle über Cisjordanien, Gaza und Ost-Jerusalem zu übernehmen und damit dem Problem der Vertreibung jenes der Besetzung hinzuzufügen. In diesem Moment übernahm Yasir Arafat und seine Fraktion (El Fatah) die Leitung der PLO. Zwanzig Jahre später, 1987, entstand die Intifada als Bewegung gegen die Besetzung. Die PLO arbeitete dafür, daß das Problem der „Rückgabe" erst in zweiter Linie behandelt wurde und bestand von Anfang an auf der Übergabe der besetzten Gebiete, um einen palästinensischen Staat zu gründen. Die Intifada hat sie in diesem Vorgehen bestärkt und eine Beschleunigung ihrer Politik bewirkt. „Realpolitik" (im Original deutsch, LL) verpflichtet eben. Mit anderen Worten: Yasir Arafat und seine Leute, die während zwanzig Jahren die Kräfteverhältnisse berücksichtigten, haben es gewagt auszusprechen, daß das Beste, worauf zu hoffen wäre, ein historischer Kompromiß sei, der die Existenz wenigstens eines kleinen Palästinenserstaates — in friedlicher Koexistenz an der Seite Israels — ermögliche.

Diese Option, wenn sie auch akzeptabel ist für die Bewohner Gazas und Cisjordaniens, vertreten durch ihre Honoratioren, besonders Huseini, läßt das Schicksal der Flüchtlinge von 1948 in der Luft. Diese Flüchtlinge unterstützen in ihrer Mehrheit weiterhin eine PLO, die sie direkt in das fol-

Niger



Niger, Targi-Mann

gende Dilemma geführt hat: „entweder dies oder gar nichts". Es ist natürlich notwendig, daß diese Politik in etwas Erreichbares mündet. Das ist das Ziel der Friedensverhandlungen, die in Madrid begonnen haben. Inzwischen hat eine neue Generation die politische Bühne erobert — und mit ihr die islamischen Fundamentalisten von Hamas. Für diese gibt es keine Friedensverhandlungen, die ihren Namen verdienen ohne einen offenen Krieg bis zur Vernichtung Israels. Das Problem besteht darin, ob die Generation der „Alten", die seit 20 Jahren die Bühne beherrschen (Arafat auf der einen, Rabin und Péres auf der anderen Seite) es schafft, den historischen Kompromiß politisch umzusetzen. Für den Fall, daß dies gelingt, kann man erwarten, daß der Friedensvertrag (so unvollkommen auch immer) eine schon seit allzu langer Zeit explosive Situation stabilisiert und (vielleicht) den Weg zu einem Frieden weist. Im anderen Fall, wenn also die von der PLO verfolgte Politik schlicht und einfach zusammenbricht, verliert die alte Generation jeden Rückhalt, und der Weg für eine neue Generation — sprich Hamas — wird frei werden. Dies verspricht neuerlich lange Jahre des Schreckens. In einem gewissen Sinne könnten Leute wie Jitzhak Schamir oder Ariel Scharon diesen Ausgang vorziehen — aus dem einfachen Grund, weil sie sich dann als Rettungsengel der Rache gegenüber den Fundamentalisten, mit denen nicht verhandelt werden kann, präsentieren könnten.

In diesem Kontext verliert das Problem der Verbannten jeden Sinn. Für alle Palästinenser hat sich die alte Wunde geöffnet. Die Leute von Hamas erscheinen als Helden und Märtyrer, und die Führung der PLO ist gezwungen, ihre Teilnahme an den Friedensverhandlungen vorläufig aufzugeben.

Im anderen Lager wird ein Rückzieher für Rabin sehr schwierig, da er den Fundamentalisten damit einen noch strahlenderen Sieg verschaffte. Rabin hat so gehandelt, daß er sich weder nach vorn noch nach rückwärts bewegen kann.

Aber der palästinensisch-israelische Konflikt hat bislang viele Wechselfälle erlebt — darunter weit schwerwiegendere. Der israelischen Regierung genügte ein halber Rückzieher (z.B. die Zulassung des Internationalen Roten Kreuzes im „Niemandsland"), um die Spannungen zu verringern. In dem Maße, wie die Krise die Traumata verbannt, bietet sie auch eine Gelegenheit, eine Lösung näher zu bringen. Zumindest hat die Krise gezeigt, daß der berühmte historische Kompromiß im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten liegt. ■

Sélim Nassib ist libanesischer Schriftsteller. Der Beitrag erschien zuerst in El Pais (2.1.93). Übersetzung: Ludi Lodovico.

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Februar-Ausgabe des *express*:

Ausländerfeindlichkeit in den Betrieben ● Gewerkschaften und die Treuhand ● Personalabbau bei der Deutschen Bank ● Gewerkschaftliche Kulturarbeit ● Ökologie im Betrieb ● Tarifrunde Chemie ● Gewerkschaften und Taylorismus ● Argentinien ●Guatemala u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

THOMAS KUNZ

BÖHSE Fans und gute ONKELZ

Seitdem sich die Bilder marodierender Skinhead-Banden, applaudierender „Normal"bürgerInnen und Betroffenheit mimender PolitikerInnen feste Sendeplätze erobert haben, reagiert die Presse prompt auf alles, was sich nur halbwegs ins „Glatzen-Schema" pressen läßt. Auf der Strecke bleibt dabei die Berichterstattung über Hintergründe und historische Entwicklungszusammenhänge der laufenden Auseinandersetzungen. Das Medienbild ist beschränkt auf „Betroffenheitsduselei" und die Empörung der „ordentlichen" Deutschen, bis der nächste Flugzeugabsturz die öffentliche Aufmerksamkeit auf einen anderen „Unglücks"ort lenkt.

Im Windschatten der 19-Uhr-Sonderreportagen und Infotainment-Shows über das „Flüchtlingsproblem" und die „Neo-Nazis" segelt die Promotion-Kampagne einer bis vor kurzem eher unbeachteten Band aus Frankfurt, den BÖHSEN ONKELZ.

Die BÖHSEN ONKELZ, gegründet Ende der siebziger Jahre, spielten sich damals, Dank ihrer eindeutig rechtsradikalen Liedtexte, schnell in die „Herzen und (Glatz)Köpfe" der Frankfurter Skinhead-Szene. Das idealtypische Skinhead-Outfit der Band tat dazu ein übriges. Daß sie diese Vergangenheit haben ist ein unstrittiger Punkt, noch...! Eben diese Vergangenheit ist das „missing link" zwischen den ONKELZ und dem derzeitigen Medieninteresse an ihnen. Talkshow-Auftritte und Zeitungsberichte landauf, landab, von „Bio's Boulevard" bis zur Augstein-Gazette, überall trifft man auf die BÖHSEN ONKELZ. Meistens ist dann die Rede von einer „von Jugendsünden geläuterten Heavy-Metal-Band" oder einer „Nazi-Combo". Mit solch einem Schubladendenken läßt sich jedoch nichts begreifen.

Die Schwierigkeiten für ZeitungsleserInnen und FernsehzuschauerInnen beginnen bereits beim derzeitigen Outfit der Musiker. Die Bandmitglieder entsprechen mittlerweile nicht mehr dem gängigen Klischee, das man/frau von „Faschos" hat und das letztlich auch ein medial vermitteltes ist. Ursprung für die Fixierung auf dieses Vorurteil ist die verbreitete Meinung Rechtsradikale ließen sich an eindeutigen Erscheinungsbildern erkennen. Schön wär's! Weniger hartnäckige KritikerInnen reagieren auf die Nichtentsprechung des ONKELZ-Outfits zumeist mit der Anschlußfrage, daß, „wenn die nicht mehr so aussehen wie erwartet, es womöglich auch gar keine „Faschos" mehr sind?" Eine Frage, die zumindest auch im Interesse der betreuenden Plattenfirma Bellaphon liegen dürfte. Solange diese Fragestellung im Vordergrund steht, fällt den potentiellen KäuferInnen die Antwort scheinbar leicht und man/frau kann frei aller Zweifel oder Gewissensbisse zum Kaufe schreiten; und so summieren sich die Verkaufszahlen auf wunderbare Weise mit Hilfe von ultra-rechten bis links-alterna(t)iven MusikkonsumentInnen, bis die neueste CD ganz oben in den Charts steht; was wiederum als Beleg für die „ideologische Wende" der ONKELZ herhalten muß.

Die Musikzeitschriften spielen in diesem Zusammenhang für die Musikindustrie in ihrer Funktion als sich kritisch-gebende-Werbeprospekte eine gewichtige Rolle. Es fällt auf, wie sehr sich die, den ONKELZ größtenteils sehr zugeneigte Gilde der MusikkritikerInnen bemüht, bei der ideologischen „Reinwaschung" der Band behilflich zu sein. Die Inkonsistenz der Legendenbildung treibt z.T. seltsame (Stil)blüten. In der Musikzeitschrift METAL HAMMER 10/91 findet sich ein Bericht über ein Konzert in Wien. Unter den Konzertgästen befanden sich auch junge Rechtsradikale. Diese werden, immer schön kritisch, als „geistige Tiefflieger (braun wie Kuhfladen, dumm wie Hühnerkacke)" und als „Nazi-Jungvolk" bezeichnet. Selbiger Kritiker findet es auch schrecklich, daß sie „dem ansonsten grandiosen Abend einen Wehrmutstropfen beifügten, indem sie ihren vergipsten Hirnwindungen freien Lauf ließen". Im selben Artikel stolpern aufmerksame LeserInnen dann, etwas weiter oben, über die Bemerkung, „wie sehr sich die Fans in den Texten der Onkelz wiederfinden, die Band als authentisches Sprachrohr ansehen — als Sprachrohr eines Teils der Jugend". Zum Schluß findet sich noch als Sahnehäubchen die „Große Koalition" gegen Rechte, denn: „Erfreulicherweise stellte sich das Publikum — inklusive der Mehrheit der gut 150 anwesenden Skinheads! — voll und ganz hinter

Kamerun

Benin, Meerkatze

die Band und feuerte diese durch „Onkelz, Onkelz"-Rufe noch an." Eben! Treffender läßt es sich halt nicht sagen, nur schade, daß er's nicht gemerkt hat.

Doch nicht genug damit, daß den Glatzköpfen von damals mittlerweile mächtig-prächtig lange Haare gewachsen sind. Es gab und gibt natürlich auch Versuche, sich verbal von der Vergangenheit abzugrenzen bzw. die KritikerInnen Lügen zu strafen.

Dies geschieht vornehmlich auf drei Ebenen: Zum ersten über den Umgang mit dem Vorwurf Faschisten zu sein, zweitens mit Hilfe der „Illusion" von der Band ohne Fans und schließlich durch die Selbstdarstellung, die Opfer einer Medienverschwörung zu sein.

▶ Sind die ONKELZ Faschisten? ◀

Ein von wohlmeinenden Musikkritikern und Bellaphon gerne angeführtes Statement der Musiker lautet demnach: „Wir haben uns zu keinem Zeitpunkt als faschistische Band gefühlt, obwohl uns dies bis heute unterstellt wird"; diese Entgegnung geht aber in doppelter Hinsicht an einer differenzierten Kritik vorbei. Das erste Argument ist hierbei ein logisches. Man/frau muß nicht notwendigerweise ein faschistisches Selbstverständnis haben, um faschistische Argumentationsmuster zu verbreiten. Die ONKELZ könnten somit „Faschisten" sein, ohne sich als solche zu fühlen. Wichtiger ist jedoch die Auseinandersetzung mit der an dieser Stelle verwendeten Begrifflichkeit. Die Selbstfixierung auf den Vorwurf, „Faschisten" zu sein, weckt die Assoziation, die BÖHSEN ONKELZ daran zu messen, ob sie „Faschisten" entsprechend dem gängigen Klischee sind. Genau diese Kritik setzt aber am falschen Punkt an. Schließlich können Musiker rassistische und fremdenfeindliche Songs schreiben (und diese auch singen) — sogar bewußt —; sie sind deswegen aber noch keine „Faschisten". Somit konnten die BÖHSEN ONKELZ zweierlei gleichzeitig: Zum einen sich „zu keinem Zeitpunkt als Faschisten fühlen" und zum anderen fremdenfeindlich und rassistisch sein.

▶ Die ONKELZ — eine Band ohne Fans? ◀

Von Anfang an wurde systematisch die Rolle der ONKELZ-Fans ausgeblendet. Die Band äußerte sich vornehmlich zu ihrem Selbstverständnis, so als ob vor den Bühnen, auf denen sie seit über 10 Jahren ihr Liedgut zum besten geben, nie jemand gestanden hätte und vor allen Dingen keine Skinheads oder sonstige Rechtsradikale. Ein direkt funktionaler Zusammenhang wird an dieser Stelle nicht unterstellt, aber Bands wie die BÖHSEN ONKELZ und randalierende Rechtsradikale sind zwei Seiten derselben Medaille. Beide sind Bestandteile einer rechten Subkultur, die bereits länger existiert, als das Interesse der Medien an ihnen.

Gerade hier sollte die Tatsache, daß solche Gruppen als Lieferanten ideologischer Bezugsrahmen für fremdenfeindliche Projektionen funktionieren, nicht unterschätzt werden. Daß die Band ein Teil der rechtsradikalen Subkultur war, steht außer Frage. Inwieweit sie es noch ist bzw. wie mit den Fan-„Altlasten" umgegangen wird, verdeutlicht u.a. die Danksagung auf der Cover-Rückseite der LP/CD „Wir ham' noch lange nicht genug" (1991):

„Die Onkelz sagen danke, all denen die uns nun fast über 11 Jahre unterstützt haben...". Dieser Dank an alte Kameraden, als sie bereits bei Bellaphon untergeschlupft waren, dem vorgeblichen Wende-Label!

Ehrlicherweise muß erwähnt werden, daß es auch den Versuch gab/gibt, sich per Flugblatt an Konzertbesucher zu wenden. Auch dieses Flugblatt wird als Indiz für ein Umdenken gesehen. Kann es auch, denn wenn man so im öffentlichen Medieninteresse steht, denkt man um! O-Ton ONKELZ: „Deshalb dulden wir auf unseren Konzerten keine faschistischen Parolen... Es war ohne-

Liedtexte und Statements der BÖHSEN ONKELZ

Auf der Platte „Onkelz wie wir..." findet sich das Stück *Erinnerungen*. Die ONKELZ besingen ihre Vergangenheit, in der „man... sich [u.a.] reichlich gehauen" hat, eher wehmütig als kritisch:

...ich erinner mich gern an diese zeit,
eine zeit die man nie vergißt...

...mach's gut du schöne zeit, auf wiedersehen...

...es war nicht alles gold was glänzt
doch es war wirklich wunderschön...

Nur die Besten sterben jung
LP „Wir ham' noch lange nicht genug" (1991)

wir waren mehr als freunde
wir waren wie brüder
viele jahre sangen wir die gleichen lieder
Nur die besten sterben jung
du warst der beste
nur noch erinnerung...

Refrain:
nur die besten sterben jung
nur die besten sterben jung...

Statements auf dem Plattencover von „Heilige Lieder" (1992):
...diese platte spiegelt einen teil unserer gedanken wieder. wenn ihr versucht, zwischen den zeilen zu lesen, werdet ihr eine menge mehr über uns erfahren...

...was gesagt werden mußte, wurde gesagt.

Eine Antwort auf die Pressekritik an den ONKELZ:

Zeig mir den Weg
LP „Heilige Lieder" (1992)

er kennt die antwort auf alle fragen
er weiß heute schon was morgen ist
der prophet in diesen tagen
wißt ihr wer es ist
das geschwür in meinem magen
nennt sich journalist

zeig' mir den weg
zeig' mir den weg
wenn du wirklich alles weißt
zeig' mir den weg

jeder braucht die zeit
die zeit zum lernen
man kommt nicht auf die welt
und sieht die dinge wie sie sind
jeder macht mal fehler
große oder kleine
jeder macht mal fehler
nur du machst keine

hin schwer genug, einen Veranstalter für ein ONKELZ-Konzert zu finden... Daher bitten wir Euch, Euch auch nach dem Konzert friedlich zu verhalten..." Keine Spur von inhaltlichen Distanzierungen, sondern die Not, einen Veranstalter zu finden, war der Beweggrund für diese Zeilen!

Die Auseinandersetzungen um die Band hat sogar noch die „kameradschaftlichen" Bande stärker werden lassen: „Genauso gefestigt hat sich, in unseren Augen, auch der Zusammenhalt zwischen Euch und uns." Tja, frei nach den Motto: Unsere Ehre heißt Treue! Soviel zu den „alten" Zusammenhängen.

Hinsichtlich der Versuche sich hiervon loszusagen, muß angemerkt werden, daß dies bestimmt nicht per Selbstdefinition möglich ist: („Wir sind keine Nazis" !)

▶ Böhse Presse — gute ONKELZ? ◀

Ein erster Schritt, die Voraussetzung für eine glaubhafte Wandlung, wäre eine den Vorwürfen angemessene, kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Wohlgemerkt, es geht um eine Band, die rassistische und fremdenfeindliche Lieder geschrieben hat. Wie verhalten sich die ONKELZ ? Wahrlich kritisch ... gegenüber ihren KritikerInnen!

In der Ihnen freundlicher gesonnenen Musikpresse finden sich desöfteren Zuschreibungen wie „öffentliche Schmutzkampagnen", „linke Verschwörung" oder auch „Spießrutenlaufen", bis hin zur Dolchstoßlegende, daß „durch zwielichtige Machenschaften der ehemaligen Plattenfirmen die BÖHSEN ONKELZ ausgenutzt worden sind", um die starken Bedenken, die gegen die ONKELZ geltend gemacht werden, zu denunzieren. All diesen Interpretationen ist vor allem eines gemein: Sie machen die Band zum Opfer! Der Ausgangspunkt der Kritik spielt gar keine maßgebliche Rolle mehr. Das Problem ist nicht länger das Spannungsverhältnis von einer rechtsradikalen Vergangenheit und berechtigten Zweifeln am vorgeblichen Wandel, sondern daß eine gereifte Heavy-Metal-Band von „ewiggestrigen Nörglern" (im Sinne von ewig linken) daran gehindert wird, sich von ihren „Jugendsünden" zu distanzieren. Dadurch wird der bisherige Kern der Auseinandersetzung zur Marginalie, dem auch nur mit marginalen Stellungnahmen begegnet werden braucht. Dazu die ONKELZ: „Waisenknaben sind wir bestimmt nicht, und wir sind uns bewußt Dinge gesagt zu haben, die starke Kontroversen hervorgerufen haben. Darunter auch Äußerungen, die wir so nicht mehr nachvollziehen können. Die Reaktion der Medien steht aber in keinem Verhältnis zu dem was wirklich war." Das Hauptproblem ist nicht, was war, sondern die Reaktion der Medien! In Zeiten wo Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit sich nicht mehr nur auf den rechten Rand der Gesellschaft beschränken, sondern bis hin zur Mitte anzutreffen sind, darf sich eine Band nicht beleidigt schmollend mit solchen „Jugendsünden" herausreden. Hier geht es um mehr und da braucht's halt auch mehr und vor allem bessere Argumente! Dies erfordert nicht nur Distanzierungen von etwas, sondern im selben Moment unzweideutiges Verhalten und Bekennen für etwas. Ansonsten bleibt jede Distanzierung auf halbem Wege stehen bzw. eine durchsichtige Marketingstrategie. Gerne verweisen die Musiker in Interviews (FR vom 22.12.92) darauf, daß sie solch eine Strategie angesichts 300000 verkaufter Exemplare der letzten LP/CD nicht nötig hätten. Der Dank der ONKELZ gilt folglich „...nicht zuletzt Euch, die Ihr unsere Platten kauft und uns damit die Möglichkeit gebt, verschiedenen Leuten zu zeigen, daß es auch ohne Arschkriecherei geht." Abwarten! Nach vorliegenden Informationen existiert z.B. bei WOM seit drei Monaten (wieder) eine interne Richtlinie, wonach keine BÖHSEN ONKELZ LP's und CD's im Angebot geführt bzw. verkauft werden, weder alte noch neue. Bei einem anderen Großanbieter, der Virgin-Mega-Store-Kette, werden zumindest ältere ONKELZ-Machwerke nicht geführt. Die Gründe sind bei beiden in der öffentlichen Kontroverse um die Gruppe zu suchen, die es ratsam erscheinen lassen, die Scheiben solch' heikler Band erst mal auf Eis zu legen. Es wird sich zeigen, inwieweit durch eine anhaltende Diskussion um die Glaubwürdigkeit der Musiker, die zukünftigen Verkaufsstrategien des Handels beeinflußt werden.

Auf den Einwand, in den aktuellen Texten ließen sich keine eindeutig rechtsradikalen Bezüge finden, ist zu entgegnen: Das hat auch niemand ernsthaft behauptet. Sie brauchen es auch gar nicht mehr! Teile ihrer alten Fans identifizieren sich gleichermaßen mit den neuen, angeblich „neutralen" (und für mancherlei Interpretationen offenen) Liedtexten. Aus diesem historisch-kulturell gewachsenen Kontext von Fans, Musik und Musikern können sich letztere eben nicht einfach mittels Presseerklärung verabschieden ... und das ist gut so!

Den vorläufigen, lokalen Höhepunkt fand die Auseinandersetzung um die wundersame Wandlung der ONKELZ in einer gemeinsamen Veranstaltung mit einem Kommunalpolitiker der GRÜNEN, der stadtbekannterweise immer mit allen redet, so auch mit den ONKELZ. Sogar Oberbürgermeister Schoeler, ausgewiesen kein „ewiggestriger Nörgler" (im o.g. Sinn), machte Einwände gegen eine Diskussionsveranstaltung am 22. Dezember geltend, wenn auch aus pragmatischeren Gründen. So fand dann eine gemeinsame (!) „Pressekonferenz" in den Fraktionsräumen der Frankfurter GRÜNEN statt. Eine schöne Plattform für die ONKELZ, um sich der Öffentlichkeit als Verschwörungsopfer der linken Journaille anzubiedern (und eine ebensolche für Dani Cohn-Bendit, den Streitbaren).

Dies ist kein Argument gegen eine Auseinandersetzung mit dieser Band, wohl aber gegen die Auffassung, dies ließe sich mit gemeinsamen Pressekonferenzen erreichen.

Derweil führt die kulturindustrielle Zurichtung aber auch noch zu anderen Statements, die die vorgebliche Entpolitisierung ihrer Musik positiv wenden sollen. So sehen sich die BÖHSEN ONKELZ „als eine Band, die weit entfernt vom bundesdeutschen Sendungsbewußtseins- und Zeigefingerrock in der Musik eine Sprache gefunden hat, mit der man Haß, Wut, Aggressionen — aber auch Träume, Wünsche, und Sehnsüchte ausdrücken und mitteilen kann — direkt aus dem Bauch" (Bellaphon Product Facts, Nov.92) ...ach ja, die guten ONKELZ!

Und was machen in der Zwischenzeit die BÖHSEN Fans?

Die mittlerweile nicht mehr nur singenden, sondern randalierenden Rechtsradikalen haben damals scheint's gut zugehört; von Hoyerswerda bis Moelln können wir ihre Sprache vernehmen, „mit der man Haß, Wut, Aggressionen — aber auch Träume, Wünsche und Sehnsüchte ausdrücken und mitteilen kann — direkt aus dem Bauch"!■

spreng sätze

zum Prozeß gegen Ralf Gauger + Knud Andresen

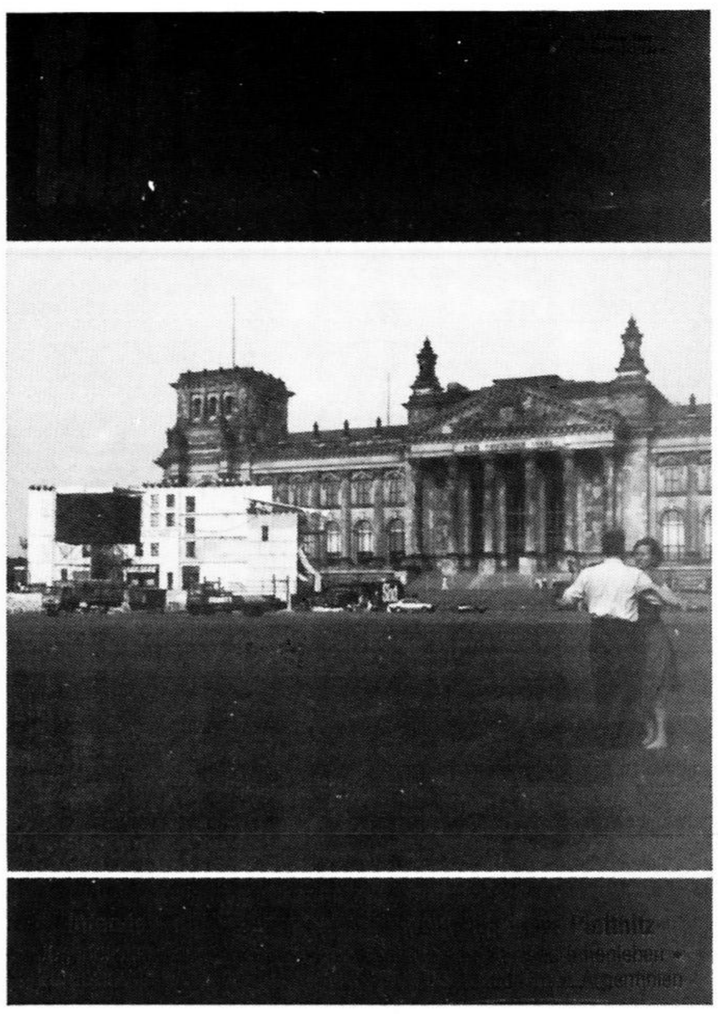
Freispruch sofort!

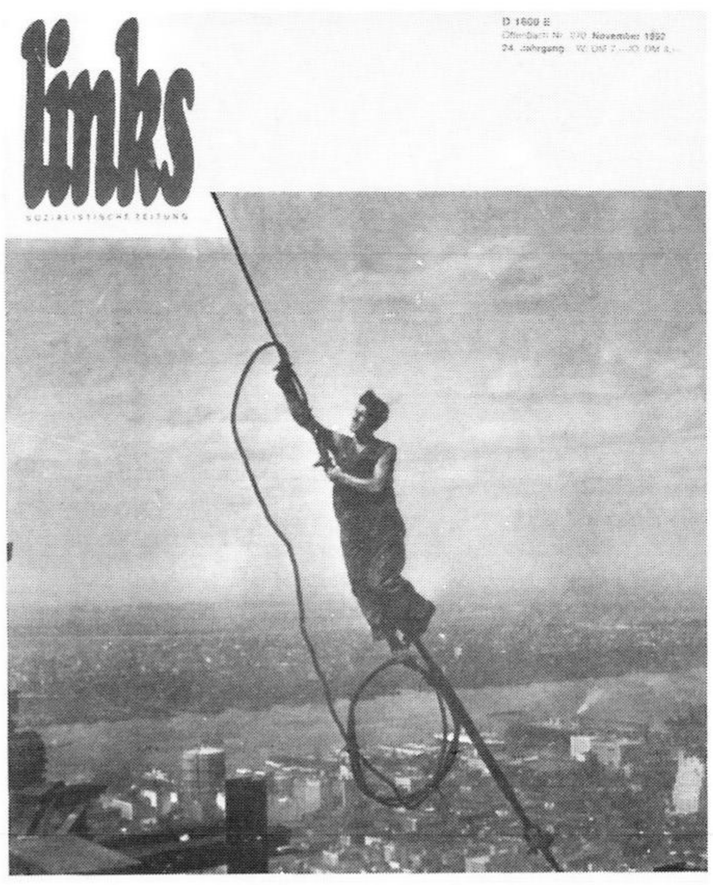
Seit fast einem Jahr und 50 Prozeßtagen wird gegen Ralf und Knud verhandelt — wegen einer „Tat", die sie nicht begangen haben.
Der Prozeß geht jetzt in eine entscheidende Phase und die Forderung zum Prozeßende lautet:
„Freispruch!"
spreng-sätze sprachen mit:
— Gisela Wiese, Vizepräsidentin von Pax Christi
— zwei Anwälten von Ralf und Knud
— Menschen aus der Soligruppe Ralf und Knud
— Manfred Mahr, Kritischer Polizist
— Peter Mecklenburg, GAL Hamburg
— Heidburg Behling, Lehrerin
— Bernd Wagner, Jura-Dozent in Hamburg

Zu erhalten sind *spreng-sätze* im Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36. Tel.: 040/446095, Fax: 040/4108122. BestellerInnen sollten Scheine, V-Schecks oder Briefmarken beilegen: 1 Ex. 1,50 DM/2-5 Ex. 3 DM/6-10 Ex. 5 DM/11-20 Ex. 10 DM.
Spenden für *spreng-sätze*:
K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto 1228/122386, Stichwort „Zeitung"
Spenden für die Prozeßkosten:
RA Beuth, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto 1250/124029, Anderkonto Ralf und Knud.

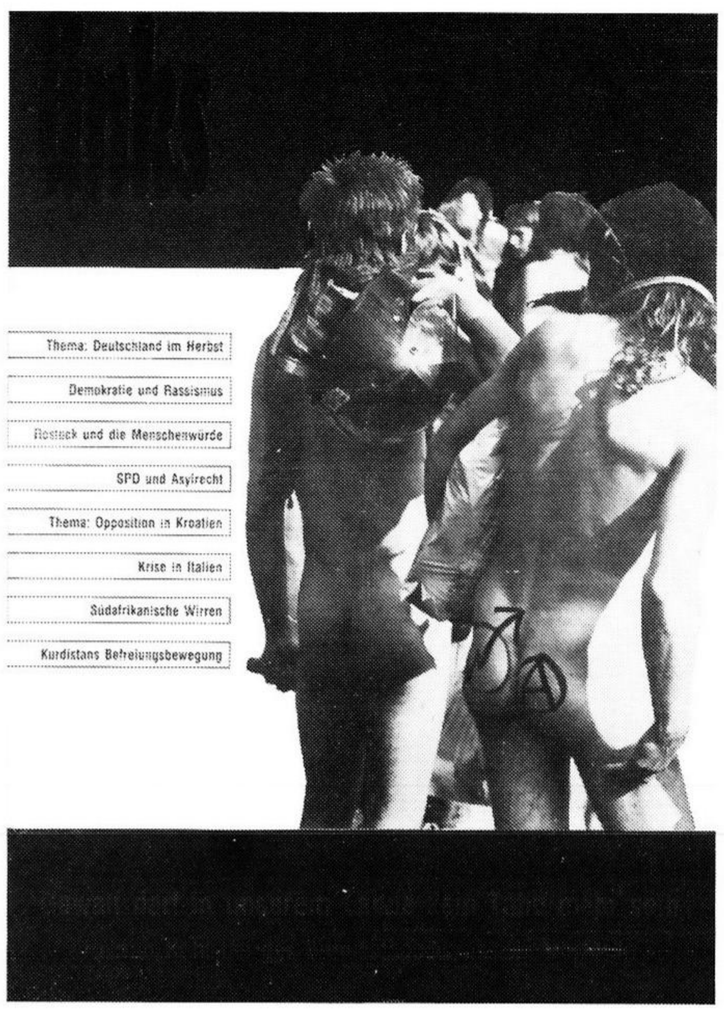
Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu Deutschland im Umbruch, Währungskrise und nationale Machtpolitik, Rassismus, Asylrecht, Mölln, Opposition in Kroatien und Italien.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.





Thema: Das Modell Deutschland im Umbruch
Umwelttag: Institutionalisierung eines Lebensgefühls • Währungskrise und nationale Machtpolitik • Ausländerfeindlichkeit • Wahlen in Angola • Neues zum Internationalismus • US-Wahlkampf • KuKluxKlan



Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1993) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Förder-Abonement

☐ Ich möchte die *links* fördern.
Wer die Arbeit einer unabhängiggen sozialistishen Zeitung unterstützen will, kann dies mit einem Förder-Abo tun. Mit mindestens DM 100,— im Jahr wird dafür gesorgt, daß die *links* auch die nächsten 15 Jahre erscheinen wird. Auf Wunsch senden wir Einzugsermächtigungen zu.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 4 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

Joachim Hirsch, Melemstr. 10, 6000 Frankfurt 1
Wolf-Dieter Narr, Potsdammerstr. 41, 1000 Berlin 45
Klaus Vack, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal
Gemeinsame Postadresse: Postfach 1250, 6124 Beerfelden

Aufruf, den Deutschen Bundestag friedlich zu belagern:

Für das Menschenrecht auf ASYL !

Gegen die Demontage des Grundgesetzes !

In diesen Tagen (Mitte Januar 1993) wird von der Bonner Regierungskoalition gemeinsam mit der ,,oppositionellen" SPD der neue ‚Asylrechts'artikel 16 a des Grundgesetzes zur 1. Lesung im Deutschen Bundestag eingebracht. Angekündigt ist, daß noch vor den Osterferien dieser sogenannte Asylkompromiß von CDU/CSU, der FDP und der SPD in 2. und 3. Lesung im Deutschen Bundestag beschlossen werden soll. Das Grundrecht auf Asyl (bisher Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz) soll — und so wird es wohl auch geschehen — mit dieser 2. und 3. Lesung mit Zweidrittelmehrheit geändert werden.

Keine Änderung der Grundrechte ist leicht zu nehmen. Sie kann jedoch aus demokratischen und menschenrechtlichen Gründen erforderlich sein. Für das Grundrecht auf Asyl gilt dies nicht. Dieses soll bis zur Unkenntlichkeit entstellt werden. Es wird ins beliebige Ermessen der Exekutive gestellt, ob Asyl gewährt werden wird oder nicht. Das Menschenrecht auf Asyl besteht dann nicht mehr. Sein Wesensgehalt ist zerstört.

Die Aufhebung des Asylrechts verändert unser Land. Sie zeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland das Wenige beseitigt, das aus der nationalsozialistischen Vergangenheit gelernt worden war. Die Aufhebung des Asylrechts trägt dazu bei, die Bundesrepublik zu ummauern, deren Wohlstand sich gerade ihrer ökonomischen Expansion verdankt. Die Zerstörung des Asylrechts markiert die Wende zu einer Politik, die Deutschland als Weltmacht etablieren soll. Sie wird nicht dazu beitragen, die Ungleichheiten in der Welt abzutragen. Vielmehr befördert sie Gewalt aller Art nach außen und nach innen.

Darum dürfen wir Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik die verfassungswidrige Grundrechtsänderung nicht schweigend hinnehmen. Wir machten uns mitschuldig. Demokratie und Menschenrechte leben nur, wenn wir sie lebendig erhalten. Das Vertrauen auf die gewählten — in ihrer übergroßen Mehrheit opportunistischen — Abgeordneten ist falsch.

Wir müssen ein Zeichen dafür geben, daß wir diesen Abbau von Demokratie und Menschenrechten nicht hinnehmen. Darum rufen wir dazu auf, am Tag der 2. und 3. Lesung friedlich in die — ohnehin vordemokratische — ,,Bannmeile" rund um den Deutschen Bundestag zu gehen, um dort für das unveränderte Grundrecht auf Asyl zu demonstrieren. Die Abgeordneten, die laut Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes allein ihrem Gewissen verantwortlich sind, müssen wissen, was sie tun.

Der aktuelle Anlaß erfordert seine aktuelle Antwort. Das heißt, in dieser Situation bedarf es eines besonderen Ausdrucks bürgerlichen Engagements. Ein Akt Zivilen Ungehorsams tut not. Belagern wir diesen Bundestag auf friedliche Weise. Dessen Mehrheit geht menschenrechtswidrig darauf aus, der Verfassung und uns allen Schaden zuzufügen. Dazu sagen wir NEIN. Wir sagen JA zu einer demokratisch weltoffenen Republik, die mit dazu beiträgt, den Frieden der Bundesrepublik und der Welt zu befördern. Dieser erwächst aus internationaler Gleichheit und Freiheit.

Also gilt:
Politisch verfolgte genießen Asylrecht (Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz).
Die Würde des Menschen ist unantastbar (Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz).
Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz).

Initiatoren und Erstaufrufer:
Prof. Dr. Joachim Hirsch — Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr — Klaus Vack

20. Januar 1993

Es wäre gut, wenn dieser Aufruf von möglichst vielen Personen unterzeichnet würde. Wer dazu bereit ist, unterschreibe auf unten stehender Linie und schicke die Kopie an folgende Adresse: Klaus Vack, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal